



**République Algérienne Démocratique et
Populaire
Ministère de l'Enseignement Supérieur et de la
Recherche Scientifique
Université Djilali Liabes Sidi Bel Abbés**

**Faculté des Lettres, des Langues et des Arts
Département de la Langue Allemande**

Support pédagogique pour Professorat

Module : CIVILISATION

(1 ère Année Master)

Présentée par : Dr. WARDA Beloud

Grade : Maitre de conférences A

Année Universitaire : 2022-2023

Inhalt

Definition des politischen Systems	01
Das Regierungssystem von Bundesebene	07
Legislative und Exekutive von Bundesebene	10
Judikative von Bundesebene	14
Interessen und Akteure	15
Wechselverhältnisse deutscher und europäischer Außenpolitik	19
Phase 1 :1991 bis 2000	29
Phase 2 : 2001 bis 2006	33
Phase 3 : 2007 bis 2012	38
Die Folgen des 1. Weltkriegs	46
Die Weimarer Republik	46
Aufstieg der NSDAP	52
Deutschland zwischen den Kriegen	59
Der 2. Weltkrieg 1939- 1945 und seine Folge	60
Gründung der Bundesrepublik Deutschland	62
Das Bildungssystem	65
Das kulturelle Leben	67

Zum Begriff Tourismus	72
Entwicklung des Tourismus (ab 18. Jh.) in Europa	74
Entwicklung der modernen Verkehrsmittel und Hotel	79
Tourismus in Deutschland des 19.Jahrhunderts	81
Tourismus in der Weimarer Republik	84
Entstehung einer Tourismusindustrie	89
Die Zukunft des Tourismus	90
Arten des Tourismus	92
Typen des Tourismus	93
Camping und Urlaub	94
Ökotourismus	95
Literaturhinweise	101

1. Definition des politischen Systems

Das politische System ist als Allgemeinbegriff in der Policy-orientierten Betrachtung noch ohne größere Schwierigkeiten zu definieren, ist aber angesichts fortschreitender Durchdringung der verschiedenen Entscheidungsarenen von anderen gesellschaftlichen Teilsystemen nur mit einem gewissen Maß an Willkür abzugrenzen. Während sich die Darstellungen des Regierungssystems als des „zentralen politischen Systems“ vorwiegend dem Staat in Gestalt der Regierungsinstitutionen wie der Regierungen, Parlamente, Gerichte, der Politik-Netzwerke etc. und ihren politischen Entscheidungsprozessen widmen¹, wird mit dem Begriff des politischen Systems der Bereich des „policy-making“ weit gefasst.

Die Einführung des Begriffs politisches System entsprach dem zu klassifizierenden Bedürfnis, die relativ eindeutig bestimmbare Kategorie des Staates von anderen Systemen bzw. Subsystemen wie dem sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen etc. abzugrenzen.

Als allgemeiner Begriff bezeichnet das politische System die Gesamtheit der staatlichen und außerstaatlichen Institutionen, Akteure, Normen und Verfahren, die innerhalb eines vorgegebenen Handlungsrahmens an politischen Prozessen insbesondere der Politikformulierung und -umsetzung beteiligt sind.

Der Allgemeinbegriff des politischen Systems beruht auf theoretischen -Belegungen und Grundannahmen, die zunächst in der Soziologie von Talcott Parsons und von Systemtheoretikern wie David Easton sowie Gabriel Almond entwickelt worden sind und über Theorien der Selbstorganisation (Autopoiesis) bis zu „neueren“ Systemtheorien reichen, die die Steuerung von Systemen in ausdifferenzierten Subsystemen als Hauptproblem der Systemforschung sehen.

In Parsons Systembegriff ist das soziale System der Oberbegriff, der in vier Subsysteme untergliedert wird: in das wirtschaftliche Subsystem, das politische Subsystem, das Rechtssystem (der gesetzlichen Normen und sozialen Kontrolle) und

¹Berg Schlosser, Dirk/Stammen, Theo, 1992: Einführung in die Politikwissenschaft, München

das kulturelle System². Der Parsons'schen Begrifflichkeit wird vorgeworfen, dass sie zu statisch sei, da sie von vorgegebenen Zielen ausgehe. Auch wenn Theoretiker wie Karl Deutsch vorgeschlagen haben, den Begriff des sozialen Systems um Funktionen des politischen und sozialen Wandels zu ergänzen, verliert die Parsons'schen Begriffserklärung nicht ihren „ahistorischen“ Charakter. Kritisch wird zudem angemerkt, daß der „politische Bereich seltsam verschwommen bleibt“, und das politische System nicht immer als „Subsystem“ klassifiziert werden kann, sondern heute vielfach einen breiteren Geltungsbereich als das soziale System hat³.

Zur Abgrenzung des Begriffs politischem System von anderen Systemen dienen vor allem die beiden Merkmale der „Grenze“ des Systems und der „Interdependenz“ der Teilsysteme sowie der Grad der „Interpenetration“. Das Problem der Bestimmung der Systemgrenze wird beim politischen System deshalb als weniger schwierig eingeschätzt, weil der Begriff des politischen Systems als identisch mit den Grenzen des traditionellen Staatsbegriffs angesehen wird. Identitätsprobleme treten nur dann auf, wenn – wie im Falle des früher geteilten Deutschlands – Staat, Nation und Staatsgrenzen nicht übereinstimmen. Das Merkmal der Interdependenz spielt zur Kennzeichnung der Reichweite des politischen Systems eine bedeutende Rolle. Auch wenn Kritiker eine Gefahr darin erblicken, dass dieses Kriterium zu „beliebigen“ Kombinationen von Strukturen und Zwecken verwendet wird, und damit die Systeme inhaltlich nicht mehr sinnvoll voneinander abgegrenzt werden können⁴, hebt der Systemtheoretiker David Easton die Systembedeutung der Interdependenz hervor⁵. Für Easton wird der spezifische Interdependenzcharakter eines politischen Systems durch die politischen Merkmale der Entscheidungsrelevanz und der gesamtgesellschaftlichen Sanktionsgeltung gekennzeichnet:

– Das politische System unterscheidet sich vom sozialen System insofern, als seine spezifisch „politischen“ Funktionen, d.h. allgemeinverbindliche Zuteilungen von Gütern für die Gesellschaft (Autoritative Allocation of Values), besondere Relevanz haben.

²Parsons 1951.

³BeymeKlaus von.: Die politischen Theorien der Gegenwart, Opladen.1992, S. 146

⁴DeutschKarl, 1966: The Nerves of Government, New York, Free Press, S. 49

⁵Easton David, 1953: The Political System, An Inquiry into the State of Political Science, New York

– Die Hauptaufgabe des politischen Systems besteht zudem darin, dass die Mehrheit der Gesellschaft die Verteilung respektiert und die Autorität der Systemleitung (Regierung) im Fall abweichenden Verhaltens Sanktionen bereithält und auch einsetzt. In der Systemtheorie Eastons haben politische Systeme die Aufgabe, „Inputs“ aus der Umweltaufzunehmen und sie in „Outputs“ umzusetzen. „Inputs“ sind sowohl Forderungen an das System als auch Unterstützungen für das System: Das politische System wird mit Förderungen beispielsweise nach Bereitstellung einer öffentlichen Infrastruktur oder nach verstärkten Partizipationsmöglichkeiten konfrontiert. Das politische System kann aber auch mit Unterstützung wie der Zahlung von Steuern und freiwilligem Gehorsam gegenüber Gesetzen rechnen.

Die politischen Systeme setzen diese „Inputs“ in „Outputs“ um: Gesetze regeln die Art der Besteuerung, rufen Dienstleistungen ab und schreiben bestimmte Verhaltensweisen vor. „Outputs“ sind ferner die im öffentlichen Haushalt festgelegten Ausgaben für öffentliche Güter und Dienste und symbolische Aktivitäten wie Presse Erklärungen, Zeremonien usw. Wie die „Inputs“ in „Outputs“ im politischen System umgesetzt werden, hängt von der Fähigkeit der Ressourcenbeschaffung, der Regulierung gesellschaftlichen Verhaltens und der Beeinflussung der Güterverteilung ab. Die Umsetzung hängt außerdem von der Responsivität des Systems, d.h. von der Art ab, wie das System auf Forderungen seiner Umwelt reagiert.

Bei der Umwandlung („Konversion“) der meist diffusen Wünsche in politikgerechte „Inputs“ kommt nach Easton den Interessengruppen eine besondere Rolle zu. Diese bündeln nicht nur die Vielzahl der Bedarfs-Anmeldungen, sondern wehren auch einen Teil der an das politische System herangetragenen Leistungsansprüche ab, um eine Überlastung des Systems zu vermeiden⁶.

Die Leistung der Systemtheorie liegt darin, eine zentrale Fragestellung der Politik aufgegriffen zu haben, nämlich die Frage nach „den Zusammenhängen zwischen den Aufgaben und Funktionen von Politik und den institutionellen Strukturen und Verfahren, innerhalb derer Politik formuliert und durchgeführt wird“⁷. Kritisch wird allerdings angemerkt, dass die Systemtheorie ein generelles Begriffssystem zur

⁶Easton David, 1967: A Systems Analysis of Political Life, New York.

⁷Lehner Franz/ Widmaier Ulrich, 2002: Vergleichende Regierungslehre, Auflage, Opladen.

Verfügungsstelle, das sich lediglich auf abstrakte Funktionen, Merkmale und Prozesse von politischen Systemen beziehe. Die Kritik hebt hervor, dass die Systemtheorie zwar die Systemfähigkeiten und Funktionen allgemein beschreibe, sie aber nicht realen Strukturen, Verfahren und Prozessen zuordne. Kritisiert wird vor allem, dass eine zweckrationale und zielgerichtete Organisation von politischen Systemen unterstellt werde. Empirische Untersuchungen belegten dagegen, dass politische Systeme häufig ihre Aufgaben und Funktionen nicht angemessen erfüllen könnten.

Kritiker bestreiten, ob mit den Eastonschen Kriterien das politische System hinreichend abgegrenzt werden könne, da die Maße der Wertezuteilung auch für Subsysteme des politischen Systems wie für Kirchen und Großbetriebe gelten⁸. Das Merkmal der Sanktionsgeltung für die gesamte Gesellschaft wird auch in dem Maße für fragwürdiger achtet, wie das Sanktionssystem des Staates immer weniger in „Subsysteme“ wie soziale Bewegungen hineinreiche⁹.

In soziologischen handlungstheoretischen Analysen wird die Bedeutung der Interpenetration des ökonomischen, des politischen, des sozio-kulturellen Systems usw. für die Politikentwicklung hervorgehoben. Demzufolge sei die Gesellschaft durch „relativausdifferenzierte und dennoch integrierte Teilsysteme“ gekennzeichnet. Jedes System sei zwar relativ autonom, aber dennoch mit den anderen Subsystemen eng verbunden. Auch die Ansätze der Politischen Ökonomie stellen auf die enge Verflechtung von Politik und Ökonomie ab. Für die Vertreter dieser Schule zeichnen sich moderne Industriegesellschaften durch einen „hohen wechselseitigen Durchdringungsgrad von Politik und Ökonomie“ aus¹⁰.

Almond, der das Eastonsche Konzept weiterentwickelt hat, rechnet zu den Forderungen der Gesellschaft solche nach Zuteilung von Gütern und Dienstleistungen, nach Beteiligungen am politischen Prozess sowie nach Informationsmöglichkeiten, während die von der Gesellschaft zu erbringenden Unterstützungen materielle wie Steuern und Abgaben sowie immaterielle wie Gehorsam, Loyalität usw. sind. Almond

⁸Finer, S. E.: Almond's Concept of „The Political System“: A Textual Critique, Government and Opposition, 1969/70, S. 3 21.

⁹Ebd.

¹⁰Ebd.

und Coleman klassifizieren die Komplexität des politischen Systems nach vier Input-Funktionen¹¹:

- politische Sozialisation und Rekrutierung,
- Interessenartikulation (vor allem durch Interessengruppen),
- Interessenaggregation (vor allem durch Parteien),
- politische Kommunikation und nach drei Output-Funktionen:
 - Normsetzung (Gesetzgebung),
 - Normanwendung (Regierung),
 - Normauslegung (Rechtsprechung).

In Anlehnung an Max Webers Kategorie des legitimen staatlichen Gewaltmonopols wird dem politischen System die bedeutende Funktion der Integration und Anpassung zugewiesen: Das politische System legitimiert sich dadurch, dass es durch Androhung und Anwendung mehr oder weniger legitimen physischen Zwangs die Ordnung in der Gesellschaft aufrechterhält.

Auch wenn mit der Altmodischen Klassifizierung die Input- und Output-Funktionen oft zu schematisch getrennt werden¹², und die Grenze zwischen politischem System und sozialer Umwelt nicht präzise gezogen wird, wurde die frühere Fixierung der älteren Staatslehre auf Verfassungs- und Verfahrensprobleme sowie Machtfragen überwunden. Das Verdienst dieser Systembegriffserklärung liegt darin, die Austauschbeziehungen zwischen staatlich-politischer und außerstaatlich-gesellschaftlicher Sphäre in die politische Betrachtung einbezogen zu haben¹³.

In den Reformphasen vieler westlicher Länder Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre fanden Planungskonzepte und Systemtheorien in Theorie und politischer Praxis große Beachtung. Spätestens seit der Ölkrise im Jahr 1973 sind – auch aus Gründen der Finanzierbarkeit – Reformstrategien immer stärker durch kurzfristiges Krisenmanagement ersetzt worden. Die Steuerungsfähigkeit des Staates wurde zunehmend in Frage gestellt, was sich auch sprachlich darin ausdrückt, dass

¹¹ Almond Gabriel/Coleman John, 1960: The Politics of the Developing Areas, Princeton

¹²Ebd.

¹³Holtmann Everhard, 1994: Politisches System, in: derselbe (Hrsg.): PolitikLexikon München Wien

der Begriff Planung zunehmend durch den „bescheideneren Terminus, Steuerung“ ersetzt wurde¹⁴.

Der Paradigmenwechsel erfasste auch die deutsche Systemtheorie, insbesondere die Theorie der Selbstorganisation (Autopoiesis) der so genannten Bielefelder Schule¹⁵. Die „neuere“ Systemtheorie befasst sich vor allem mit der Frage, wie in einem politischen System wie dem Deutschlands die zentrale Steuerung beispielsweise durch die Regierungsinstitutionen des Bundes mit den Autonomie Bestrebungen und eigenen Steuerungskapazitäten der Subsysteme verbunden werden kann.

Der neueren Systemtheorie muss zwar zugute gehalten werden, dass sie wieder stärker Staat und Recht in ihre Analysen einbezog, doch billigten sie zentralen politischen Instanzen nur noch (sehr) begrenzte Steuerungsfähigkeit zu, eine Sichtweise, die sich im Lichte der Erfahrungen vereinigungsbedingter verstärkter interventionistischer Politik durch den Bund wenig später zumindest als korrekturbedürftig wenn nicht schlicht als „falsch“ erweisen sollte.

Die „hochgradig zentralisierte Struktur politischer Strategieentwicklung“ in der ersten Phase des Vereinigungsprozesses¹⁶ hat deutlich gemacht, dass die „hierarchische“ Politiksteuerung über beachtliche mobilisierbare Potenziale verfügt. Im Vereinigungsprozess hat sich im deutschen Bundesstaat gerade die Politik des Bundes zwar als nicht umfassend reformfähig, aber doch in hohem Maße als „anpassungselastisch“ erwiesen.

Das politische System ist angesichts der zunehmenden Fragmentierung und Pluralisierung der Gesellschaft kaum noch von mächtigen Subsystemen abgrenzbar und lässt sich auch infolge wachsender Durchdringung politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsarenen und ihrer politischen Folgewirkungen nicht mehr hinreichend in politische und wirtschaftliche (Sub-)Systeme untergliedern. Demzufolge wird das politische System hier in integrieren der Betrachtungsweise als Oberbegriff verstanden, der wichtige Teilsysteme wie das Regierungs-, das Wirtschafts- und das (staatliche) Sozialsystem umfasst.

¹⁴Ebd.

¹⁵ Willke Helmut, 1989: Systemtheorie entwickelter Gesellschaften, Weinheim.

¹⁶ Lehbruch Gerhard, 1992: Konkordanz Demokratie, in: M.G. Schmidt (Hrsg.): Lexikon der Politik, München, S. 206 211

Der politische Systembegriff muss dann weitgefasst werden, wenn die drei politikwissenschaftlichen Dimensionen des „Politischen“ die System-Definitionen bestimmen:

Die Verfassungsordnung, Wirtschaft, Finanz und Sozialgesetze, Rechtsverordnungen usw., die politischen Institutionen wie die Regierungen, die Parlamente, die Gerichte, die Zentralbank etc. geben einen politischen Handlungsrahmen vor, der die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und kulturellen Bedingungen der Individuen, der staatlichen und verbandlichen Akteure, der Parteien, der Kirchen usw. in unterschiedlichem Ausmaß beeinflusst.

Das politische System wird maßgeblich durch Prozesse der Konfliktaustragung und Konsensbildung bestimmt. Im bundesstaatlichen System Deutschlands kommt dabei den oft konfliktreichen Abstimmungs- und Koordinierungsmechanismen der Bund-Länder-Politik Verflechtung besondere Bedeutung zu. Auch die Staat-Verbände-Beziehungen und vernetzte Verhandlungssysteme nehmen auf Strukturen und Prozesse des politischen Systems prägenden Einfluss.

2. Das Regierungssystem von Bundesebene

- Die Legislative der Bundesrepublik verabschiedet Bundesgesetze und wacht über den Bundeshaushalt. Die Legislative der Bundesrepublik Deutschland besteht aus zwei Kammern, dem eigentlichen Parlament, dem Bundestages und der Länderkammer dem Bundesrat. Nur die Abgeordneten des Bundestages werden direkt vom Volk gewählt und besitzen damit ein freies Mandat. Die Bundesratsmitglieder besitzen ein sog. imperatives Mandat das heißt sie sind weisungsgebunden. Auch sind diese Organe im Gesetzgebungsweg unterschiedlich gewichtet. Daher ist der Bundesrat keine mit dem Bundestag gleichwertige zweite Kammer. Die Bundesversammlung als aus den Abgeordneten des Bundestages und Delegierten der Landtage, die diesen nicht angehören muss, bestehendes Bundesverfassungsorgan wählt den Bundespräsidenten. Auch die Bundesrichter werden durch die Richterwahlausschüsse von Bundesrat und Bundestag gewählt¹⁷.

¹⁷Janet Schayan, „Tatsachen über Deutschland“ 2010 Seite 53_54.

➤ Der Bundestag:

Der Bundestag ist die gewählte Vertretung des deutschen Volkes. Der Deutsche Bundestag ist neben der Bundesregierung mit ihrem Verwaltungsapparat und dem Bundesrat eine der wesentlichen, am Regierungsprozess beteiligten staatlichen Institutionen. Die politische Rolle, die einem Parlament als Volksvertretung in einem politischen Gesamtsystem zukommt, hängt insbesondere von den beiden grundsätzlich zu unterscheidenden Demokratietypen ab: einmal der repräsentativen Demokratie und zum anderen der partizipatorischen Demokratie.

In technischer Hinsicht wird die Hälfte der 598 Bundestagsmandate durch die Wahl von Landeslisten der Parteien (Zweitstimmen) zugeteilt und die andere Hälfte durch die Wahl von Personen in 299 Wahlkreisen (Erststimmen). Diese Aufteilung ändert nichts an der Schlüsselstellung der Parteien im Wahlsystem. Nur jene Wahlkreiskandidaten haben Aussicht auf Erfolg, die einer Partei angehört. Die Parteizugehörigkeit der Bundestagsabgeordneten soll die Verteilung der Wählerstimmen widerspiegeln. Um die Mehrheitsbilder aber nicht durch die Präsenz kleiner und kleinster Parteien zu komplizieren, schließt sie eine Sperrklausel, die sogenannte Fünf-Prozent-Hürde, von der Vertretung im Bundestag aus. Der Bundestag ist das deutsche Parlament. Seine Abgeordneten organisieren sich in Fraktionen und wählen aus ihrer Mitte einen Präsidenten. Der Bundestag hat die Aufgabe, den Bundeskanzler zu wählen und ihn dann durch Zustimmung zu seiner Politik im Amt zu halten¹⁸.

Der Bundestag kann den Kanzler ablösen, indem er ihm das Vertrauen verweigert. Darin gleicht er anderen Parlamenten. Es macht auch keinen großen Unterschied, dass in Deutschland der Kanzler gewählt, in Großbritannien oder anderen parlamentarischen Demokratien aber vom Staatsoberhaupt ernannt wird. In anderen parlamentarischen Demokratien wird stets ein Parteiführer zum Regierungschef ernannt, der sich auf eine Parlamentsmehrheit stützen kann.

Die zweite große Aufgabe der Abgeordneten im Bundestag ist die Gesetzgebung. Seit 1949 sind im Parlament über 10000 Gesetzesvorlagen eingebracht und mehr als 6600 Gesetze verabschiedet worden. Überwiegend handelt es sich dabei um

¹⁸Ebd. Seite 60_61.

Gesetzesänderungen. Auch hier gleicht der Bundestag den Parlamenten anderer parlamentarischer Demokratien darin, dass er hauptsächlich Gesetze verabschiedet, die von der Bundesregierung vorgeschlagen werden.

Der Bundestag, der im Berliner Reichstag residiert, verkörpert allerdings weniger den Typ des Debattierparlaments, wie es die britische Parlamentskultur kennzeichnet. Er entspricht vielmehr dem US – amerikanischen Typ des so genannten Arbeitsparlament. Die Fachausschüsse des Bundestages beraten intensiv und sachkundig über die dem Parlament vorgelegten Gesetze. Die dritte große Aufgabe des Bundestages ist die Kontrolle der Regierungsarbeit. Die in der Öffentlichkeit sichtbare parlamentarische Kontrolle übt die parlamentarische Opposition aus. Der weniger sichtbar, dafür aber nicht weniger wirksame Teil der Kontrollfunktion wird von den Abgeordneten der Regierungsparteien übernommen, die hinter den verschlossenen Türen der Sitzungsräume kritische Fragen an ihre Regierungsvertreter richten¹⁹.

➤ Der Bundesrat :

Der Bundesrat kommt als Verfassungsorgan bzw. als Regierungsinstitution im politischen System der Bundesrepublik eine herausragende Bedeutung zu. Entsprechend der bundesstaatlichen Tradition in Deutschland ist dieses Bundesorgan eine Einrichtung, in der die Gliedstaaten (Länder) auf die politischen Aktivitäten des Zentralstaates (Bundes) Einfluss zu nehmen suchen und auch der Bundesrat ist die Vertretung der Länder, eine Art Zweite Kammer neben dem Bundestag. Er muss jedes Bundesgesetz beraten. Als Länderkammer hat der Bundesrat die gleiche Funktion wie die Zweiten Kammern in anderen Bundesstaaten, die meist als Senat bezeichnet werden. Dem Bundesrat gehören ausschließlich Vertreter der Landesregierungen an. Das Stimmengewicht der Länder trägt in sehr moderater Form der Bevölkerungsstärke Rechnung: Jedes Land hat mindestens drei, die Einwohnerstärkeren Länder bis zu sechs Stimmen. Der Bundesrat wirkt am Zustandekommen der Bundesgesetze mit. Dabei unterscheidet er sich von den Zweiten Kammern anderer Bundesstaaten²⁰.

¹⁹Franz Josef, „Das politische System in Deutschland“ 1996, Seite 9.

²⁰ Vgl. Janet Schayan, „Tatsachen über Deutschland“ 2010 Seite 63_68

Das Grundgesetz sieht zwei Arten von Mitwirkung vor. Bundesgesetze, die den Ländern zusätzliche Verwaltungskosten verursachen oder die an die Stelle bisheriger Landesgesetze treten, unterliegen der Zustimmungspflicht des Bundesrates: Der Bundesrat muss einem Gesetzesbeschluss des Bundestages zustimmen, damit dieser wirksam werden kann. Hier hat der Bundesrat den Status einer dem Bundestag gleichberechtigten gesetzgebenden Körperschaft. Gegenwärtig sind knapp 50 Prozent aller Gesetzesbeschlüsse zustimmungspflichtig. Weil die Bundesgesetze grundsätzlich von den Länderverwaltungen ausgeführt werden, bringen die wichtigsten und kostenintensiven Gesetze die Verwaltungshoheit der Länder ins Spiel. Von diesem Zustimmungsgesetzen sind die Einspruchsgesetze zu unterscheiden. Diese kann der Bundesrat zwar ablehnen. Der Bundestag kann den Einspruch aber mit der gleichen Mehrheit wie im Bundesrat, mit einfach oder mit Zweidrittelmehrheit, im letztgenannten Fall mit mindestens der Mehrheit der Bundestagsmitglieder (absolute Mehrheit), zurück weisen. Seit September 2006 regelt eine Föderalismusreform die Zuständigkeiten von Bund und Länder neu. Ziel der Reform ist es, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu verbessern und die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen²¹.

3. Legislative und Exekutive von Bundesebene

- Legislative und Exekutive ist das Organ welches die Gesetz und Verordnungen der Bundesrepublik Deutschland umsetzt und überwacht. Zur Exekutive gehören in Deutschland die Bundesregierung, alle verwaltungstätigen Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen, zum Beispiel Landesverwaltungen und alle nachgeordneten Vollzugsorgane wie Staatsanwaltschaft, Polizei, Justizvollzugsanstalt und Finanzamt. Aber auch die hauptamtlichen Kreisverwaltungen Stadtverwaltungen und Gemeinde-Verwaltungen sowie die ehrenamtlichen Kreistage und Gemeindevertretungen gehören zur vollziehenden Gewalt. Ein Beispiel für exekutives Handeln durch Verwaltungsbehörden ist die Erteilung eines Bußgeldbescheids wegen Falschparkens. Hierbei werden Gesetze durch den Staat ausgeführt²².

²¹Ebd.Seite 70.

²² de.wikipedia.org/wiki/Exekutive

Ein exekutives Handeln „Exekutivakt“ liegt immer dann vor, wenn eine öffentliche Verwaltungsbehörde einen Beschluß fasst und diesen dem Bürger, zum Beispiel durch einen Brief mitteilt. Diese Verwaltungsakte betreffen generell das Verhältnis zwischen Bürger und Staat.

Gegen jeden Verwaltungsakt kann der Bürger Beschwerde einlegen: Er klagt vor einem Verwaltungsgericht, das im Folgenden den Beschluß gegen den Bürger im Einzelnen auf seine Rechtmäßigkeit prüft. Die vollziehende Gewalt ist an Gesetz und Recht Rechtsstaatsprinzip²³.

Die Bundeswehr kann in manchen Hinsichten ebenfalls als der Exekutive zugehören angesehen werden, wobei diese Sicht aber nicht eindeutig bzw. nicht ausschließlich zutreffend ist: Zwar ist die Bundeswehr direkt der Bundesregierung bzw. genauer dem Bundesministerium der Verteidigung unterstellt, doch handelt es sich bei ihr um eine so Genannte Parlamentsarmee, über deren Einsatz nicht in allen Fällen ausschließlich die jeweilige Bundesregierung entscheiden kann. Bezüglich bewaffneter Einsätze der Bundeswehr hat der Bundestag in seiner Gesamtheit über das normale Maß der üblichen Exekutivkontrolle hinausreichende, umfangreiche Mitentscheidungsrechte und Kontrollmöglichkeiten.

➤ **Der Bundespräsident:**

Der Bundespräsident repräsentiert die Bundesrepublik Deutschland als Staatsoberhaupt. Er vertritt das Land nach außen und ernennt die Regierungsmitglieder, die Richter und die hohen Beamten. Mit seiner Unterschrift setzt er die Gesetze in Kraft. Er entlässt die Regierung und darf, wie im Sommer 2005 geschehen, das Parlament in Ausnahmefällen vorzeitig auflösen. Ein Vetorecht, wie es der US-amerikanische Präsident oder andere Staatspräsidenten gegen Gesetzesbeschlüsse der parlamentarischen Körperschaften besitzen, gesteht das Grundgesetz dem Bundespräsidenten nicht zu. Der Bundespräsident bestätigt zwar die parlamentarischen Beschlüsse und die Personalvorschläge der Regierung. Aber er prüft nur ihr korrektes Zustandekommen nach den Vorschriften des Grundgesetzes.

Der Bundespräsident übt sein Amt über eine Periode von fünf Jahren aus; er kann für eine weitere Periode wiedergewählt werden. Er wird von der Bundesversammlung

²³ Ebd.

gewählt. Diese besteht zum einen aus den Mitgliedern des Bundestages und zum anderen aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Parlamenten der 16 Länder gewählt werden²⁴.

➤ Die Bundesregierung und Der Bundeskanzler :

Die Bundesregierung besteht laut Art. 62 GG aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Zu den besonderen Spezifika des deutschen Regierungssystems gehört die herausgehobene Stellung des Bundeskanzlers. Als einziges Regierungsmitglied wird er vom Bundestag gewählt. Die Wahl erfolgt dabei auf Vorschlag des Bundespräsidenten und erfordert die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

Bundeskanzler und Bundesminister bilden die Bundesregierung das Kabinett. Neben der Rechtlinienkompetenz des Kanzlers gilt das Ressortprinzip, nach dem die Minister ihren Bereich im Rahmen dieser Richtlinien eigenständig leiten sowie das Kollegialprinzip, nach dem die Bundesregierung mit Mehrheitsbeschluss über Streitfragen entscheidet. Die Geschäfte leitet der Kanzler.

Der Bundesregierung gehören im aktuellen Kabinett Merkle II CDU/CSU nur von und Parteimitglieder an. Mit Ausnahme von Philip Rösler sind alle Mitglieder der Bundesregierung gegenwärtig auch Mitglied des Deutschen Bundestages.

Der Bundeskanzler wird vom Bundestag auf Vorschlag des Bundespräsidenten gewählt. Er schlägt Bundespräsidenten die Ernennung und Entlassung der Ministerinnen und Minister vor.

Der Bundeskanzler leitet die Bundesregierung nach einer vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung. Er trägt die Regierungsverantwortung gegenüber dem Bundestag und besitzt im Verteidigungsfall die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte. Der Bundeskanzler ist das einzige gewählte Mitglied der Bundesregierung. Die Verfassung räumt ihm das Recht ein, selbst die Minister als die Leiter der wichtigsten politischen Behörden auszuwählen²⁵.

Der Kanzler bestimmt ferner die Anzahl der Ministerien, und er legt deren Zuständigkeiten fest. Er besitzt die Rechtlinienkompetenz. Sie umschreibt das Recht

²⁴ Karl-Rudolf Korte, Manuel Fröhlich "Politik und Regieren in Deutschland "Strukturen, Prozesse, Entscheidung, 2004 Seite 50.

²⁵ Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesregierung_\(Deutschland\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesregierung_(Deutschland))

des Kanzlers, verbindlich die Schwerpunkte der Regierungstätigkeiten vorzuschreiben. Mit diesen Befugnissen besitzt der Bundeskanzler ein Arsenal von Führungsinstrumenten, das dem Vergleich mit der Regierungsmacht der Präsidenten in präsidentialen Demokratien standhält.

Der Kanzlerwahl gehen ausführliche Beratungen zwischen den Parteien voraus, die gemeinsam regieren wollen. Hier geht es dann im Einzelnen darum, wie die Ministerien zwischen den Parteien aufgeteilt werden, welche Ministerien beibehalten und welche neu geschaffen werden sollen. Der Stärkeren Partei im Regierungsbündnis wird das Recht zugebilligt, den Bundeskanzler zu stellen. Des Weiteren verständigen sich die Parteien auf die Vorhaben, die sie in den nächsten Jahren in Angriff nehmen wollen²⁶.

Die Ergebnisse dieser Koalitionsverhandlungen werden in einem Koalitionsvertrag niedergelegt. Erst nach diesen Schritten wird der Bundeskanzler gewählt. Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien bereiten die Entscheidungen der Bundesregierung vor und begleiten sie. Wenn sich der Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten noch vor der Wahl eines neuen Bundestages erschöpft, wird die Ablösung des Bundeskanzlers aktuell. Mit der Ablösung des amtierenden Kanzlers durch ein konstruktives Misstrauensvotum muss gleichzeitig ein neuer Kanzler gewählt werden. Diese offensive Aufkündigung des parlamentarischen Vertrauens zwingt die im Bundestag vertretenen Parteien, eine neue, arbeitsfähige Regierungsmehrheit zu bilden, bevor sie den Kanzler stützt. Der Bundeskanzler kann aber auch im Bundestag jederzeit die Vertrauensfrage stellen, um zu prüfen, ob er noch den uneingeschränkten Rückhalt der Regierungsparteien genießt. Verliert der Kanzler diese Vertrauensabstimmung, werden sich also Teile der Regierungsmehrheit vom Kanzler ab, dann liegt die Entscheidung, ob der Bundestag aufgelöst wird und damit Neuwahlen stattfinden sollen, beim Bundespräsidenten. Der Bundespräsident kann die im Bundestag vertretenen Parteien auch auffordern, die Bildung einer neuen Regierung zu versuchen²⁷.

²⁶ Vgl. Karl-Rudolf Korte, Manuel Fröhlich "Politik und Regieren in Deutschland " Strukturen, Prozesse, Entscheidung, 2004 Seite 57 .

²⁷ Ebd. Karl-Rudolf Korte, Manuel Fröhlich "Politik und Regieren in Deutschland " Strukturen, Prozesse, Entscheidung, 2004 Seite 59.

In Deutschland leitet ein Bundesminister ein Bundesministerium in eigener Verantwortung im Rahmen der Richtlinien des Bundeskanzlers. Gemeinsam mit dem Bundeskanzler bilden die Bundesminister die Bundesregierung. Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen. Die Minister werden bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag auf das deutsche Grundgesetz vereidigt. Sie können, müssen aber nicht, Mitglied des Bundestages sein. Sie dürfen während ihrer Amtszeit keine weiteren beruflichen Tätigkeiten ausüben. Ihr Amt endet mit der Entlassung durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers sowie mit jeder Beendigung des Amtes des Bundeskanzlers.

4. Judikative von Bundesebene

Die Judikative der Bundesrepublik hat im Bundesverfassungsgericht seine oberste Instanz. Dieses wacht über die Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips. Jeder Bürger kann hierbei staatliches Handeln durch eine Verfassungsbeschwerde auf ihre Grundmassigkeit überprüfen lassen. Andere wichtige Aufgaben des Gerichtes sind die Klärung von Streitfällen zwischen Staatsorganen oder die Prüfung von Gesetzen auf ihre Verfassungsmassigkeit. Eines weiteren wichtigen Stück Gerichtsbarkeit stellt der Bundesgerichtshof dar²⁸.

➤ Das Bundesverfassungsgericht :

Das Bundesverfassungsgericht ist eine charakteristische Institution der deutschen Nachkriegsdemokratie. Es wurde vom Grundgesetz mit dem Recht ausgestattet, demokratisch korrekt zustande gekommene Gesetzesbeschlüsse außer Kraft zu setzen, wenn es zu der Feststellung gelangt, dass sie gegen das Grundgesetz Verstoßen. Das Verfassungsgericht kann nur dann tätig werden, wenn es mit einer Klage befasst wird. Der Kreis der Klageberechtigten umfasst die Bundesorgane Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung oder deren Teile Abgeordnete oder Fraktionen sowie Landesregierungen. Das Verfassungsgericht wird im " Verfassungsstreit " zum Schutz der im Grundgesetz garantierten Gewaltenteilung und des Bundesstaates aktiv.

²⁸ Udo Krause "Das politische System der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation" 2004Seite 12.

Um auch einer parlamentarischen Minderheit die Anrufung des Verfassungsgerichts zu ermöglichen, genügt ein Drittel der Mitglieder des Bundestages, um Klage gegen eine Rechtsnorm zu erheben abstrakte Normenkontrollklage.

Das Grundgesetz Legitimiert auch den einzelnen Bürger zur Verfassungsbeschwerde, wenn er sich durch das Handeln einer Behörde in seinen Grundrechten verletzt sieht. Schließlich ist jedes deutsche Gericht Verpflichtet, mit einer konkreten Normenkontrollklage an das Verfassungsgericht heranzutreten, wenn es ein Gesetz für verfassungswidrig hält. Das Bundesverfassungsgericht hat das Monopol auf die Verfassungsauslegung für die gesamte Gerichtsbarkeit.

5. Interessen und Akteure:

Um zu verstehen, welche Motive und Ziele die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Zentralasien leiten, müssen Interessen als Schlüssel Begriff ins Zentrum der Betrachtung rücken. Denn mit und in der Außenpolitik werden die allgemeinpolitischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Interessengegenüber dem internationalen Umfeld wahrgenommen. Es herrscht weitgehend Konsens darüber, dass jeder Staat Interessen verfolgt und darüber hinaus gelten Interessen als „die umfassendste Beschreibung des gesamten Wertekomplexes der Außenpolitik“²⁹. Nichtsdestoweniger wird in Deutschland seit vielen Jahren eine Debatte geführt, die den Umgang mit deutschen Interessen thematisiert. Es geht dabei grundsätzlich um einen Disput zwischen denjenigen, die der Meinung sind, dass Deutschland seine Interessen deutlicher formulieren und auch verfolgen sollte, und jenen Vertretern, die überzeugt sind, dies geschehe – spätestens seit Wiedererreichung der vollen Souveränität 1990/1991 – klar und deutlich.

Die zurückhaltende Interessenformulierung und –Artikulation Deutschlands nach 1945 war historisch folgerichtig und nachvollziehbar. Die Bilanz von Millionen von Toten nach zwei Weltkriegen, deren Ausbruch Deutschland maßgeblich zu verantworten hatte, führte zu einer Tabuisierung deutscher Interessen. Von extern war ein Verzicht auf Interessen durch die Vorgaben der Siegermächte gegeben, aber auch innerhalb Deutschlands zogen die „Väter“ des Grundgesetzes aus der Macht- und Expansionspolitik ihrer Vorgänger Lehren. Deutschland war, um es mit den Worten von

²⁹(Frankel 1971, zit. n. Siedeschlag 2001: 18)

Hans-Peter Schwarz zu sagen, nach 1945 geprägt von einer Machtvergessenheit nach der großen Machtbesessenheit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts³⁰. Eine Kultur der Zurückhaltung beherrschte daher die Außenpolitik der Bundesrepublik „So wenig das hieß, auf die Verfolgung eigener Interessen zu verzichten, so sehr bedeutete es, die eigenen Interessen als Bestandteil eines Interessen Geflechts zu sehen, in dem durch eine Politik des Ausgleichs, der Kooperation und der Integration eine neue außenpolitische Kulturrealisiert werden sollte“³¹. Dementsprechend bildete die Westbindung durch europäische und internationale Integration das zentrale Ziel und Fundament der deutschen Außenpolitik in der Nachkriegszeit³².

Nach dem Ende des Kalten Krieges 1990/1991 kam es zu einer Konjunktur des Begriffs Interesse, da mit dem Ende der Blockkonfrontation die Möglichkeit und Notwendigkeit der Eigenpositionierung im internationalen System wieder bestand und wuchs. Aufgrund sich diversifizierender Herausforderungen, wie zum Beispiel der Entstehung neuer Staaten oder dem Ausbruch alter Konflikte, sowie neuer Koalitionsbildungen galt es, die eigenen Interessen grundlegend neu zu bestimmen. „Die Wiedereinführung des Begriffs in die deutsche Außenpolitik wird in diesem Kontext als ‚Rückkehr zur Normalität‘ interpretiert“³³.

Dennoch hält die Interessendebatte in der deutschen Politikwissenschaft weiter an. Insbesondere seit den 1990er Jahren wird in regelmäßigen Abständen die außenpolitische Ausrichtung und Gestaltung der Bundesrepublik diskutiert und immer wieder taucht der oben angedeutete Grundkonflikt auf. Die einen sehen Deutschland seit der Wiedervereinigung seines außenpolitischen Kompasses beraubt und fordern angesichts eines zu geringen Bewusstseins der eigenen Interessen – „mit dem Gestus des Tabubruchs“³⁴ – eine Neudefinition außenpolitischer Ziele und die Verfolgung deutscher Interessen. Dass solche Einschätzungen zum Teil auch noch heute getroffen werden, überrascht. Denn während die Debatten in den 1990er Jahren noch die außenpolitischen

³⁰Schwarz, Hans-Peter: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1985.

³¹(Pradetto 2001: 58 f.)

³²(Pradetto 2001: 47; Hacke 2001: 135)

³³(Ebd.S 57)

³⁴(Schuster 2011: 553)

Unsicherheiten einer Zeit der Transformation zum Ausdruck brachten, hat sich die späte Nation Deutschland heute außenpolitisch längst etabliert³⁵.

Die andere Seite stellt die Unsicherheit Deutschlands bei der Formulierung und Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele infrage und ist überdies bemüht, den Begriff des Interesses von seiner negativen Konnotation zu befreien. Sie fragen zum Beispiel „Sind Interessenetwas Unanständiges? und fordern ein Ende des „lahmen Mythos vom angeblichen Sonderweg deutscher Außenpolitik. Deutschland habe entsprechend seiner Möglichkeiten – immer eigene Interessen verfolgt, so wie es jeder Staat tue. Bereits nach 1949, habe man in der Rhetorik(nach außen) die nationalen Interessen nicht demonstrativ in den Vordergrundgerückt, aber alle von Adenauer bis Kohl hätten implizit deutsche Interessenpolitik betrieben.

Neben diesem Grundkonflikt spielt in der Debatte auch eine grundsätzlich unterschiedliche Auffassung von Macht mit, denn Interessen dienen als Richtungsgeber für ein Konkurrieren um Macht. Einerseits wird der Begriff des Interesses als etwas Gefährliches verstanden und mit interessengeleiteter Politik die Angst vor einem wieder erstarkenden, großmächtigen Deutschland verbunden, dessen Vorgehen einzig auf macht- und realpolitischen Entscheidungen beruhe. Außenpolitische Entscheidungen Deutschlands, die gegen die wichtigsten Verbündeten getroffen werden, wie beispielsweise das Nein zum Irak-Krieg, werden kritisch und als eine Wiederkehr zur machtpolitischen Normalität aufgefasst. Dagegen verstehen andere den Begriff lediglich als eine Kategorie, um außenpolitisches Verhalten zu begreifen. Interessen sind dabei weder positiv noch negativ, sondern bedeuten lediglich eine Zweckgerichtetheit. In ähnlicher Weise äußert sich auch der Politikwissenschaftler Wilfried von Bredow, wenn er darlegt, dass Machtpolitik zur Interessendurchsetzung überall auf der Welt das übliche Prinzip staatlichen Handels sei. Er fragt sich daher, warum sich ein Akteur wie Deutschland aus dem üblichen Modus der Politik gegenüber anderen Akteuren ausklinken sollte. Auch Werner Link verweist auf die Grund Maxime der Disziplin: Macht als Mittel der Politik. Um Macht wird innerhalb des Staates konkurriert und dies gilt ebenso und erst recht zwischen den Staaten und für ihre Außenpolitik.

³⁵(Pradetto 2001: 65 f.; Rusche et al. 2011).

Das Konzept des Interesses gilt deswegen als Kern der Außenpolitikanalyse Innerhalb dieses Forschungsbereiches findet auch ein Widerstreit verschiedener normative Konzepte statt, denen jeweils unterschiedliche Vorstellungen über Bedingungen, beteiligte Akteure und Ziele der Interessenformulierung und -durchsetzung zugrunde liegen. Dies macht eine Interessenformulierung durch politischen Akteur problematisch, weshalb solche Versuche uneindeutig bleiben. So kritisiert die Bertelsmann-Stiftung am Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, welches sechs deutsche Interessen benennt, Diese Liste ist ebenso umfassend wie erschöpfend. Sie sagt jedoch nicht, wann Deutschland zur Sicherung seiner Interessen aktiv werden muss, welche Ziele vorrangig sind oder wie sie erreicht werden können. Die bewusste Uneindeutigkeit der Interessenformulierung beziehungsweise der Bezug auf nur allgemeine Interessen, wie Wohlstand und Sicherheit, dient dabei der Herstellung von Akzeptanz für bestimmte Instrumente und Maßnahmen zur Interessendurchsetzung in der Gesellschaft. Das Ziel der Sicherung von Wohlstand stellt einen direkteren Bezug zur Bevölkerung und ihren Bedürfnissen her als beispielsweise das der Erschließung neuer Märkte in Fernost und lässt somit auf mehr Zustimmung hoffen.

Interessen liefern die verschiedenen Theorieschulen der Internationalen Beziehungen. Auch in Bezug auf Außenpolitik wird dabei in der Literatur zumeist zwischen drei Denkschulen – der realistischen, der liberalen und der konstruktivistischen – unterschieden. Während sich Interessen laut dem realistischen Ansatz – verkürzt gesagt – „vor allem als ein Reflex von Staaten und insbesondere der Exekutive, auf materielle Gegebenheiten des internationalen Umfeldes (Machtverteilung)“ heraus bilden, stehen bei den liberalen Ansätzen individuelle und kollektive Akteure im Zentrum, die jeweils versuchen, ihre Interessen gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Dies bedeutet aber nicht, dass das internationale Umfeld keinen Einfluss auf die Interessenbestimmung dieser Akteure nimmt. Für die liberalen Ansätze zentral ist dabei die Annahme innergesellschaftlicher Interessen Pluralität, weshalb auch in diesem Zusammenhang geraten wird, eher von Interessen einer Regierung als von nationalen oder Staatsinteressen zu sprechen. Durch Ergänzung und Überlappung von Partikularinteressen unterschiedlicher Akteure erhöht sich entsprechend die Durchsetzungsfähigkeit bestimmter Interessen. Bei den kollektiven Akteuren handelt es

sich sowohl um öffentliche als auch private Akteure, sodass neben Regierung, Ministerien und Verwaltungen auch Vereine, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und andere Organisationen als (außenpolitische) Akteure auftreten. Dieser Arbeit liegt das skizzierte liberale Verständnis der Interessenformulierung und –Durchsetzung zugrunde, weswegen verschiedene öffentliche und private Akteure bei der folgenden Analyse der deutschen Außenpolitik gegenüber Zentralasien berücksichtigt werden.

6. Wechselverhältnisse deutscher und europäischer Außenpolitik

Da die deutsche Außenpolitik trotz Eigeninteressen nicht ohne den europäischen Kontext gedacht werden kann und die EU in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen, als einheitlicher außenpolitischer Akteur aufzutreten, verstärkt hat, bedarf es an dieser Stelle einer Darstellung des Zusammenspiels sowie des Auseinanderreichens deutscher und europäischer Außenpolitik. Anhand der Darstellung verschiedener Positionen zum Verhältnis zwischen Deutschland und der EU soll deutlich werden, inwieweit die deutsche Außenpolitik mit der europäischen verbunden ist, aber auch, wie eigenständig sie trotz des europäischen Rahmens handeln und entscheiden kann.

Zunächst muss festgestellt werden, dass ein Großteil der deutschen und europäischen Interessen miteinander übereinstimmen und dass Deutschland, als fester Bestandteil der EU, in hohem Maße europäische Standpunkte vertritt. Deutschland und Europa, so Garais, seien seit den Anfängen der bundesrepublikanischen Westintegration in einer symbiotischen Beziehung miteinander verbunden und da europäische Interessen heute im Vordergrund stünden, bliebe allenfalls zu bestimmen, wann deutsche Interessen nicht mit EU-Interessen übereinstimmen³⁶. Ein Grundpfeiler der deutschen EU-Politik wird deswegen im Prinzip der verflochtenen Interessen deutlich. Dieses gilt als Erbe Konrad Adenauers und meint die Berücksichtigung von Vorstellungen und Befindlichkeiten der Partnerländer bei der Interessenartikulation und Durchsetzung. Grundgedanke ist hier, dass unsere Außenpolitik das Schicksal anderer Länder berührt wie auch deren Außenpolitik auf Deutschland rückwirkt. Im Kern beschreibt dieses Konzept die Realität starker interdependenter Verflechtungen im europäischen und internationalen Rahmen,

³⁶(Albrecht 2001: 117)

die kooperatives Handeln notwendig und erfolgreich machen³⁷. Wilfried von Bredow führt zum Beispiel die deutsche Exportwirtschaft als Profiteur dieses Systems an, die ohne gut funktionierende internationale Wirtschaftsbeziehungen Schaden erleiden würde. Auch weil sich viele Interessen nur gemeinsam im Rahmen der EU durchsetzen lassen, wie zum Beispiel die aktuellen Ziele im Rahmen der Umwelt- und Klimapolitik, wurde Europa zum prioritären Handlungsrahmen deutscher Außenpolitik.

Bereits vor 1990 boten die europäische Integration und Westbindung die Chance, spezifische deutsche Interessen in kollektive Politikumzumünzen und dadurch deren Realisierungschancen deutlich zu erhöhen. Auch August Pradetto stellt dies bezüglich fest: „Die Kontinuität der deutschen Außenpolitik in Bezug auf ‚Europa‘ erklärt sich auch aus der Kontinuität der Realisierung deutscher Interessen durch ‚Europa‘“³⁸. Deutschland setzt also nicht nur mit der EU gemeinsame Ziele um, sondern auch deutsche Ziele durch die EU. Dies erklärt sich laut Busse damit, dass es Deutschland nur innerhalb der EU überhaupt möglich ist, Machtansprüche zu entwickeln und geltend zu machen. Dabei sei allerdings zu beachten, so Gareis, dass der deutsche Spielraum dann stets am größten ist, wenn Deutschlands Anliegen und Interessen mit denen seiner Nachbarn und Partner so weit wie möglich kongruent und komplementär sind, sich zumindest jedoch nicht ausschließen.

Deutschland, das nach dem Ende des Kalten Krieges wieder ins geographische Zentrum Europas gerückt und seitdem das wirtschaftlich stärkste und bevölkerungsreichste Land der EU ist, kommt aufgrund der Interdependenz im supranationalen Staatenverbund auch eine besondere Verantwortung gegenüber den anderen EU- und seinen direkten Nachbarstaaten zu. So sei Deutschland für alle seine Nachbarn wichtigster außenpolitischer Fixpunkt und erziele mit seinen außenpolitischen Entscheidungen deshalb erhebliche Wirkung. Die Position Deutschlands innerhalb der EU erzeugt deswegen einerseits Erwartungen an Führung und andererseits Bevormundungsängste³⁹.

³⁷(Keohane/Nye 2001)

³⁸Ebd. S 52

³⁹(Gareis 2006: 93)

Die Gefahr einer Isolation durch Entscheidungen, die gegen die Interessen anderer Mitgliedstaaten getroffen werden, sei dabei infolge der bestehenden engen Verflechtungen aber sehr viel geringer, als von manchen befürchtet.

Auch wenn Deutschland eine besondere Rolle in der EU einnimmt, bedeutet dies nicht, dass die deutschen Interessen vollständig in den europäischen aufgehen. Ganz im Gegenteil. Die einzelnen Nationalstaaten versuchen sehr wohl, nationalen Einfluss auf die Politik und auf die Gemeinschaftsinstitutionen selbst auszuüben. In der Literatur wird zudem darauf verwiesen, dass die Definition der europäischen Interessen in den jeweiligen Hauptstädten stattfindet und die Ziele der EU sich auf Basis des Zusammenwirkens unterschiedlicher nationaler Motive und Orientierungspunkte entwickeln. Dass die nationalen Interessen aller Mitgliedstaaten im Rahmen dieses Prozesses gleichermaßen Einzug finden, kann aber bezweifelt werden. Vielmehr liegt der Schluss nahe, dass vor allem die einflussreichen EU-Mitgliedstaaten, wie Deutschland und Frankreich, die zudem über gute und intensive bilaterale Beziehungen ins EU-Ausland verfügen, es vermögen, ihre Perspektiven und bilateralen Kooperationen in eine gemeinsame EU-Außenpolitikstrategie einfließen zu lassen und innerhalb dieser als Impulsgeber aufzutreten. Die EU als Summe ihrer Mitglieder profitiert somit zum einen von den Initiativen der einflussreichen Mitgliedsländer, wird aber zugleich in ihrer Außenpolitik durch diese weitgehend determiniert. Vorteil einer unter mehreren Mitgliedstaaten abgestimmten Vorgehensweise ist aber die höhere Wahrscheinlichkeit für das Erreichen eines Konsenses. Ist dies schon auf nationaler Ebene aufgrund der Interessenpluralität mit Schwierigkeiten behaftet, so treten gerade in supranationalen Organisationen wie der EU unterschiedliche einzelstaatliche sowie interinstitutionelle Interessen zutage. Daher folgt nach Werner Link aus der europäischen Grundorientierung deutscher Außenpolitik die Maxime, die erweiterte EU durch die verstärkte und strukturierte Zusammenarbeit einer Kerngruppe handlungsfähig zu machen. Doch auch in einer solchen Gruppe wird letztlich versucht, die eigenen Interessen so weit wie möglich durchzusetzen. In diesem Sinne erinnert Sven B. Gareis in Bezug auf das Konzept der verflochtenen Interessen daran, dass nationale Interessen immer als Handlungsgrundlage dienen, so bleiben auch die Mitgliedstaaten der EU gerade in der

Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)eigenständige Akteure und versuchen auch im Bereich der vergemeinschafteten Politik der EU ihre nationalen Sichtweisen und Interessen einzubringen. Das Zitat verdeutlicht, dass nationale Erwägungen, gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, nach wie vor die Handlungen der Akteure leiten. Der geringe Erfolg der GASP – die hinsichtlich der Bedingungen für ein gemeinsames europäisches Handeln, unter anderem aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen ihrer Mitglieder bezüglich der sicherheitspolitischen Reichweite, konkret und vage bleibt dient daher häufig als Sinnbild der nicht miteinander zu vereinbarenden Einzelinteressen der Mitgliedstaaten. Solange die EU keine einheitliche Strategie in der Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt, so der Grundgedanke, kann sie auch nicht als erfolgreicher internationaler Akteur auftreten. Für die Verfechter einer starken EU liegt gerade hier die Ursache ihrer Schwäche, wie Christian Hacke deutlich macht, indem er darauf verweist, dass die wachsende Aversion gegenüber der Europäischen Union nicht zuletzt auch auf die Unfähigkeit zur gemeinsam zupackenden europäischen Außenpolitik zurück zuführen sei. Als Herausforderung und Schlüssel für das Verhältnis deutscher und europäischer Außenpolitik ergibt sich laut Hacke die Frage, welche nationalen außenpolitischen Interessen sich Vergemeinschaften lassen, ohne dass Sicherheit, Wohlfahrt und Demokratie der eigenen Nation in Gefahr geraten⁴⁰. Eine klare Bestimmung und Darlegung der Interessen Deutschlands wird deswegen als Voraussetzung für effektive europäische und internationale Politik gefordert.

Deutsche und europäische Außenpolitik ist demnach in hohem Maße miteinander verflochten. Dabei kann eine gemeinsame EU Außenpolitik beispielsweise von Deutschlands Stärken, wie seiner wirtschaftlichen und politischen Macht, profitieren, die dazu beiträgt, die EU als rivalisierendes Machtzentrum neben den USA oder China zu etablieren. Gleichzeitig verfügt jeder Nationalstaat neben dem europäischen über einen eigenen außenpolitischen Handlungsspielraum, innerhalb dessen er sich je nach Macht und Einfluss auch über die gemeinschaftliche Außenpolitik hinausbewegt oder sie zu seinen Gunsten beeinflussen kann. Da Deutschland bereits mehrfach eines solchen Verhaltens überführt wurde, stellt Guérot fest: „In der EU passiert nichts ohne,

⁴⁰(Hacke 2001: 140)

geschweige denn gegen Deutschland“. Die Ausführungen folgender Autoren runden diese Darstellung insofern ab, als sie einen Wandel hin zu einer weniger engen Verknüpfung deutscher und europäischer Außenpolitik diagnostizieren. Dafür wird auch die innere Verfasstheit der EU betrachtet, deren Entwicklungen wiederum auf die Außenpolitik rückwirken.

Mit den EU-Erweiterungen wurde es angesichts der Heterogenität der Interessenlagen der Mitgliedstaaten zunehmend schwierig, gemeinschaftliche Reformen durchzusetzen und eine Vertiefung der Integration zu erreichen. Mit dieser Einsicht, wich die deutsche Europapolitik vom Ziel eines immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker, wie es in den EU-Verträgen formuliert ist, ab und nahm eine politische Neubewertung vor. War die Bundesrepublik seit ihrer Entstehung größter Fürsprecher der europäischen Integration und bereit, für die weitere Vertiefung nationale Souveränität zugunsten der EU abzugeben sowie kurzfristige Eigeninteressen vor dem Ziel der langfristigen europäischen Einigung zurückzustellen, nahm gegen Ende der 1990er Jahre der Rekurs mit Fokus auf das nationale Interesse zu⁴¹. Dieser Wandel zeigt sich sowohl in der Rhetorik als auch in konkreten Entscheidungen, wie dem Einsatz für eine Verringerung des deutschen Nettobeitrages zum EU-Haushalt oder der Durchsetzung von Übergangsfristen bei der Herstellung der Personenfreizügigkeit im Rahmen der Erweiterung. Das zeigt, dass die Unterstützung für die Integration nicht grundsätzlich abgenommen hat, aber konditionierter geworden ist. Die aktuelle finanzpolitische Krise der EU bestätigt die Entwicklungen der letzten Jahre insofern, als sich nun die negativen Folgen der mangelnden politischen Integration zeigen. Auch wird deutlich, wie Deutschland weiterhin versucht, seine Interessen, wie die Nichteinführung von Euro-Bonds oder die strikte Einhaltung des Fiskalpaktes, in der gesamten EU durchzusetzen. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht in der EU und die Dominanz Deutschlands werfen dabei Probleme und Verstimmungen innerhalb der EU auf. Während die von der Krise am stärksten betroffenen Länder eine Vertiefung der EU und die Einführung von Euro-Bonds fordern, beschwerten sich viele Deutsche, „thattherestofthe Union is out

⁴¹(Knelangen 2005: 25)

tosqueezethemformoney“⁴². Mit dem Nein zum Militäreinsatz in Libyen 2011 sehen einige Autoren neben der Rolle Deutschlands innerhalb der EU auch die europäische Ausrichtung der Außenpolitik der BRD in einem Wandlungsprozess. Ein Artikel von Ulrike Guérot aus dem Jahr 2012 zur deutschen Außenpolitik benennt beispielsweise interessante Anzeichen für einen Alleingang Deutschlands. Die Autorin stellt zuallererst fest, dass Deutschland in der dritten Generationen gekommen sei, für welche die traumatischen Ereignisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr die Grundlage beziehungsweise das Motiv ihres Handelns sind. In letzter Zeit verwässere Deutschland das bisher gültige außenpolitische Paradigma, europäische Integration und transatlantische Beziehungen „als zwei Seiten derselben Medaille zu verstehen und bringe außenpolitisch neue Münzen mit russischen und chinesischen Schriftzeichen in Umlauf. Anzeichen für einen „außenpolitischen Kulturbruch“ sei die Enthaltung im Sicherheitsrat im März 2011 an der Seite Russlands und Chinas und die Nichtbeteiligung am Libyen-Einsatz. Guérot stellt die These auf, dass Deutschland möglicherweise andere nationale Alternativen jenseits von Europa entwickle, die sich durch einen enormen ökonomisch begründeten Machtzuwachs innerhalb der EU, eine Substitution von Außen- durch Handelspolitik sowie eine Interessenverschiebung in Richtung BRICS-Staaten ergäben und ermöglichen. So entfallen beispielsweise 45 Prozent des gesamten EU-Handels mit China auf Deutschland und, so fragt sich Guérot, wie wolle man den handelspolitischen Goliath Deutschland beschneiden und ihm verbieten, diese Beziehungen im legitimen Eigeninteresse auszubauen.

Problematisch sei aber der Verzicht auf ein normatives Konzept beziehungsweise, dass Deutschland seine wirtschaftliche Macht nicht zur politischen Konditionierung unter anderem Chinas einsetze. Dieser Kritik sieht sich Deutschland immer häufiger, auch in Bezug auf Zentralasien, ausgesetzt. Der diesbezügliche Verweis außenpolitischer Repräsentanten auf die zweigleisige Strategie Deutschlands, die auf die Förderung wirtschaftlicher Beziehungen und demokratischer Strukturen gleichsam abzielt, bleibt ohne konkrete Fortschritte jedoch zahnlos. Eine wertgebundene Außenpolitik im Rahmen der EU sowie die Aushandlung von Partnerschaften zwischen der EU und anderen Staaten erscheinen gegenüber nationalen Alleingängen Deutschlands

⁴²(Grant 2009: 22)

schwierig und vor allem zeitraubend. Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser geht noch weiter und meint, dass für Deutschland eine weitere Integration der EU und des Euroraums nicht nötig sei und man sich lediglich der Bestandssicherung widmen sollte. Deutschland sei zwar an einem stabilen Umfeld interessiert, damit Europa nicht zu viele politische Energien binde, seine eigentlichen Interessen lägen aber jenseits Europas.

Während nach Guérot und Abelshäuser das verstärkte bilaterale Engagement aufseiten Deutschlands einzig der Statussicherung beziehungsweise der Stärkung der deutschen Wirtschaftsmacht dient, sehen andere darin die Erweiterung rein wirtschaftlicher Partnerschaften um politische Ziele, die wiederum in den EU-Rahmen integriert werden können. Artur Ciechanowicz und Konrad Popławski vom Centre for Eastern Studies weisen insbesondere auf das im Frühjahr 2012 von der Bundesregierung verabschiedete Konzept „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen zum Umgang mit den neuen Gestaltungsmächten“. Dieses zielt auf die Institutionalisierung bisheriger Kooperationen mit Ländern, mit denen Deutschland noch nicht im Rahmen der EU, G8 oder NATO zusammenarbeitet. Obwohl dieses Konzept vor allem der Sicherung des Zugangs zu neuen Märkten gilt, eröffnet es durch das deutsche Vorweggehen im Aufbau einer umfangreichen Kooperationsstruktur auch für die EU Wege für eine weitere Zusammenarbeit. Im Dokument heißt es, Das Konzept der Bundesregierung integriert bewusst die Ebene der EU und schafft Synergien mit europäischen Konzepten, Strategien und Partnerschaften. Diese durchaus auch kritischen Aussagen, die die jüngsten außenpolitischen Entwicklungen einbeziehen, zeigen, dass es über die Rolle Deutschlands innerhalb der EU sowie über Einflussmöglichkeiten, Reichweite und gegenseitige Abhängigkeit europäischer und deutscher Außenpolitik unterschiedliche Ansichten gibt. Welche Interpretation hinsichtlich der Region Zentralasien in Bezug auf diese Arbeit zutreffend ist, soll nach der Untersuchung der Außenpolitik gegenüber dieser Region bewertet werden. Was bei der Einschätzung der Außenpolitik gegenüber Zentralasien aber entscheidend sein kann, ist die Erkenntnis Hans Peter Schwarz aus dem Jahr 1994, der bezüglich des außenpolitischen Engagements Deutschlands feststellt, dass dieses nur in einem Punkt von anderen westeuropäischen Staaten und

Bündnispartnern abweicht und zwar in Bezug auf die postkommunistischen Staaten im Osten und Südosten Europas. Deutschland, so heißt es weiter, müsse aus eigenen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen den Interessen Osteuropas mehr Gewicht beimessen als andere EU-Mitglieder und deswegen in der Stabilisierung Osteuropas ein spezifisches Interesse Deutschlands.

Sind Interessen die zentrale Kategorie, um die Außenpolitik eines Staates zu analysieren und zu verstehen. Gleichzeitig lässt dieser Begriff Raum für viele deutige Interpretationen, wird mit positiven, neutralen oder negativen Attributen konnotiert und entsprechend dem zugrunde liegenden Politikverständnis unterschiedlich definiert. Dieses begreift Staaten weder als einheitliche noch als die einzigaußenpolitisch handelnden Akteure. Außenpolitisches Handeln ist viel mehr Ergebnis der Interessen innergesellschaftlicher Akteure, das heißt von Institutionen und Individuen auf substaatlicher Ebene. Die Interessen derjenigen Akteure werden schließlich zu Bestimmungsfaktoren der nationalen Außenpolitik, die sich im politischen Interessenvermittlungsprozess durchsetzen können. Auf dieser theoretischen Grundlage fußend, werden unterschiedliche gesellschaftliche Akteure, unter anderem Unternehmen, Wirtschaftsverbände, NGO Ministerien, Parteien, politische Stiftungen, und deren Aktivitäten in die vorliegende Untersuchung zur deutschen Außenpolitik gegenüber Zentralasien einbezogen. Da sie sehr unterschiedliche Interessen verfolgen und es unter anderem Ziel dieser Arbeit ist, die Interessen Deutschlands gegenüber Zentralasien (als einer Summe der Interessen der einflussreichsten gesellschaftlichen Akteure) zu hierarchisieren, bedarf es der Definition verschiedener Interessendimensionen. Dabei wird vorausgesetzt, dass ein Staat mannigfaltige Interessen verfolgt. Entscheidend ist aber die Frage, für welche Interessen was für ein Umfang an Ressourcen und Personal bereitgestellt wird, also welche Interessen schließlich den größten Einfluss auf die Ausgestaltung der Außenpolitik nehmen. Die Interessen Dimensionen, anhand derer die Außenpolitik gegenüber Zentralasien beschrieben und bewertet werden sollen, sind (1) wirtschaftspolitische Interessen, (2) sicherheitspolitische Interessen und (3) normative Interessen. Diese Unterteilung ist aus der Literatur übernommen, wobei hinsichtlich der dritten Dimension die Bezeichnungen variieren. Statt des Ausdrucks normative

Interessen verwenden einige Autoren die Begriffe Demokratisierungsinteressen, ideologische Interessen oder Systeminteressen. Die dritte Dimension umfasst im Folgenden außenpolitische Maßnahmen, die Staaten zu einer Annäherung und Übernahme des politischen Systems Deutschlands beziehungsweise der unterstützten Weltordnung führen, dazugehören unter anderem die Förderung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschen- und Bürgerrechte, regelmäßiger und freier Wahlen, die Förderung von Werten, die in einem Nationalstaat für die Weltgemeinschaft insgesamt als förderlich erachtet werden sowie des Austausches auf dem Gebiet der Kultur. Sicherheitspolitische Interessen zielen zuvorderst auf Stabilität und Sicherheit ab, sowohl im eigenen Land, also für die eigene Bevölkerung und das politische System, aber auch in Bezug auf die Länder und Regionen, in denen Deutschland außenpolitisch aktiv ist. Regionale Zusammenarbeit wird dabei unter anderem als ein Mittel zur Vermeidung militärischer Auseinandersetzungen gefördert. Wirtschaftspolitische Interessen schließlich umfassen die Förderung der Volkswirtschaft durch wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Staaten. Dazu gehören beispielsweise Reformen des Investitions- oder Bankenrechts, die ausländische Investitionen und die Beteiligung an Unternehmen im Ausland erleichtern. Hier wird beispielhaft auch das Wechselverhältnis der einzelnen Interessen Dimensionen deutlich, da auch das Wirtschaftsrecht ein Teil der Rechtsstaatlichkeit ist, die in dieser Einteilung den normativen Interessen zugeordnet ist. Da es sich bei den Dimensionen um Idealtypen im wegbrechen Sinne handeln, sind solche Überschneidungen möglich. Auf diese wird gegebenenfalls hingewiesen.

Mittels einer Zuordnung zu diesen drei Interessendimensionen werde ich die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Zentralasien untersuchen überprüfen:

- Es gibt eine eigenständige Zentralasienpolitik innerhalb der deutschen Außenpolitik.
- Die Bedeutung der Region Zentralasien hat innerhalb der deutschen Außenpolitik kontinuierlich zugenommen.
- Die deutsche Zentralasienpolitik ist Impulsgeber der europäischen.
- Energiepolitische Interessen dominieren die Politik Deutschlands gegenüber der Region.

- Wirtschaftliche Akteure sind im Rahmen der deutschen Zentralasienpolitik am einflussreichsten.

Zur Untersuchung der Hypothesen wird eine qualitative Analyse des Politikfeldes deutscher Außenpolitik durchgeführt, die durch quantitative Elemente ergänzt wird. Die verwendeten Methoden umfassen vor allem qualitative Analyseinstrumente wie Dokumenten Analysen von Primär- und Sekundärquellen sowie Experteninterviews. Zu den untersuchten Dokumenten zählen außenpolitische Strategien, Konzepte, Reden und Pressemitteilungen, Stellungnahmen sowie Studien, Analysen, Beiträge aus wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Zeitschriften und Zeitungen. Diese werden ergänzt durch quantitative statistische Daten, beispielsweise zu Rohstoffvorkommen oder Handelsbilanzen. Die durchgeführten Experteninterviews mit Matthias Dornfeldt, Dozent für Energiepolitik am "Berlin Centre for Caspian Regional Studies,, der Freien Universität Berlin sowie mit den Referenten für die Region Südkaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt, Markus Tschan und Gerd Benke, lieferten zusätzliche Hintergrundinformationen Aus letzteren beiden Interviews wird auf Wunsch des Auswärtigen Amtes nicht direkt zitiert.

Analysiert werden die außenpolitischen Ziele, Maßnahmen und Programme Deutschlands in Bezug auf die fünf zentralasiatischen Staaten, die aufgrund historischer, politischer und geographischer Merkmale derselben Region zugeordnet werden. Diese sind Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Um zu ermitteln, inwiefern die deutsche Politik gegenüberder Region mit der europäischen übereinstimmt oder sich von dieser unterscheidet, werden die Aktivitäten der EU in Ergänzung zur ausführlichen Schilderung der deutschen Politik in komprimierter Form dargestellt. Zusätzlich wird eines der fünf zentralasiatischen Länder hinsichtlich seiner Beziehungen zu Deutschland gesondert betrachtet, um Aspekte, die während der Analyse der gesamten Region ermittelt wurden, stärker und am konkreten Fallbeispiel herauszuarbeiten. Die Wahl fiel dabei auf Kasachstan, das größte und wirtschaftlich stärkste Land Zentralasiens, welches zudem der wichtigste Partner für Deutschland in der Region ist. Dieser Betrachtung geht eine politische und wirtschaftliche Einordnung des Landes voraus. Der Untersuchungszeitraum beginnt mit der Unabhängigkeit der Staaten Zentralasiens 1991 und endet im Juli 2012.

Die Intensität der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Region variiert stark und damit die Quellenlage. Für die 1990er Jahre ist die Literatur zumeist auf den Kontext der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beschränkt, weswegen es für diesen Zeitraum an ausführlichen Analysen Zentralasiens mangelt. Mit dem Krieg im Nachbarland Afghanistan nahm die Bedeutung der Region stetig zu, was sich auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung widerspiegelte. Die politische Aufwertung der Region im Zuge der Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie 2007 führte schließlich zur Veröffentlichung einer beträchtlichen Zahl an wissenschaftlichen Publikationen zur EU-Zentralasienpolitik. Trotzdem sieht Mahabat Sadyrbek gerade die deutsche und angloamerikanische Zentralasienforschung noch im Anfangsstadium befindlich. Eine systematische Untersuchung der deutsch-zentralasiatischen Beziehungen oder der deutschen Zentralasienpolitik gibt es bisher nicht.

7. Phase 1: 1991 bis 2000:

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützte schon vor 1991 den Reformkurs Gorbatschows, denn dieser implizierte die Chance auf eine deutsche Wiedervereinigung. Die enge Zusammenarbeit setzte sich nach Erreichen der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zerfall der Sowjetunion fort. Zum einen aufgrund politischer und wirtschaftlicher Erwägungen, zum anderen mit dem Ziel gesamteuropäischer Stabilität. Nach dem Ende des Kalten Krieges nahm die Anzahl der Akteure jedoch zu. Deutschland hatte es nun mit einem Dutzend neuer, unabhängiger Staaten zu tun, die sich im Dezember 1991 zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammenschlossen. Zu diesem Verbund der Nachfolgestaaten der Sowjetunion gehörten auch die fünf zentralasiatischen Länder Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Da sowohl über die Ziele als auch die Handlungsfähigkeit der GUS Unklarheit bestand, konzentrierten sich die westlichen Staaten und somit auch Deutschland ab 1992 auf den Aufbau bilateraler Beziehungen. Bis März 1992 erkannte Deutschland alle GUS-Staaten völkerrechtlich an und nahm diplomatische Beziehungen mit ihnen auf. Deutschland eröffnete als einziges europäisches Land frühzeitig Botschaften in allen fünf Ländern,

was zu einer besonderen Rolle Deutschlands in der Wahrnehmung der zentralasiatischen Länder führte. Deutschlands Schlüsselposition in der Region resultiert bis heute vor allem aus seinem Wirtschaftspotenzial und der damit verbundenen Hoffnung der zentralasiatischen Staaten auf Investitionen und finanzielle Unterstützung. Da die BRD und die DDR bereits vor 1991 die größten Außenwirtschaftspartner der GUS-Staaten waren – zum einen unter den westlichen Ländern, zum anderen innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bestand auf beiden Seiten die Hoffnung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit „auf möglichst hohem Niveau fortzuführen“⁴³. Bereits vorhandene Kontakte und Sprachkenntnisse begünstigten vor allem für ostdeutsche Unternehmen die Neuorganisation der Wirtschaftsbeziehungen. Außerdem verfügt Deutschland durch die Wiedervereinigung über für die zentralasiatischen Länder nützliche Erfahrungen bei der Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft. Ein besonderes Interesse Deutschlands galt den Rohstoffvorkommen in der Region und dabei zunächst den Erdöl- und Erdgaslagerstätten, die sich in Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan befinden. Im Vergleich zu heute ging man 1991 noch von weit größeren Reserven aus, ungefähr in der Größe der Vorkommen Kuwaits oder des Irak. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt; die Erdölreserven Kasachstans betragen 2007 3,22 Prozent der weltweit gesicherten Vorkommen. Obwohl dieser Wert gering erscheinen mag, verfügt Kasachstan damit ungefähr über viermal so große Reserven wie Norwegen, das ein Erdöllieferant Deutschlands ist. Aus diesem Grund waren bereits zu Sowjetzeiten verschiedene europäische Energiekonzerne an den zentralasiatischen Reserven interessiert, so auch die deutschen Energiekonzerne RWE und E.ON-Ruhrgas. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass Deutschland bereits 1991 starke wirtschaftspolitische Interessen an der Region hatte und nicht erst ab der um die Jahrhundertwende angestiegenen zusätzlichen Aufmerksamkeit für diese Region.

Die zentralasiatischen Staaten verfügen neben Erdöl- und Erdgasreserven zudem über ein erhebliches Potenzial an mineralischen Rohstoffen wie Kupfer, Chrom oder Antimon, die für die deutsche Industrie von Interesse sind. Um dieses Potenzial noch weiter ausschöpfen zu können und die hohen Infrastrukturkosten zu senken, wurde mit

⁴³(Reichel 1994: 159)

deutscher Hilfe in den 1990er Jahren begonnen, die Bergbau- und Rohstoffwirtschaft an marktwirtschaftliche Standards anzupassen. Während das deutsche Engagement im Erdölsektor in den 1990er Jahren als eher mäßig zu bezeichnen ist, konzentrierten sich die wirtschaftlichen Aktivitäten auf Projekte im Bergbau-, Infrastruktur-, Elektrizitäts-, Telekommunikations-, Verkehrs-, Transport- und Agraringenieurssektor. Zu den bereits in den 1990er Jahren in Zentralasien tätigen deutschen Unternehmen der Energie- und Rohstoffwirtschaft zählen zum Beispiel Siemens, RWE/ DEA AG, Preussag Energie GmbH, Mannesmann, AEG, MAN TAKRAF, WEMEX, Uranerzbergbau GmbH, Fuchs Systemtechnik und Thyssen. Die weit größte Aufmerksamkeit kam dabei insgesamt Kasachstan zu, dem größten der fünf Länder.

Auf wirtschaftlicher Ebene wurden 1995 in Kasachstan und 1999 in Usbekistan der Deutsche Wirtschaftsgut gegründet, ein Kooperationsrat für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kasachstan vereinbart, Delegiertenbüros des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) aufgebaut und der bereits 1952 gegründete Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft bezog die jungen GUS-Staaten in seine Aktivitäten ein. Diese Vertretungen dienen deutschen Investoren als Anlaufstellen, sie liefern hilfreiche Informationen über die Länder und erleichtern die Aufnahme von Geschäftskontakten. Die Bundesregierung unterstützte darüber hinaus den Export in die zentralasiatischen Länder mit Hermes-Bürgschaften und institutionalisierte die Wirtschaftsbeziehungen mit ihnen. Mit Kasachstan geschah dies bereits 1992 in einer Reihe von Verträgen, zum Beispiel durch ein Investitionsschutzabkommen.

Bezüglich des Ziels der Integration der Staaten Zentralasiens in internationale Institutionen unterstützte Deutschland unter anderem den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank. Zudem wurde im Juli 1992 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in München auf deutsche Empfehlung hin die Einrichtung von Konsultativgruppen beschlossen, die die wirtschaftliche Umstrukturierung der zentralasiatischen Staaten unter Führung der Weltbank finanziell unterstützen sollten. Außerdem hat Deutschland „nachhaltig darauf hingewirkt, daß die Europäische Union mit diesen Ländern Vertragsbeziehungen aufnimmt und ihnen präferentiellen Zugang

zu unserem gemeinsamen Binnenmarkt gewährt“, so Hans-Friedrich von Ploetz (parteilos), damaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Grundsätzlich verstand sich Deutschland von Beginn der 1990er Jahre an als „Mittler und Anwalt der Marktöffnungsbegehren“ in den neuen GUS-Ländern, denen andere EU-Mitglieder im Zuge der Verhandlungen über EU-Partnerschafts- und Kooperationsabkommen jedoch mit wenig Verständnis begegneten. Da Deutschland als einziges europäisches Land in allen fünf zentralasiatischen Ländern zur damaligen Zeit über Botschaften verfügte, vertrat es über die eigenen Interessen hinaus auch die der Europäischen Union und der NATO vor Ort.

Neben dem wirtschaftlichen Interesse wird in der Literatur vor allem auf die große Zahl der in den zentralasiatischen Ländern lebenden Deutschen als Grund für die Aktivität der Bundesrepublik in den 1990er Jahren in der Region hingewiesen. Die Zentralasienreisen von Bundespräsident Roman Herzog (CDU) und Bundesaußenminister Kinkel nach Kasachstan und Kirgisistan im Jahr 1995 thematisierten diesen Umstand. Die Bemühungen, die Lebensbedingungen der deutschen Minderheit in Zentralasien zu verbessern, sind der Dimension des sicherheitspolitischen Interesses zuzuordnen. Dieses verlor bis zum Ende der 1990er Jahre allerdings an Bedeutung, weil ein Großteil der Deutschen die Länder inzwischen bereits verlassen hatte. Außenminister Joschka Fischer erklärte nach seiner Zentralasienreise im Juni 2001, dass es zwar ein sicherheitspolitisches Interesse Deutschlands bezüglich der Region gebe, dieses aber in den Gesamt-Kontext der EU sowie der OSZE eingebettet sein müsse. Nur wenige Monate später sollten sich die Rahmenbedingungen jedoch grundlegend ändern. Trotz des grundsätzlich vorhandenen deutschen Interesses, zur Stabilisierung der Region beizutragen, beschäftigten Deutschland in den 1990er Jahren vor allem die Jugoslawienkriege und deren Lösung.

Die ersten zehn Jahre in den Beziehungen zwischen Deutschland und den zentralasiatischen Ländern sind somit vor allem durch eine Bilateralisierung, Neuorganisation und Institutionalisierung bereits bestehender Wirtschaftsbeziehungen geprägt. Sicherheitspolitische oder normative Interessenspielen eine untergeordnete

bis keine Rolle. Unter den europäischen Staaten war Deutschland der insgesamt aktivste Staat in der Region und „viele zentralasiatische Staaten sahen in der Bundesrepublik einen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Partner sowie einen Anwalt ihrer Interessen bei der Europäischen Union. Die viel zitierte Auffassung, dass Deutschland erst seit dem 11. September 2001 oder noch später größeres Interesse an Zentralasien entwickelte, ist nicht zutreffend.

8. Phase 2: 2001 bis 2006

Die außenpolitischen Bemühungen gegenüber Zentralasien veränderten sich mit den Ereignissen vom 11. September 2001 (9/11) nicht nur auf Seiten Deutschlands. Tatsächlich begann für die fünf zentralasiatischen Staaten mit den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York, dem darauf folgenden Krieg in Afghanistan sowie dem Krieg gegen den Terror eine neue Zeitrechnung. Obwohl, auch vor dem Jahr 2001 vor allem wirtschaftliche Interessen gegenüber der Region bestanden, erfuhren die Länder durch ihre enorm gestiegene sicherheitspolitische Bedeutung eine erhebliche Aufwertung. Usbekistan stellte sich umgehend auf die Seite der USA und so wurden von seinem Territorium aus im Oktober 2001 die ersten Luftangriffe auf Afghanistan geflogen⁴⁴. Durch die unmittelbare Nachbarschaft zu Afghanistan wurden neben Usbekistan auch Turkmenistan und Tadschikistan mit dem Ziel der Unterstützung der US-Operation unter anderem mit umfangreichen Wirtschaftshilfen umworben. Schließlich erklärten vier Staaten gegen russische Einwände ihre Kooperationsbereitschaft, woraufhin die USA in Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan Militärbasen errichteten.

Der Deutsche Bundestag stimmte im November 2001 für die Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF), die die Entsendung von bis zu 100 deutschen Soldaten nach Afghanistan umfasste. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte die Abstimmung über diesen Bundeswehreinsatz mit der Vertrauensfrage verbunden. Wenige Wochen später wurde durch den Deutschen Bundestag die Beteiligung an einem zweiten Afghanistan-Einsatz, der International Security Assistance Force (ISAF), mit bis zu 1.200 Soldaten

⁴⁴(Bos 2007: 460)

gebilligt. Die deutsche Bundeswehr nutzt seit 2002 im Rahmen der ISAF den Militärflughafen Termez im Süden Usbekistans als Lufttransportstützpunkt. 2002 waren ungefähr 150 Soldaten, 2005 circa 300 und 2010 rund 100 Soldaten in Termez stationiert, die von dort die deutschen Truppen in Afghanistan mit Nachschub versorgten.

Mit der Beteiligung von Bundeswehrsoldaten am Afghanistankrieg stiegen die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands im Vergleich zur ersten Phase enorm. Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) versuchte die Notwendigkeit der Beteiligung, die die deutsche Bevölkerung als bündnisbedingte Unterstützung des sicherheitspolitischen Partners USA begriff, zu rechtfertigen, indem er im März 2004 konstatierte: Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt. Sicherheit bezieht sich dabei nicht nur auf den Krieg in Afghanistan, sondern auch auf die erweiterten sicherheitspolitischen Gefahren, die von der Region ausgehen. Dazu gehören der Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, die Auswirkungen des ökonomischen Niedergangs der Region auf Europa und die Entstehung radikal islamischer Bewegungen, die die Stabilität gefährden.

Trotz der Bedeutungszunahme Zentralasiens als direkter Nachbarregion Afghanistans und der Beteiligung am Afghanistaneinsatz erarbeiteten weder die Bundeswehr für Deutschland noch die EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eine ausdrücklich sicherheitspolitische Strategie bezüglich der Region Zentralasien. Beide Akteure veröffentlichten hingegen Konzepte, die die grundsätzlichen Ziele gegenüber der Region thematisieren, wobei die militärische Dimension weitgehend unberücksichtigt blieb.

Deutschland konkretisierte seine Politik in Zentralasienkonzepten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2001, 2005) und der Bundesregierung (2002). Die Stabilisierung der zentralasiatischen Länder wurde damit zu einem zentralen Ziel deutscher Außenpolitik aufgewertet. Das Zentralasienkonzept des BMZ von 2001 bildete die wesentliche Grundlage für das der Bundesregierung ein Jahr später. In diesem Konzept heißt es, dass die Bemühungen zur dauerhaften Stabilisierung der Region unvermindert

fortgesetzt würden, es jedoch einer Neuausrichtung der politischen Prioritäten Deutschlands in Bezug auf Zentralasien bedürfe. Im Vergleich zum Zielkatalog von 1994 zählen nun auch Terrorbekämpfung, Armutsminderung und die Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu den Zielen deutscher Außenpolitik in Zentralasien⁴⁵. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, die in der ersten Phase eindeutig die außenpolitischen Aktivitäten dominierten, werden bis auf das Ziel der Förderung einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung kaum thematisiert. Auch die neue militärische Dimension findet keine Erwähnung. Da alle Ziele sehr allgemein und schlagwortartig aufgezählt werden, entsteht der Eindruck, dass dieses Konzept in Reaktion auf die aktuellen Ereignisse eilig zusammengeschrieben worden ist, um vor allem die Bereitschaft zu großem Engagement in Zentralasien (als Belohnung für deren Kooperation) zu bekennen, wie es auch die anderen westliche Mächte taten. Eine fundierte Strategie, die auf den tatsächlichen Errungenschaften und Stärken in den Beziehungen zwischen Deutschland und Zentralasien verweist, ist nicht zu erkennen.

Zudem fällt auf, dass auf die Formulierung deutscher Interessen in den Konzepten verzichtet wird. Hatte man 1994 noch das Ziel formuliert, sich auf den vielversprechenden Märkten der Region zu etablieren, ist in den Jahren 2001 bis 2006 nicht ein einziger Verweis – vielleicht nur der von Peter Struck bezüglich „unserer Sicherheit“ – zu finden, der explizit auf deutsche Eigeneinteressen verweist. Der Einsatz deutscher Soldaten und das verstärkte entwicklungspolitische Engagement in Zentralasien wirken in der allgemeinen Rhetorik wie reiner Altruismus. Da es eine altruistische Außen- und Sicherheitspolitik jedoch nicht gibt, muss davon ausgegangen werden, dass Deutschland seine wirtschaftspolitischen Interessen auch in der zweiten Phase weiter verfolgt hat. Und so ist es.

Obwohl die Sanktionen 2006 entgegen den Vorstellungen Deutschlands beibehalten wurden, fand in der Folgezeit eine kontinuierliche Lockerung statt, wiederum begleitet von starken deutschen Bemühungen. Dass sich letztlich doch die Position Deutschlands gegen die Position mehrerer anderer EU-Mitgliedstaaten durchgesetzt

⁴⁵ (Krumm 2007: 10)

hat, die prinzipiell eine härtere Gangart gegenüber Usbekistan befürworteten, deutet entweder auf eine besonders starke Verhandlungsposition Deutschlands, oder auf die Dominanz von sicherheitspolitischen Interessen über normative Motive. Letztere Variante wird angesichts der vorliegenden Erkenntnisse über die Entwicklung der Maßnahmen für wahrscheinlicher gehalten.

Auch die Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands in der ersten Hälfte des Jahres 2007, in deren Zeitraum die EU-Zentralasienstrategie verabschiedet wurde, ließ diese Prioritätensetzung deutlich werden. Sowohl Außenminister Frank-Walter Steinmeier als auch sein Staatsminister Gernot Erler (SPD) hoben vor allem energiepolitische, geostrategische und sicherheitspolitische Aspekte hervor. Obwohl der Außenminister bei seiner vorbereitenden Reise in alle fünf Länder im Herbst 2006 Menschenrechtsdefizite mehrfach thematisierte, „machte er jedoch [in einem Interview mit der Deutschen Welle TV überraschend offen deutlich, dass die Menschenrechte anderen Interessen gegebenenfalls nachstehen müssten“.

Wiederum soll das EU-Engagement dargestellt werden, um mögliche Unterschiede zur deutschen Außenpolitik im Zeitraum von 2001 bis 2006 zu ermitteln. Wie in der gesamten Staatengemeinschaft führte die Bereitwilligkeit der zentralasiatischen Staaten, bei dem Militäreinsatz der USA unterstützend mitzuwirken, auch aufseiten der EU zu einer Revision ihres Umgangs mit den fünf Ländern. Dies mündete in die Erarbeitung eines Konzeptes, das erstmals ausschließlich den Umgang mit Zentralasien thematisiert. Ähnlich den deutschen Zentralasienkonzepten formuliert es als Hauptziel, regionale Stabilität und Sicherheit der Länder zu fördern und sie bei einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung und Armutsreduktion zu unterstützen. Eine gestiegene Bedeutung der Region wird auch durch die Verdopplung der vorgesehenen TACIS-Mittel für die Periode von 2001 bis 2006 von geplanten 25 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro jährlich und die Initiierung von Projekten zur Reform des Justizwesens deutlich. Zudem wurde die Jahrestagung der Europäischen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau (EBRD) im Mai 2003 erstmals in Zentralasien, in der usbekischen Hauptstadt Taschkent, abgehalten. Da von Afghanistan nicht nur die Bedrohung durch den internationalen Terror, sondern auch

des grenzüberschreitenden Drogenhandels über zentralasiatisches Territorium ausgeht, verstärkte die EU indiese Richtung ihre Bemühungen. Im Rahmen des TACIS-Programms wurden 2002 und 2003 Programme zur Grenzsicherung (BOMBCA) sowie Drogenbekämpfung (CADAP) in Zentralasien aufgelegt. Diese Maßnahmen sowie die Beteiligung verschiedener Mitgliedstaaten am ISAF-Einsatz verdeutlichen und begründen den Bedeutungszuwachs sicherheitspolitischer Interessen der EU in Zentralasien im Vergleich zur ersten Phase.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Aktivitäten lässt sich seitens der EU, wie schon in den 1990er Jahren, ein kontinuierlich ansteigendes energiepolitisches Interesse feststellen. Dieses wurde 2004 im Rahmen von INOGATE mit der Baku-Initiative bekräftigt, die eine Energiepartnerschaft unter anderem mit den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres unterstützt. Ziel ist es, durch Diversifizierung der Energiequellen und -lieferanten die Versorgungssicherheit der EU zu erhöhen. Dabei wird versucht, die Bemühungen in einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik zu bündeln. Dass gerade Deutschland mit der Unterzeichnung des Vertrages zum Bau der Nordstream-Pipeline im September 2005 zwischen Gazprom und E.ON sowie BASF/Wintershall unter Beisein von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Bemühungen einer einheitlichen Energiestrategie zum Teil untergrub, zeigte sich am massiven Protest der baltischen EUMitglieder und Polens.

Die ermittelte Ausweitung der Stabilitätsbemühungen und Aktivitäten zur Demokratieförderung seitens der EU in Zentralasien ist höchstwahrscheinlich auch auf das insgesamt gestiegene Interesse in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 zurückzuführen. Sendete die EU anlässlich der Präsidentschaftswahlen in Kasachstan 1999 noch keine Beobachter, weil die von der EU offiziell vorgegebenen Mindestanforderungen als Voraussetzung für eine Beobachtung nicht erfüllt waren und die EU sich nicht in den Verdacht bringen wollte, einem fragwürdigen Wahlprozess Legitimität zu verleihen, änderte sich dies nach 2001, auch wenn die Wahlen ähnlich umstritten waren.⁴⁰ Eine weitere Maßnahme umfasste die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien 2005 in Reaktion auf das Massaker von Andijan. Aufgabe des Sonderbeauftragten ist es, einen Beitrag zur Verwirklichung der

politischen Ziele der EU zu leisten. Dazu zählen die Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte und einer verantwortungsvollen Staatsführung. Sigita Urdze stellt diese Zielstellung infrage. Ihre Recherchen und Interviews ergaben, dass sich insgesamt kein Hinweis darauf finden lässt, dass die Demokratieförderung für die Tätigkeit des Sonderbeauftragten für Zentralasien von besonderer Bedeutung ist. Dennoch fand mit der Ernennung eines Sonderbeauftragten eine deutliche außenpolitische Aufwertung Zentralasiens durch die EU statt.

Die zweite Phase ist infolge der Ereignisse in der Nachbarschaft Zentralasiens von (weltweit) zunehmenden sicherheitspolitischen, bei gleichbleibenden wirtschaftlichen Interessen Deutschlands geprägt. Ein Blick auf die Zentralasienkonzepte erweckt den Eindruck, als hätten auch die normativen Interessen massiv an Bedeutung gewonnen. Dass diesen jedoch weiterhin eine untergeordnete Rolle zukommt, wurde unter anderem anhand der Reaktionen Deutschlands auf die Ereignisse von Adijan mehr als deutlich. Bemühungen auch hinsichtlich der politischen Transformation der Länder fügen sich stattdessen in die Aktivitäten zur Unterstützung der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen ein. Die EU verstärkte ebenso ihre sicherheitspolitischen und Demokratie fördernden Anstrengungen. Dominieren in der EU im Unterschied zu Deutschland Energie-, nicht wirtschaftspolitische Interessen gegenüber Zentralasien.

9. Phase 3: 2007 bis 2012

Die dritte Phase der deutschen Außenpolitik gegenüber Zentralasien ist durch eine weitere Intensivierung der Beziehungen gekennzeichnet. Das Jahr 2007 wurde als Startpunkt gewählt, weil sich mit der Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie in diesem Jahr sowohl das Interesse der EU und Deutschlands als auch die breite Wahrnehmung der Region in Wissenschaft und Medien verstärkte. Viele Autoren nahmen diese Strategie zum Anlass, sich mit der Region erstmals ausführlich auseinanderzusetzen, sodass die Quellenlage ab dem Jahr 2006 deutlich ergiebiger ist. Da Deutschland maßgeblich an der Ausarbeitung der EU-Strategie beteiligt war, ist sie zentraler Bestandteil der deutschen Außenpolitik.

Zur Vorbereitung der Zentralasienstrategie reiste zunächst Außenminister Steinmeier Ende 2006 als erster EU-Außenminister in alle fünf zentralasiatischen Staaten. Im März 2007 fand daraufhin ein Treffen einer EU-Troika mit den zentralasiatischen Außenministern zur endgültigen Abstimmung der Strategie in Astana statt. Den zentralasiatischen Staaten war es damit möglich, sich an der Erarbeitung der Strategie direkt zu beteiligen, was im Sinne der partnerschaftlichen Politik ausdrücklich erwünscht war. Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan reichten dafür Positionspapiere ein, die bei der Ausarbeitung der EU-Zentralasienstrategie Berücksichtigung fanden.

Hauptziele der EU-Zentralasienstrategie sind es, die Präsenz und Sichtbarkeit der EU in Zentralasien zu erhöhen, bereits vorhandene Programme besser aufeinander abzustimmen sowie eine Mittelaufstockung durchzuführen, da bisherige Bemühungen an fehlendem Geld und Durchsetzungskraft scheiterten. Die Vorbereitung und Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie liefert dabei ein Paradebeispiel für das Wechselspiel deutscher und europäischer Außenpolitik, zeigt aber auch Interessengegensätze innerhalb der EU sowie die Reichweite nationaler Handlungsspielräume auf. Andrea Schmitz von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) bewertet die Ausgangsbedingungen für den Erfolg der Strategie dabei als günstig. Um in der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft Deutschlands eine Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie zu erreichen, konzentrierte sich die Bundesregierung auf eine frühzeitige Abstimmung mit der Kommission und dem EU-Sonderbeauftragten ⁴⁶Inhaltlich stellt vor allem die Frage nach der „normativen Fundierung“ eine Herausforderung dar, da hinsichtlich dieser Dimension – wie bereits am Beispiel Andijan deutlich geworden – durchaus Uneinigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten besteht. Während die deutsche Position gegenüber den zentralasiatischen Staaten wirtschafts- und sicherheitspolitische Zielsetzungen hervorhob und laut Meinung einiger EU-Staaten ein „hauptsächlich deutsches Anliegen motiviert durch die Interessen nationaler Akteure“, bestanden andere EU-Länder darauf, dass der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und der Notwendigkeit für politische Reformen mehr Beachtung zukommen müsse. Bei der

⁴⁶(Schmitz 2007: 76).

Zentralasienstrategie zog sich die Kontroverse um die Gewichtung von Werten gegenüber Interessen durch alle Politikebenen der EU. Angesichts der heftigen Kritik an den Versuchen Deutschlands, die EU-Sanktionen gegen Usbekistan zu lockern, werden der hohe Stellenwert des ergebnisorientierten Menschenrechtsdialogs in der Strategie sowie die im Laufe der Planung in den Hintergrund rückenden Energie- und sicherheitspolitischen Aspekte als ein „Zugeständnis der Ratspräsidentschaft an die Verfechter eines stärker normengeleiteten Handels innerhalb der EU“ und somit als Kompromisslösung verstanden. Damit, so Schmitz, sei die deutsche Ratspräsidentschaft ihrer Rolle als neutraler Vermittler und als Vertreter eines nicht in erster Linie nationalen, sondern europäischen Interesses gerecht geworden.

Die EU-Zentralasienstrategie benennt dementsprechend Sicherheit und Stabilität als strategische Interessen und differenziert sieben Bereiche, auf die sich das europäische Engagement erstrecken soll. Die im Ergebnis formulierten Maßnahmen, welche sich im Einklang mit der formulierten Kritik als eher singulär und ohne konkretes Ziel darstellen, umfassen einen regelmäßigen politischen Dialog auf Außenministerebene, einen ergebnisorientierten Menschenrechtsdialog sowie einen Dialog über Energiefragen, eine Rechtsstaatlichkeits- und Europäische Bildungsinitiative sowie die Unterstützung beim Aufbau einer „E-Seidenstraße“. Deutschland trägt durch die gemeinsame Koordination der Rechtsstaatsinitiative mit Frankreich und der Unterstützung der EU-Wasser- und Umweltinitiative durch eine eigene Wasserinitiative (Wasserinitiative) zur Umsetzung bei. Die geplante Mittelaufstockung umfasst für den Zeitraum von 2007 bis 2013 die Bereitstellung von 750 Millionen Euro durch die EU.

muss festgestellt werden, dass auch in der EU-Zentralasienstrategie sicherheitspolitische Interessen weitgehend unberücksichtigt bleiben. Im Kontrast dazu äußert der „Architekt der Zentralasienstrategie“, der damalige Staatsminister Gernot Erler, dass das Sicherheitsinteresse an erster Stelle stehe. Während der Wortlaut der Strategie Afghanistan nur als ein sich in der Nachbarschaft befindliches Land

thematisiert, macht Erler explizit die Bedeutung zentralasiatischer Transportwege und Stützpunkte „für einen Erfolg der ISAF-Mission in Afghanistan“ deutlich⁴⁷.

Die Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie steht aber auch für einen Wandel hin zu einem neuen Selbstbewusstsein bei der Formulierung deutscher und europäischer Interessen, welches die gesamte dritte Phase prägt. War die zweite Phase von einer Verklärung politischer und wirtschaftlicher Ziele durch die Überdehnung des Sicherheitsbegriffes gekennzeichnet, wird man nun, wie in den 1990er Jahren, wieder konkreter. Angesichts wachsender Konkurrenz um Ressourcen und wirtschaftliche wie politische Einflussphären mit China, Russland, den USA und anderen aufstrebenden Mächten, kommt die deutsche Politik den Forderungen nach einer klaren Formulierung eigener und gemeinsamer Interessen nach. Dort heißt es, Stabilität in Zentralasien sei oberstes Ziel und im europäischen Interesse, die Energieressourcen der Region hätten strategische Bedeutung für Deutschland und Europa und es liege im deutschen und europäischen Interesse, notwendige Reformprozesse sowie die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern. In einem weiteren Beitrag Erlers äußert er, dass die wirtschaftliche Kooperation im gegenseitigen Interesse und Zentralasien auch jenseits der Energiezusammenarbeit ein attraktiver Wirtschaftspartner sei. Neben der ausdrücklichen Formulierung eigener Interessen wird die Grundorientierung deutscher Außenpolitik auf Kooperation deutlich. Da sich diese bereits in den Jahren zuvor als erfolgreich erwiesen hat, wird sie beibehalten und verstetigt. In diesem Sinne verlautbart auch Außenminister Steinmeier in einer Rede im November 2007 anlässlich der Konferenz Zentralasien und Europa: Eine neue Wirtschaftspartnerschaft für das 21. Jh. im Auswärtigen Amt, dass Kooperation – durch regionale Zusammenarbeit und wirtschaftliche Verflechtung – der beste Weg zu politischer Stabilität sowie Wachstum und Wohlstand sei 2007. Dem in der Literatur vielfach rezipierten Erklärungsansatz von einem New Great Game in Zentralasien zwischen den Großmächten setzt Deutschland das Prinzip der partnerschaftlichen Politik entgegen, welches die zentralasiatischen Staaten selbst sowie die Groß- und Regionalmächte mit einbezieht. Gerade weil die Interessen aller Mächte in der Region sehr ähnlich sind (wirtschafts- und sicherheitspolitisch), plädiert Erler für Transparenz

⁴⁷(Erler 2007: 372)

bei der Zielformulierung, Zusammenarbeit und Abstimmung der Aktivitäten mit den USA und Russland sowie die Kenntnisnahme der enger werdenden Beziehungen Chinas zu den zentralasiatischen Ländern im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Der Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempiel bringt dieses Prinzip, dass in der heutigen interdependenten Welt erfolgreich zu sein scheint, auf den Punkt: „Wer hier seine Interessen durchsetzen will, muß auf Konsens setzen. In ihr besitzt besondere Macht derjenige, der seine Ziele dadurch erreicht, daß er andere veranlaßt daran mitzuwirken“⁴⁸.

Der deutsche Ansatz für Zentralasien, wie bereits am Umgang mit dem Massaker von Andijan deutlich geworden, verzichtet auf drastische Sanktionen, wie den Abbruch diplomatischer Beziehungen als Mittel zur Interessendurchsetzung. Vielmehr werden die Beziehungen grundsätzlich aufrechterhalten und das Angebot zur Unterstützung der Transformation wird immer wieder erneuert. Obwohl dieser Ansatz gerade aus Sicht von Menschenrechtsaktivisten zu kritisieren ist, besteht bisher keine Einigkeit darüber, welche politische Strategie autoritäre Regime eher zu einer Anpassung an westliche Normen und Gesetze führt: die der Sanktion oder die der Kooperation bei gleichzeitiger Thematisierung von Defiziten. Die außenpolitische Elite Deutschlands ist sich indes einig, dass Ersteres kontraproduktiv und das zweite Vorgehen somit erfolgsversprechender sei. Dieser Strategie folgte auch Außenminister Steinmeier auf seiner Zentralasienreise 2006, als er den umstrittenen turkmenischen Staatschef Saparmurat Atajewitsch Nijasow traf, der sich Turkmenbaschi, Führer aller Turkmenen, nennen ließ und wegen schwerer Verstöße gegen Menschen- und Bürgerrechte in der Kritik stand. Ziel war es, zu sondieren, ob engere politische und wirtschaftliche Beziehungen möglich seien. Gedanke dahinter war, dass bei einem Zugehen Deutschlands auf das autokratische Land mit einem Entgegenkommen (zum Beispiel in Form der Einhaltung bestimmter Normen) zu rechnen sei und damit eine „Win-win-Situation“ entstehe. Sanktionen würden dagegen zumeist geringere Wirkung erzielen und erschweren die Einflussnahme. Empirische Belege dafür bietet das GIGA-Institut in Hamburg in einer Veröffentlichung mit dem Titel „Peitsche statt Zuckerbrot: Sind Sanktionen wirkungslos?“. Darin heißt es: Die meisten der

⁴⁸ (Czempiel 1999: 227)

sanktionierten autoritären Regime haben sich als erstaunlich resistent gegen Außendruck erwiesen. Autoritäre Regime sind durch Sanktionen zumeist wenig zu beeinflussen, weil sie über strategische Rohstoffe verfügen oder alternative Handels- und Bündnispartner finden. Insbesondere China und Russland verhindern häufig eine einheitliche Sanktionsfront. So wurde auch das Bestreben Kasachstans, für das Jahr 2010 den OSZE-Vorsitz zu übernehmen, das zunächst auf wenig Unterstützung stieß, von Deutschland begrüßt und gefördert. Dieses Vorhaben demonstrierte aus Sicht Deutschlands den Willen Verantwortung zu übernehmen und sich für die Instrumente und Acquis der OSZE einzusetzen, so Staatsminister Erler. Dass der OSZE Vorsitz Kasachstans im Jahr 2010 schließlich weniger Impulse für eine fortschreitende Transformation im postsowjetischen Raum zeigte, als zunächst gehofft, lässt hingegen die Mängel einer vordergründig auf gemeinsame Interessen statt Werte abzielenden Politik im Umgang mit autoritären Regimen deutlich werden.

Nach der vorangegangenen Analyse der EU-Zentralasienstrategie die gemeinsamen Interessen Deutschlands und der EU deutlich geworden sind, soll nun, wie in den Kapiteln zuvor, der Blick konkret auf die nationale Dimension gelegt werden. Auch dort wird ein gleichbleibend hohes Interesse Deutschlands an der Region Zentralasien deutlich.

Auch in jüngster Zeit bleibt Deutschland innerhalb der EU der wichtigste Handelspartner für die zentralasiatischen Staaten. Der Außenhandel Zentralasiens mit der EU belief sich im Jahr 2007 auf 22,9 Milliarden Euro; an diesem hat Deutschland mit sieben Milliarden Euro den größten Anteil. Ein gleichbleibend starkes bis zunehmendes Wirtschaftsinteresse an der Region wird unter anderem durch die Tage der deutschen Wirtschaft in Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan deutlich. Kirgisistan und Tadschikistan sind aufgrund der geringen Rohstoffvorkommen und des Marktvolumens von nachrangigem Interesse. Für die drei wichtigsten Handelspartner sollen die Wirtschaftsbeziehungen nachfolgend etwas ausführlicher beschrieben werden: Vor allem Turkmenistan, das sich seit dem Tod des repressiv herrschenden Präsidenten Nijasow im Dezember 2006 zunehmend öffnet, rückt mehr und mehr in den Fokus. Für die EU ist das Land vor allem wegen seiner

Erdgasvorkommen interessant, da es der Realisierung europäischer Energieprojekte, wie der Nabucco-Pipeline dienen könnte⁴⁹. Für Deutschland hingegen besteht ein weitgefasseres wirtschaftliches Interesse: „Der vom Volumen her noch kleine, aber stetig wachsende Absatzmarkt in Turkmenistan gelangt mehr und mehr in das Blickfeld deutscher Unternehmen. Dafür gibt es einen einfachen Grund: hohe und in den kommenden Jahren zunehmende Erlöse aus dem Erdgasexport. Diese bilden eine solide Basis für die von der Regierung angestrebte Diversifizierung der Wirtschaft. Eine solche will Deutschland durch die Bereitstellung von Technologie und Know-how unterstützen. Im Februar 2008 empfing der turkmenische Präsident Gurbanguly Berdimuhamedow deshalb den deutschen Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) und eine ihn begleitende Wirtschaftsdelegation, um deutsche Unternehmen zu weiterem Engagement in Turkmenistan einzuladen. Nach Angaben aus dem Jahr 2011 sind 62 deutsche Firmen in Turkmenistan registriert, 125 Investitionsprojekte wurden mit diesen Unternehmen realisiert und die „deutschen Ausfuhren nach Turkmenistan sind laut statistischem Bundesamt stetig gestiegen, und zwar von 181,9 Millionen Euro im Jahr 2008 über 255,3 Millionen im Folgejahr auf 330,5 Millionen Euro 2010“. Die Intensivierung wirtschaftlicher Kontakte geht dabei auch mit einer Aufwertung der politischen Beziehungen einher. So wurden im Februar 2011 erstmals deutschturkmenische politische Konsultationen durchgeführt.

Kasachstan als bevorzugtes Partnerland Deutschlands steht dabei noch stärker als in den Jahren zuvor im Fokus, was sich in verschiedenen Wirtschaftsverträgen manifestiert. Besonders hervorzuheben ist die vereinbarte Rohstoffpartnerschaft beider Länder vom Februar 2012. Hinsichtlich der sicherheitspolitischen Dimension verrät ein Blick auf die Zeittafel, die jährliche Besuche in Usbekistan verzeichnet, ein gleichbleibend starkes sicherheitspolitisches Interesse Deutschlands, bedingt durch die fortlaufende Nutzung des Lufttransportstützpunktes Termez und die Weiterführung des Krieges in Afghanistan. Mit dem geplanten Ende der ISAF-Mission nimmt nach Meinung verschiedener Autoren die Bedeutung der zentralasiatischen Staaten noch zu. Um den sicheren Abzug von circa 130.000 Soldaten und deren Ausrüstung bis Ende 2014 zu gewährleisten, werden die beteiligten Staaten und somit auch Deutschland

⁴⁹(Grewlich 2011)

alles tun, um die guten Beziehungen beizubehalten. Die sicherheitspolitischen Interessen in Zentralasien werden damit über das Jahr 2012 hinaus hoch bleiben. Zudem bedeutet dies eine nochmalige politische Aufwertung der zentralasiatischen Länder, die sich seit 2001 fortsetzt.

Die Bemühungen zur Durchsetzung normativer Interessen in Zentralasien werden auch in der dritten Phase fortgeführt. Das politische Lobbying, welches sich an politische Entscheidungsträger sowie zukünftiges politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Führungspersonal richtet, spielt dabei eine besondere Rolle. „German political foundations are in charge of this kind of activity, which they implement by holding conferences and seminars releasing publications, organizing training events and research trips and offering grants“⁵⁰. Im Jahr 2010 ist die FES, mit Ausnahme Turkmenistans, in allen zentralasiatischen Ländern vertreten, die KAS in Kasachstan und Usbekistan und die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) in Kirgisistan. Diese Präsenz hilft, Kontaktnetzwerke vor Ort zu knüpfen sowie Wissen über die zentralasiatischen Länder zu generieren, wovon wiederum deutsche Entscheidungsträger profitieren. Auch in der deutschen auswärtigen Kulturpolitik und Außenwissenschaftspolitik sieht Justyna Gotkowska ein hilfreiches Mittel zur Durchsetzung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Ziele Deutschlands. Durch die Finanzierung und Förderung von DeutschSprachkursen und Deutschunterricht an Schulen, Zuschüssen für Deutschlandreisen von Deutschlehrern aus Zentralasien, die Gründung von Instituten für Deutschland- oder Europastudien sowie die Verbreitung deutscher Kultur, Musik, Kunst und Literatur in Zentralasien werden ein positives Image aufgebaut sowie die deutsche Kultur in Zentralasien bekannt gemacht.

Wie bereits seit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten 1991 übernimmt Deutschland auch in der dritten Phase zusätzlich Aufgaben der EU. So übernahm der deutsche Botschafter in Kirgisistan schon vor der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stellvertretend für alle EU-Mitgliedstaaten die Aufgaben der lokalen EU-Präsidentschaft und vertrat die EU in allen fünf Hauptstädten. Da sich dies auch nach

⁵⁰(Gotkowska 2010: 50)

der deutschen Ratspräsidentschaft fortsetzte, hatte Deutschland zwei Jahre lang die lokale EU-Ratspräsidentschaft in der Region inne⁵¹. Daher konnte auch für diese Phase ermittelt werden, dass Deutschland das präsenteste europäische Land in der Region war.

10. Die Folgen des 1 Weltkriegs

Am 11.11 wurde im Wald von Compagnie der Waffenstillstand abgeschlossen, nach dem Erlass Lothringen sowie das linke Rheinufer und die Brückenköpfe Mainz, Koblenz und Köln sofort zu räumen waren. 5000 Geschütze, Lokomotiven waren zu übergeben, alle Gefangenen freizulassen die Folgen des 1. Weltkriegs für die von den Kriegshandlung Betroffenen Menschen waren verheerend, die kriegerischen Auseinandersetzungen, hatten zwischen 1914 und 1918 über 10 Millionen Menschen das Leben gekostet.

11. Die Weimarer Republik

Benannt nach der in Weimarer tagenden verfassunggebenden national-Versammlung, wurde die junge Republik in den Anfangsjahren von einer parlamentarischen Mehrheit aus Sozialdemokratie, Deutscher Demokratischer Partei und Zentrum gestaltet und geprägt. Die Demokratie funktionierte. Die SPD hatte sich von den revolutionären Vorstellungen der Frühzeit getrennt. Versuche zum radikalen Umsturz der Ordnung in Richtung einer sozialistischen Herrschaft wurden niedergeschlagen.

Das Privateigentum in Industrie und Landwirtschaft blieb unangetastet, und die zumeist antirepublikanisch eingestellte Beamten und Richterschaft behielten ihre Posten. Doch schon in den Zwanzigerjahren zeigt sich, wie brüchig die Basis in der Bürgerschaft war. Wirtschaftskrise, Inflation, Ruhrbesetzung und kommunistischen Anschlägen Bemühungen machten 1923 in einer Situation allgemeiner Verwirrung deutlich, dass in Weimar die Demokraten in der Minderheit waren. Die folgende wirtschaftliche Erholung führte zu einer politischen Beruhigung. Und auch außenpolitisch gewann das besiegte Deutschland unter anderem 1925 im Locarno-Vertrag und 1926 durch den Beitritt zum Völkerbund international wieder gleichberechtigten Status.

⁵¹(Erler 2006)

(https://www.planetwissen.de/geschichte/deutsche_geschichte/weimarer_republik/index.html)

Für kurze Zeit empfanden Teile der Bevölkerung ihre Situation in Wissenschaft, Kunst, Kultur sogar als (goldene zwanziger). Die Blütezeit war intensiv, aber sie war kurz. Denn in der neuen Wirtschaftskrise zeichnete sich bereits 1929 der Niedergang der Republik ab. Nach dem Ersten Weltkrieg steht das Deutsche Reich als Verlierer da. Die außenpolitischen Bedrängnisse führen zur Revolution: Deutschland erlebt einen demokratischen Frühling. Doch von Beginn an steht die junge Republik unter keinem guten Stern.

Die Alleinschuld am Krieg und die Bedingungen des Friedens von Versailles erweisen sich als schwere Hypothek. Links- und rechtsradikale Strömungen bekommen Aufwind. Wirtschaftskrisen, Inflation und Arbeitslosigkeit erschüttern das Vertrauen der Bevölkerung in die junge Demokratie.

➤ *Deutschland am Abgrund*

Die Oberste Heeresleitung, der Kaiser und die Generalität befinden sich im Herbst 1918, in den letzten Tagen des Ersten Weltkrieges, militärisch und politisch in einer Sackgasse.

Nach vier Jahren grausamer Materialschlachten ist Deutschland am Ende seiner Kräfte und kann dem Druck der Alliierten, die die deutsche Front langsam ins Land zurückdrängen, nicht länger standhalten. Die Niederlage ist unausweichlich, die Kapitulation nur noch eine Frage der Zeit.

Für die Herren der Reichs- und Heeresleitung ist es schon schwer genug, sich selbst die Niederlage einzugestehen. Sie auch noch dem deutschen Volk zu verkünden, das unter schweren Entbehrungen leidet, das will man dann doch lieber anderen überlassen.

Die anderen, das sind die Mitglieder der zivilen Regierung, die verhassten Parlamentarier. Sie müssen jetzt die politische Verantwortung für einen Krieg übernehmen, den die kaiserliche Generalität verbrochen hat.

Doch aus der Verantwortungslosigkeit der kaiserlichen Eliten erwächst die erste demokratische Republik auf deutschem Boden. Schon unter Reichskanzler Bismarck gab es starke demokratische Bestrebungen im Parlament.

Doch erst jetzt, am Vorabend der Kapitulation, wird die erste parlamentarische Demokratie im Deutschen Reich verankert. Träger der politischen Macht werden die Parteien.

➤ *Novemberrevolution 1918*

Am 4. November 1918 meutern Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel. Sie sollen in einer sinnlosen Endschlacht verheizt werden, so die Absicht der Seekriegsleitung.

Von Kiel aus erstreckt sich eine Welle von Aufständen über das Land, der sich weitere Matrosen, Soldaten und Arbeiter anschließen. Arbeiter- und Soldatenräte formieren sich, der Ruf nach Abdankung des Kaisers und der Errichtung einer Republik wird laut.

Unter dem Druck der innenpolitischen Unruhen überschlagen sich die Ereignisse. Am Vormittag des 9. November 1918 erreicht die revolutionäre Bewegung Berlin.

Der von Kaiser Wilhelm II. Ernannte Kanzler Prinz Max von Baden erklärt eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und überträgt mit folgenden Worten sein eigenes Amt dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert, der seit 1913 den Vorsitz der SPD führt, also der stärksten Partei im Reichstag: "Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz."

Ebert plant, so schnell wie möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, die eine Reichsverfassung ausarbeiten und die künftige Staatsform des Deutschen Reiches bestimmen soll: eine parlamentarische Republik oder Monarchie.

Doch wichtigstes Ziel für die SPD ist zunächst die Kontrolle über die revolutionären Umbrüche im Land. Keinesfalls will man den Moskau-Treuen das Feld überlassen, die mit Macht die Umstürzung der Verhältnisse nach sowjetischem Vorbild anstreben.

Unter allen Umständen soll mit den Führern der USPD, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich im Krieg von der SPD abgespalten und weiter links neu formiert hat, eine Übereinkunft gefunden werden, um die radikale Linke zu isolieren und die Einheit der Arbeiterbewegung zu garantieren.

Da erreicht die SPD das Gerücht, dass Karl Liebknecht, Anführer der äußerst linken Spartakisten, die sozialistische Republik ausrufen will.

➤ *Die neue Republik*

Am Mittag des 9. November 1918 versammeln sich revolutionär gestimmte Massen vor dem Reichstag. Philipp Scheidemann, Vorstandsmitglied der SPD, wird von seinen Leuten gedrängt, Liebknecht zuvorzukommen und am Fenster zu den Menschen zu sprechen.

Scheidemann beginnt seine Rede, doch tief berührt von der Aufregung des historischen Augenblicks geht Scheidemann viel weiter, als nur das Ende der alten Ordnung zu verkünden.

Um 12.00 Uhr ruft Scheidemann am Deutschen Reichstag die "deutsche Republik" aus. Sein Parteifreund Ebert ist entsetzt: "Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, entscheidet eine Konstituante (verfassungsgebende Versammlung)."

Noch am gleichen Tag macht sich der Realpolitiker Friedrich Ebert an die Regierungsbildung. Um die linksradikalen Kräfte einzubinden, macht Ebert der USPD große Zugeständnisse. Um jeden Preis soll die Bildung einer Räterepublik verhindert werden.

Ebert gelingt es, eine provisorische Übergangsregierung zu bilden, den sogenannten Rat der Volksbeauftragten. Ihr gehören jeweils drei Mitglieder der SPD und der USPD an. Der Rat beschließt einstimmig die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919.

Am 10. November geht der Kaiser ins Exil. Am Abend des 10. November hat sich die Mehrheit der gemäßigten Sozialisten gegen eine linksradikale Minderheit erfolgreich durchgesetzt, die Weichen für die Bildung einer parlamentarischen Demokratie sind gestellt.

➤ *Drückende Altlasten*

Am 11. November 1918 unterzeichnet Matthias Erzberger, Abgeordneter der Zentrumspartei, den Waffenstillstand. Das Deutsche Reich steht unter Schock.

Der Erste Weltkrieg forderte zehn Millionen Tote, 20 Millionen Verletzte. Fast zwei Millionen deutsche Soldaten sind gefallen, mehr als vier Millionen verletzt und verstümmelt.

Auf der Straße herrscht Bürgerkrieg. Chaos und Hunger bestimmen das Leben der Menschen, acht Millionen Soldaten müssen demobilisiert und wiedereingegliedert, die revolutionären Aufstände abgebremst werden.

Zu der aufgewühlten innenpolitischen Lage kommt der Druck durch die Schadensersatzforderungen der Siegermächte. Schwere wirtschaftliche Ausgleichszahlungen kommen mit dem Vertrag von Versailles auf Deutschland zu, die sogenannten Reparationen.

1921 wird von einer alliierten Kommission die Gesamtsumme der Entschädigungsleistungen auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt, die Deutschland innerhalb von 30 Jahren abzuleisten hat. Eine schier unermessliche Summe, die das ausgeblutete Land kaum aufbringen kann.

➤ *Demokratischer Neubeginn*

In Deutschland finden am 19. Januar 1919 freie Wahlen statt, erstmals sind auch Frauen zu den Wahlen zugelassen. Die Wahlbeteiligung ist mit 83 Prozent sehr hoch.

Die Deutschen wählen die Nationalversammlung. Weil man in Berlin Unruhen befürchtet, tritt sie in Weimar zusammen. Weimar gibt der jungen deutschen Republik

damit eine Verfassung und ihren Namen. Deutschland ist nun eine parlamentarische Demokratie.

Die SPD wird mit 37,9 Prozent stärkste Partei im Reichstag. Friedrich Ebert wird Reichspräsident, er bekleidet das höchste Amt im Staat.

Als einer der bedeutendsten Politiker der Weimarer Republik setzt sich Ebert nachdrücklich dafür ein, dass die junge deutsche Demokratie aus den zermürbenden Nachwehen des Ersten Weltkriegs herausfindet.

Ebert gelingt der Schulterschluss mit den bürgerlichen Eliten, erfolgreich betreibt er die Reintegration der deutschen Soldaten in die Gesellschaft.

Doch die Geburtsstunde der ersten deutschen Republik steht unter keinem guten Stern. Von Anfang an wird ihr der verlorene Krieg angelastet, die Führer der demokratischen Parteien müssen die Niederlage vor Volk und Vaterland verantworten.

Das deutsche Volk, das ohnmächtig die harten Vertragsbedingungen des Versailler Abkommens entgegennehmen muss, wird empfänglich für die größte Propagandalüge der Weimarer Republik: die Dolchstoßlegende.

Gezielt wird von der ehemaligen kaiserlichen Reichsleitung das Gerücht verbreitet, das deutsche Heer sei im Ersten Weltkrieg "im Felde unbesiegt" geblieben und hätte durch die Verantwortlichen der Novemberrevolution von 1918 den tödlichen "Dolchstoß von hinten" erhalten.

Wie tief die deutsche Gesellschaft gespalten ist, wird an der Vielzahl sehr unterschiedlicher Parteien deutlich. Die gemäßigten Parteien der Mitte werden flankiert von Kaisertreuen, die wieder Vorkriegsverhältnisse herstellen wollen, radikalen Rechten, die eine Diktatur anstreben und radikalen Linken, die in Deutschland eine Räterepublik ausrufen wollen.

Tatsächlich herrscht eine weit verbreitete Geringschätzung des Parlamentarismus, Weimar erscheint in der Summe oft als "Demokratie ohne Demokraten". Große Teile

der Eliten akzeptieren die Republik nicht – etwa die Reichswehr – trotzdem verhalten sie sich zunächst verfassungstreu.

14 Jahre kann sich die Weimarer Republik behaupten. 14 Jahre geprägt von wirtschaftlichen Krisen, schier unüberwindbaren politischen Problemen und gesellschaftlichen Verwerfungen, aber auch getragen von Hoffnungen, diplomatischen Glanzleistungen und demokratischen Überzeugungen.

Deutschland 1933: Von der Demokratie zur Diktatur

1933 kommt Hitler an die Macht und verwandelt Deutschland in eine Diktatur. Wie kam die Naziartei an die Macht und wie konnte Hitler seine Gegner ausschalten?

Die Schwäche der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg

Das Deutsche Reich ist seit 1919 eine Republik. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg hat Kaiser Wilhelm II. Abgedankt. Viele Deutsche sind mit der neuen Situation unzufrieden. Sie wollen das Kaiserreich zurückhaben. Außerdem glauben viele Menschen, die regierenden Sozialdemokraten seien an der Niederlage schuld. Dennoch geht es ab Mitte der zwanziger Jahre im Land zunehmend aufwärts.

Damit ist es 1930 zu Ende. Wegen einer weltweiten Wirtschaftskrise ist Deutschland nicht in der Lage, die Kriegsschulden zu bezahlen, die im Friedensvertrag von Versailles festgelegt worden waren. Millionen Deutsche werden arbeitslos. Auch in der Politik kommt es zu einer Krise. Kabinette stürzen und es gibt ständig Neuwahlen. Es scheint unmöglich, eine Mehrheitsregierung zu bilden.

12. Aufstieg der NSDAP

Vor diesem Hintergrund erfolgt der Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Bei ihrer Gründung 1920 ist sie eine kleine Partei. Hitler schafft es mit seinem rednerischen Talent, immer mehr Mitglieder anzuwerben. Die Partei ist durch einen extremen Nationalismus und Antisemitismus gekennzeichnet.

Im November 1923 versucht Hitler, durch einen Putsch die Macht zu ergreifen. Damit scheitert er gründlich. Hitler landet hinter Gittern und der Richter verbietet die

NSDAP. Ende 1924 kommt Hitler nach einer relativ geringen Strafe wieder frei. Seine politische Karriere ist noch nicht vorbei. Im Gefängnis hat er Mein Kampf geschrieben und darin seine Pläne für Deutschland ausgebreitet.

Die Nazis gehen künftig den legalen Weg und versuchen über Wahlen die Macht zu erobern. Sie profitieren dabei von der Wirtschaftskrise, die Ende der zwanziger Jahre einsetzt. Sie nutzen die Krise für eine heftige Kritik an der Regierung und am Versailler Vertrag. Ihre Strategie geht auf. Bei den Wahlen von 1928 erhielt die NSDAP 0,8 Millionen Stimmen, 1930 ist die Zahl auf 6,4 Millionen gewachsen.

Adolf Hitlers Anhänger grüßen ihn auf einem Parteitag in Nürnberg (1929). Diese Aufnahme und andere Fotos von Hitler bekam man beim Kauf von Zigaretten und klebte sie in Sammelalben. Das Foto stammt aus der Serie „Deutschland erwacht“.

➤ *Anziehungskraft der Nazis*

Dass sich viele Deutsche von der NSDAP angezogen fühlen, liegt nicht nur am Parteiprogramm. Die Partei strahlt Kraft und Dynamik aus. Außerdem sind die Naziführer jung, anders als die grauhaarigen Politiker der etablierten Parteien. Und Hitlers Image eines starken Führers spricht die Fantasie an. Viele sehen in ihm jemanden, der das Volk vereinen und die politischen Auseinandersetzungen beenden wird.

Die Nazis richten sich an Wählerinnen und Wähler aus allen Gesellschaftsschichten, nicht nur an einzelne Gruppen wie etwa Arbeiter oder Katholiken. Sie erreichen auch viele Menschen, die vorher nicht zur Wahl gegangen sind. Trotzdem sieht es im November 1932 so aus, als habe die Partei ihren Höhepunkt überschritten. Die Wirtschaft kommt wieder in Gang und die NSDAP verliert 15 % ihrer Sitze, obwohl sie die stärkste Partei bleibt.

Hitler wird zum Reichskanzler ernannt

Die konservativen Parteien finden nicht genügend Unterstützung in der Bevölkerung. Sie setzen Reichspräsident Paul von Hindenburg unter Druck, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Sie hoffen, zusammen mit der NSDAP eine

Mehrheitsregierung bilden zu können. Ihre Erwartung, dass sie Hitler in ihre eigene Agenda einspannen können, wird sich als verhängnisvolle Fehleinschätzung erweisen.

Am 30. Januar 1933 ist es soweit. Hindenburg gibt nach und ernennt Hitler zum Reichskanzler. „*Es ist fast wie ein Traum. Die Wilhelmstraße gehört uns*“, notiert der spätere Propagandaminister Joseph Goebbels in sein Tagebuch. Hitler wurde also nicht von der deutschen Bevölkerung gewählt, kam aber auf legale Weise an die Macht.



<https://www.gettyimages.fr/photos/adolf-hitler>

➤ *Nationalsozialistische Regierung: Die Nazis teilen die Macht*

Die Nationalsozialisten feiern ihren Sieg mit einem Fackelzug durch Berlin. Vom Balkon der Reichskanzlei aus schaut Hitler beifällig zu. Doch er ist zu diesem Zeitpunkt noch alles andere als allmächtig. Die NSDAP muss mit anderen Parteien des rechten Spektrums zusammenarbeiten. In der neuen Regierung sind sogar nur zwei

NSDAP-Mitglieder vertreten: Wilhelm Frick und Hermann Göring. Hitler sorgt jedoch dafür, dass sie wichtige Posten bekleiden.

Von großer Bedeutung ist vor allem die Rolle Hermann Görings. Er ist Minister ohne Geschäftsbereich und erhält die Kontrolle über die Polizei Preußens, des größten Teils von Deutschland. Für die Nazis ist das Grund genug, die „nationale Revolution“ zu feiern, doch viele Deutsche nehmen die Nachricht schulterzuckend zur Kenntnis. Sie haben schon viele Regierungen kommen und gehen gesehen und erwarten, dass die neue Regierung sich nicht lange halten wird.

➤ *Reichstagsbrand: erster Schritt zur Diktatur*

Schon bald reißt Hitler mehr Machtbefugnisse an sich. Ein Schlüsselereignis ist dabei der Reichstagsbrand. Am 27. Februar 1933 entdecken Wachleute, dass das Gebäude in Brand steht. Sie überwältigen den mutmaßlichen Brandstifter, einen niederländischen Kommunisten namens Marinus van der Lubbe. Er wird 1934 nach einem Schauprozess hingerichtet. Ob er Mittäter hatte, konnte nie geklärt werden.

Die Naziführer sind schnell zur Stelle. Der spätere Gestapo- und SS-Chef Rudolf Diels war anwesend und berichtet, Göring: „Das ist der Beginn des kommunistischen Aufstandes, sie werden jetzt losschlagen! Es darf keine Minute versäumt werden!“ Bevor er fortfahren konnte, habe Hitler gebrüllt: „Es gibt jetzt kein Erbarmen; wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht.“

Reichspräsident Hindenburg verkündet am Vormittag des nächsten Tages die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“, auch „Reichstagsbrandverordnung“ genannt. Sie schafft die Grundlage für eine Diktatur. Die Bürgerrechte der deutschen Bevölkerung werden eingeschränkt. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist nicht mehr selbstverständlich, und die Polizei kann willkürlich Hausdurchsuchungen vornehmen und Personen verhaften. Die politischen Gegner der Nazis sind nun vogelfrei.

Der Reichstag brennt (1933).

➤ *Unterdrückung von Gegnern*

In dieser Atmosphäre der Einschüchterung finden am 5. März 1933 Neuwahlen statt. Im Straßenbild dominieren Plakate und Fahnen der NSDAP. Trotzdem bleibt der von den Nazis erhoffte große Sieg aus. Mit 43,9 Prozent der Stimmen erreicht die NSDAP nicht die Mehrheit. Die linken Parteien KPD und SPD erzielen zusammen noch immer 30% der Stimmen.

Die Verhaftungen und Einschüchterungen nehmen zu. Die Regierung verbietet die kommunistische Partei. Am 15. März sind bereits zehntausend Kommunisten festgenommen worden. Um die vielen politischen Gefangenen unterzubringen, werden die ersten Konzentrationslager eröffnet. Die Umstände darin sind schrecklich. Die Menschen werden misshandelt, gefoltert und manche von ihnen ermordet.

Insbesondere Juden und bekannte Persönlichkeiten unter den Gefangenen haben es schwer. So führen SS-Wachmänner des Lagers Dachau bei München vier jüdische Häftlinge vor das Lagertor und erschießen sie. Die Bewacher behaupten, die Opfer hätten einen Fluchtversuch unternommen.

➤ *Hitler erhält mehr Macht*

Am 23. März 1933 tagt das Parlament in Berlin. Auf der Tagesordnung steht ein neues Gesetz, das „Ermächtigungsgesetz“. Es ermöglicht Hitler, vier Jahre lang ohne Einmischung des Reichspräsidenten, des Reichsrats und des Parlaments Gesetze zu erlassen. Das Gebäude, in dem die Sitzung stattfindet, ist umstellt von Männern der SA und der SS, paramilitärischen Organisationen der NSDAP, die inzwischen zur Hilfspolizei ernannt wurden.

Hitler stellt die Abgeordneten in seiner Rede vor die Entscheidung „Krieg oder Frieden“. Das ist eine versteckte Drohung, um Personen einzuschüchtern, die dagegen stimmen wollen. Von einer demokratischen Abstimmung kann also nicht die Rede sein. Mit 444 Stimmen dafür und 94 Gegenstimmen nimmt das Parlament das Ermächtigungsgesetz an. Es ist bis 1945 die Grundlage der Nazidiktatur.

➤ *Gleichschaltung der Gesellschaft*

Nachdem Hitler so viel Macht angehäuft hat, machen sich die Nazis daran, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umzuwandeln. Dieser Prozess wird als Gleichschaltung bezeichnet. Jüdische und politisch missliebige Beamte werden aus dem Dienst entlassen. Gewerkschaften werden aufgelöst, stattdessen wird die Deutsche Arbeitsfront gegründet. Auf diese Weise verhindern die Nazis, dass sich Arbeiter als Regimegegner organisieren.

Die existierenden politischen Parteien werden verboten. Ab Mitte Juli 1933 ist Deutschland ein Einparteienstaat. Auch auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet finden „Säuberungen“ statt. Alles „Undeutsche“ soll verschwinden. Die Nazis verbrennen Bücher vor allem von jüdischen, linken und pazifistischen Schriftstellern.

Mitglieder der Hitlerjugend zeigen den Hitlergruß bei einer Versammlung im Mai 1933.

✓ *Unterdrückung der Juden*

In der Phase der Machtergreifung richtet sich die destruktive Energie der Nazis hauptsächlich auf politische Gegner. Eine Ausnahme sind die jüdischen Bürger und Bürgerinnen Deutschlands. Als Gruppe bilden sie keine Opposition gegen die Politik der Nazis. Trotzdem werden sie zum Opfer von Gewalt, Schikanen und Unterdrückung. Bereits am 1. April 1933 unternimmt das Regime eine offizielle Aktion gegen die jüdischen Deutschen. Sie verkündet einen landesweiten Boykott gegen jüdische Geschäfte. Es ist der erste Schritt in einer Reihe antijüdischer Maßnahmen, die im Holocaust enden werden.

✓ *Hitler als Alleinherrscher*

Hitler und die Nazis machen Deutschland nach der Machtübernahme zu einer Diktatur. Sie greifen dabei stets zu juristischen Mitteln, um den Schein der Legalität zu wahren. Schritt für Schritt höhlt Hitler so die Demokratie aus, bis sie nur noch Fassade ist. Trotzdem ist der Prozess damit nicht beendet. In den zwölf Jahren, die das Dritte Reich existiert, wird Hitler seine Herrschaft weiterhin festigen.

✓ *Die Diktatur des Nationalismus*

Ende der Zwanzigerjahre fand linken und rechten Radikalismus in horrender Arbeitslosigkeit und weit verbreiteter wirtschaftlicher Not reichlich Nahrung. Im Reichstag kamen keine regierungsfähigen Mehrheiten mehr zustande. Die Kabinette waren abhängig von der Notverordnungscompetenz des Reichspräsidenten, wodurch ohne paränetische Zustimmung regiert werden konnte.

Auf den sozialdemokratischen Reichspräsidenten "Friedrich Ebert" was bereits 1925 der Kandidat der rechten, der ehemalige Feldmarschall «Paul von Hindenburg» gefolgt. Er beachtete streng die Verfassung, fand aber kein wirkliches inneres Verhältnis zur Republik. Anfang 1933 als die schwersten Krisenzeiten bereits im abklingen begriffen waren, rechneten sich Mitglieder des rechten Lagers aus, den extrem antidemokratischen "Adolf Hitler" durch eine Übertragung der Kanzlerschaft für ihre eigenen Zwecke nutzen zu können. Seine nationalsozialistische Bewegung war in Folge der Wirtschaftskrise die stärkste Kraft in Deutschland geworden, ohne freilich eine Mehrheit in der Bevölkerung und im Parlament auf sich vereinen zu können. Hindenburg er nannte ihn trotz eigener stärkster bedanken zum Regierungschef und willigte auch in seine Forderung einer Auflösung des Reichstages ein.

Die Machtergreifung hatte begonnen. Mit massiver Gewalt und Verfolgung schüchterne Hitler seine Gegner im Wahlkampf ein. Unter größten druck zwang er trotz widerstand der Sozialdemokraten, die noch nicht verhafteten oder geflüchteten Parlamentarier zu einem Ermächtigungsgesetz, das ihm nahezu unbegrenzte Gesetzgebungsbefugnisse übertrug, tausende Menschen verschwanden ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslagern.

Neben die politische Verfolgung trat vom Anfang an einem Rassenwahn er orientierte sich an der Schimäre Eimer "nördlichen Rasse" und entwickelte sich über Gedanken zu "Lebensunwerten", da nicht den ideal Vorstellungen entsprechenden leben zu systematischer Euthanasie.

Während dieses aus Furcht vor den Protesten eher vertraulich gehendhabt wurde, wurden antisemitische Exzess in der Öffentlichkeit verübt, vor allen Augen wurden jüdische Mitbürger durch die Staats-und Parteiorganisationen geschnitten, gedemütigt, aus öffentlichem Ämtern entlassen, bedroht und schließlich systematisch verfolgt. 1938 wurden

Synagogen und andere jüdische Einrichtungen in einem Pogrom zerstört. Schätzungsweise 6 Millionen Männer, Frauen und Kinder wurden binnen weniger Jahre ermordet: hier die hemmungslose Gewalt, dort die spürbaren erfolge.

Die wirtschaftliche Wiederbelebung, die schon von dem machtantritt "Hitlers" begonnen hatte und jede Regierung zugutegekommen wäre, beschleunigte er aus Sicht der Arbeitslosen durch propagandistische groß angelegte Arbeitsbeschaffungsprogramme und ein Beispielloses Aufrichtung Programm, das den Staat früher oder später in einen Bankrott treiben musste wenn nicht Geld in die Kasse gekommen wäre.

Außenpolitische Erfolge wie die Rückkehr des Saarlandes ins deutsche reich stärkte Hitlers Stellung zusätzlich. Die nächsten Stationen: 1936 rückten deutsche Truppen in das seit 1919 entmilitarisierte Rheinland ein, 1938 wurde Österreich ein Verliebte, und im selben Jahr standen die Westmächte Hitler auch die Annexion des Studentenlandes zu.

13. Deutschland zwischen den Kriegen

Am 18 Januar 1919 wurde den Friedensvertrag Versailles abgeschlossen. In diesem Vertrag arbeiteten die Vertreter der Siegmächte ohne deutsche Betteilung aus. Sie waren einverstanden und überzeugt, dass deutsche reich die alleinige schuld an Weltkrieg war.

Mit dem Versailler Vertrag" wurde die Souveränität des Weimarer Staats beschränkt, und die politische, militärische und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit eingegangen⁵²

Deutschland war gezwungen, diesen Vertrag zu unterzeichnen und für seine groben und brutalen Entscheidungen zu kapitulieren. Aber dieser Vertrag und andere Friedensverträge vertieften der Groll und den Hass "trugen den Keim neuer kriege in sich⁵³

Die Brutalität, die Empörung und das Elend führten zu großen wirtschaftlichen Aktionen.

Sowohl bei den Politikern und die wirtschaftlichen Verträge wurden zwischen 1922 und 1930 gegründet, als auch bei den Arbeitern und den werktätigen in den Betrieben. Sie kämpfen für den wirtschaftlichen und politischen Frieden.

Sie konnten den Höhenpunkt erreichen und die Industrieproduktion im parallel zu den entwickelten Staaten der ganzen Welt ersteigern. Am 30 Januar 1933 wurde "Adolf Hitler" von dem Reichspräsidenten "Paul von Hindenburg" zum Reichskanzler ernannt.

1919-1933: Weimarer Republik

⁵²Ernest Diehl , Grundriess der deutschen Geschichte, Berlin 1979,S70

⁵³J.streisend, Deutsche Geschichte, Berlin 1980, S20

1919-1923: Krisenjahre des nationalen gesinnten Bürgertums und die Reichswehr stehen der Republik ebenso ablehnend gegenüber wie extreme recht und linke.

1923: Hitler –Putsch, der von Polizei und Reichswehr niedergeschlagen wurde.

1933: Machtübernahme Hitlers.

Am 16 März 1935 hat er das Wehrgesetz gesetzt (1935-1938) = 3,3 Millionen Soldaten.

1935: Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht .

1936: Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland.

Die Allianz zwischen Japan und Deutschland dann Italien und Spanien

1937: in der Führerkonferenz enthalten seine Kriegspläne zwischen 29 und 30

September 1938 fällt das Sudetenland dem Großdeutschen Reich.

1938: München Konferenz

Am 23 August 1939 wurde das “Nichtangriffspakt “ zwischen dem deutschen Reich und den Sowjetunion abgeschlossen. In diesem Abkommen sollte die Sowjetunion keine Koalition mit irgendwelchem Land bilden, im Fall es Kriege durch Deutschland gebe. Polen würde insgeheim zwischen den beiden aufgeteilt. Die wirtschaftlichen und politischen Reformen ebneten den Weg für den zweiten Weltkrieg Erklärung. Aber sie waren nie die ersten.

14. Der Zweite Weltkrieg: 1939-1945 und seine Folgen

Der Zweite Weltkrieg wurde von den deutschen Nationalsozialisten unter der Führung Adolf Hitlers 1939 begonnen. Hitler reichte die territoriale Vergrößerung des Deutschen Reichs nicht, er wollte mehr. Im März 1939 ließ er deutsche Truppen nach Prag einmarschieren. Und am 1. September 1939 entfesselte er mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. In fünfeinhalb Jahren kostete der Krieg 55 Millionen Menschen das Leben und verwüstete weite Teile Europas. Viele Länder erlebten die Deutschen als harte Besatzer. Die eroberten Gebiete reichten von der französischen Atlantik Küste bis vor die Tore Moskaus, von Nordnorwegen bis nach Nordafrika. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann ein gnadenloser Vernichtungsfeldzug im Osten. Mit dem Kriegseintritt der USA 1941 und der Niederlage in Stalingrad 1943 wendete sich das Blatt.

Bei der Befreiung der besetzten Gebiete fanden die alliierten Truppen mehr oder minder stark organisierte Widerstandsgruppen vor. Aber auch in Deutschland hatte es in allen

Jahren immer wieder verzweifelten Widerstand Einzelner oder verschiedener Gruppen aus allen Schichten des Volkes gegeben.

Ein von Graf Stauffenberg und anderen Widerstandskämpfern am 20. Juli 1944 verübtes Bombenattentat scheiterte: Hitler überlebte und ließ über viertausend Menschen hinrichten. So ging der Krieg unter großen Opfern auf beiden Seiten weiter, bis das ganze Reichsgebiet von Alliierten besetzt war, Hitler am 30. April 1945 Selbstmord beging und eine Woche später das finsterste Kapitel in der deutschen Geschichte mit der Bedingungslosen Kapitulation beendete. Bei Ausgang des Krieges 1945 befanden sich 67 Staaten im Kriegszustand. Der Krieg kostete Millionen von Soldaten und Zivilisten weltweit das Leben.

✓ *Die Teilung Deutschlands*

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt die amerikanische, britische und französische Zone schlossen sich am 23 Mai 1949 zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) zusammen, in der sowjetischen Zone wurde am 7 Oktober 1949 die Deutsche Demokratie Republik (DDR) gegründet. Die DDR war ein totalitäres kommunistisches Regime unter der Führung der Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) In den folgenden Jahren verschärften weltweit die Spannungen zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten. In diesem Klima des kalten Krieges und um die weitere Auswanderung der eigenen Bevölkerung zu verhindern, errichtete die DDR ab dem 13 August 1961 die Mauer in Berlin. Die Grenze zwischen den beiden Staaten wurde mit Zäunen und Minen abgesichert und scharf bewacht. Der Kontakt zwischen der Bevölkerung aus beiden Teilen Deutschlands wurde stark eingeschränkt. Erst am 9 November 1989 wurden die Grenzen wieder allgemein geöffnet.

✓ *Kalter Krieg*

In Deutschland spiegelte sich wie nirgendwo sonst auf der Welt der Bald nach Kriegsende beginnende kalte Krieg wieder. Die Devise hatte der Chef der Kommunisten. Gruppe Walter Ulbricht ausgegeben. Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben. In den westlichen Besatzungszonen vollzog sich derweil die Wiederbelebung der politischen Administration von unten nach oben. Politische Parteien waren zunächst nur auf lokaler Ebene zulässig, nach Bildung der ersten Länder dann auch auf Landesebene.

Auf eine harte Bewährungsprobe wurde die Verpflichtung des Schutzmacht-Status gestellt, als der sowjetische Staats und Parteichef Josef Stalin die Einführung der D-Mark in der Trizose zum Anlass nahm, West-Berlin mit dem Ziel zu blockieren, es der Sowjetischen Besatzungszone einzuverleiben. Am 24 Juni 1948 unterbanden die Sowjets jede Landverbindung von der westlichen Besatzungszone nach West-Berlin sowie sämtliche Versorgung der westlichen Stadtteile mit Energie und Lebensmitteln aus der umgebenden Besatzungszone, Am Mai 1949 die Bevölkerung West-Berlins versorgt wurde.

In über 277.000 Flügen brachten die „Rosinenbomber“ 2,3 Millionen Tonnen Nahrungsmittel, Medikamente, die sie so am Leben erhielten. An dieser Zeit die Amerikaner durch ihre Kraft Verbundenheit mit Berlin als Vorposten westlicher Politik und Lebenskultur sowohl ihre starke als auch ihre Entschlossenheit.

15. Gründung der Bundesrepublik Deutschland

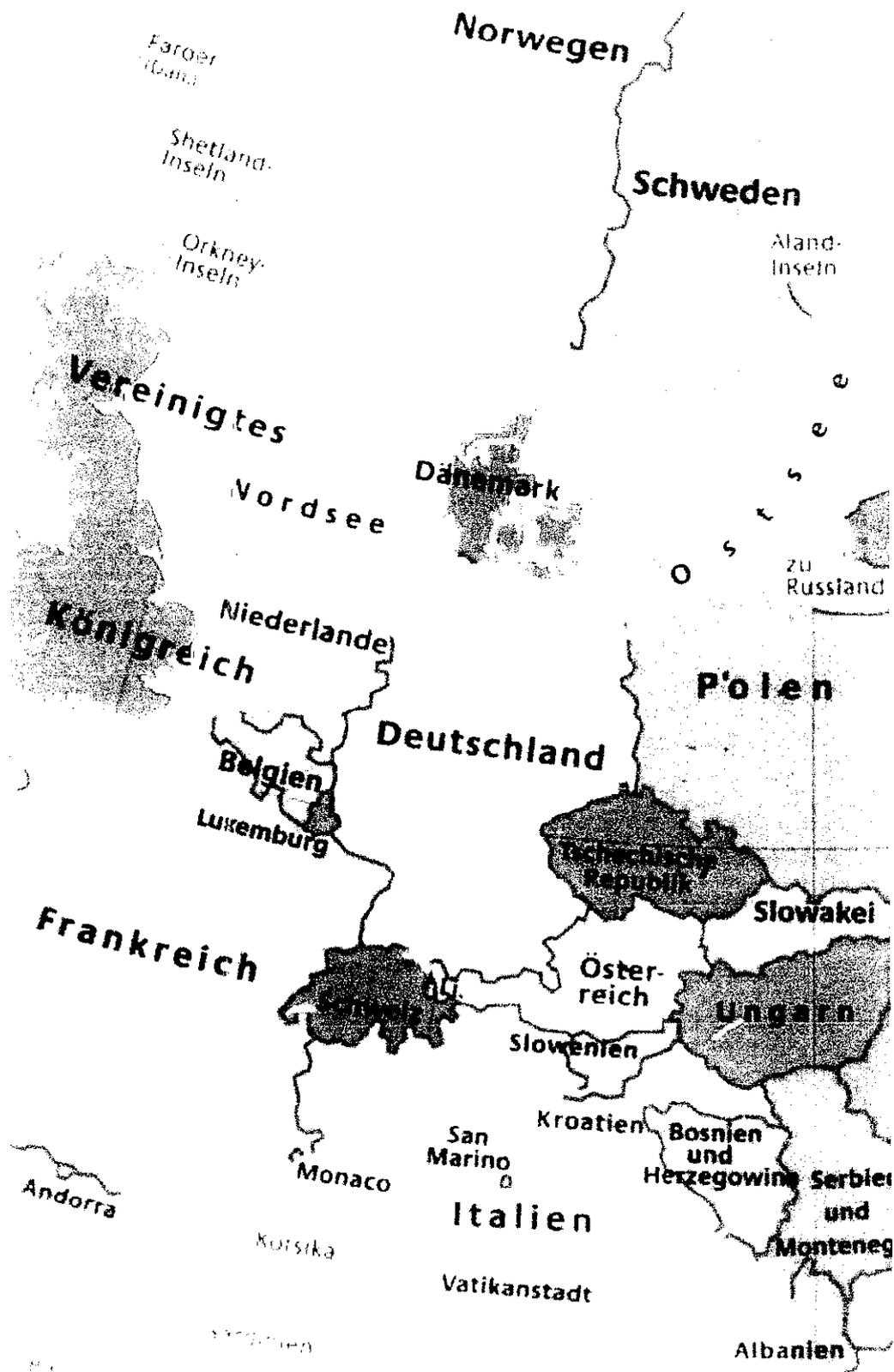
Die Ministerpräsidenten der Bundesländer beriefen 1948 eine Versammlung zu: Ausarbeitung einer Verfassung für einen aus der Trizone hervorgehenden Staat ein. Die Verfassung war bis zu einer Wiedervereinigung Deutschland von Anfang an als Provisorium gedacht und wurde daher Grundgesetz genannt.

Viele Vorstellungen flossen ein, so die Überlegungen der westlichen Besatzungsmächte, vor allem aber die Erfahrungen mit der untergegangenen Weimarer Republik. Der Verfassungskonvent entschied sich für einen demokratischen und sozialen Bundesstaat. Diese Männer und Frauen der ersten Stunde waren die demokratischen Traditionen aus dem Geist von 1848 und 1919 sowie den „Aufstand des Gewissens“ vom 20 Juli 1944 einbrachten. Sie verkörperten das „andere Deutschland“ und gewannen den Respekt der Besatzungsmächte. Am 23 Mai 1949 schlug die Geburtsstunde mit der feierlichen Verkündung des Grundgesetzes. Nach der Wahl zum ersten Bundestag am 14. August 1949 wurde die Verfassung mit

parlamentarischem Leben erfüllt. Die erste Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer bereitete die Rückkehr Deutschlands auf einen ehrenhaften Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt „vor, wie dies US-Außenminister Byrnes drei Jahre zuvor als Projekt verkündet hatte. Adenauer sowie der erste Bundespräsident Theodor Heuss, Ludwig Erhard., der Vater des „Wissenschaftswunders“, und die großen Oppositionsführer der SPD wie „Kurt Schumacher“ oder „Erich Mollenhauer“ sowie der

Weltbürger „Carlo Schmidt“ gaben dem neuen Parteiwesen in Westdeutschland ein unverkennbares Profil und schufen neues Vertrauen in den deutschen Staat. Schritt für Schritt erweiterten der politischen Einfluss auf Besatzungsstatut und internationale Gremien. Zu dem ersten Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt trug die konsequente Politik der Wiedergutmachung gegenüber Israel und jüdischen Organisationen bei .

Die Übereinstimmung der Deutschen mit ihrem Staat, der jungen Bundesrepublik wurde von Anfang an durch einen Wirtschaftlichen Aufschwung gefördert. Millionen von Carepaketen aus den USA hatten die Solidarität zwischen den Völkern der Sieger und der Besiegten in Zeiten größter persönlicher Not gegründet. Amerikanische Auslandhilfe hatte weitere Grundsteine gelegt. Der entscheidende Hebel für den Aufschwung bestand in dem europäischen Hilfs- und Wiederaufbauprogramm.



16. Bildungssystem

In der Schule und Hochschulwesen sind seit Bestehen der Bundesrepublik tiefgreifende Änderungen eingetreten. Bis Mitte der sechziger Jahre kamen die Reformversuche nur langsam voran, waren eng begrenzt und unsystematisch. Erst als Folge der Studentenrevolten in den Jahren 1967 und 1968 wurden echte strukturelle und inhaltliche Reformen eingeführt, die den Aussprüchen der jungen Gegenwart und dem veränderten Bewusstsein der jungen Generation besser Rechnung zu tragen versprachen: stärkeres Mitspracherecht der Studenten an den Hochschulen, flexiblere Curricula, lockerere und kreativere Sozialformen im Unterricht, Anwendung der Erkenntnisse moderner Pädagogik und Didaktik.

Es wurde sehr viel, zum Teil wohl zur viel experimentiert was zu einer gewissen Verunsicherung geführt hat. Teile der Reformen wurden inzwischen wieder zurückgenommen. In letzter Zeit sehen sich Aufbau und Lehrpläne der verschiedenen Schultypen verstärkter Kritik ausgesetzt, die Hochschulen sind den wachsenden Studentenzahlen kaum mehrere gewachsen. Hinzu treten tiefgreifende Probleme, die aus der Zusammenführung der unterschiedlichen Bildungssysteme in West und Ost entstanden sind.

✓ Das Schulsystem

Jedes Bundesland hat sein eigenes Schulsystem, den die Schule ist Ländersache.

Von allen Unterschieden abgesehen funktioniert es ungefähr so: Im Alter von sechs Jahren werden die Kinder eingeschult. Die Grundschule, die alle gemeinsam besuchen, dauert normalerweise vier Jahre.

Danach trennen sich die Wege. Rund ein Drittel der Kinder besucht im Anschluss an die Grundschule die Hauptschule, an die sich eine praktische Berufsausbildung mit gleichzeitigem Besuch der Berufsschule "Duales System" anschließt. Ein Drittel geht auf die Realschule; die zu einem mittleren Bildungsabschluss führt, und ein Drittel geht auf das Gymnasium.

Das Abitur ist Voraussetzung für ein Studium an einer Hochschule.

Kinder und Jugendliche, die wegen einer körperlichen oder geistigen Behinderung in den allgemeinen Schulen nicht mitmachen können, werden an Sonderschulen unterrichtet. Immer häufiger versucht man heute, behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam zu unterrichten.

✓ *Die berufliche Bildung*

Jugendliche, die nicht das Abitur machen und nicht an der Universität studieren, wählen normalerweise eine Berufsausbildung. Die meisten werden im "dualen System" ausgebildet, d.h. sie bekommen eine praktische Ausbildung im Betrieb und eine theoretische Ausbildung in der Berufsschule.

Neben der Ausbildung im Betrieb müssen Jugendliche drei Jahre lang an ein oder zwei Tagen pro Woche die Berufsschule besuchen. Die private Wirtschaft und der Staat sind also gemeinsam für die berufliche Bildung verantwortlich.

Die Jungen entscheiden sich am häufigsten für die Ausbildung zum Kraftfahrzeugmechaniker, Elektriker, Mechaniker oder Kaufmann. Die Mädchen wählen am liebsten Berufe wie Arzthelferin, Kauffrau, Friseurin oder Sekretärin. Prinzipiell soll in Deutschland kein Jugendlicher ohne Ausbildung ins Arbeitsleben eintreten, denn "ungelernte" Arbeitskräfte finden nur schwer eine Stelle. Übrigens sind sechs Prozent aller Arbeitsplätze in einer Firma für Behinderte reserviert.

✓ *Wissenschaft und Forschung*

Deutschland hat viele große Wissenschaftler hervorgebracht. Bis zum Zweiten Weltkrieg gingen zahlreiche Nobelpreise an deutsche Physiker und Chemiker.

In der Nazi-Zeit mussten viele Wissenschaftler ihre Heimat verlassen (z.B. Albert Einstein). Heute arbeiten etwa eine halbe Million Menschen in der Forschung, ein Drittel von ihnen sind Wissenschaftler und Ingenieure. Geforscht wird an den Hochschulen, an Forschungsinstituten und in der Industrie. Besonders wichtig sind die Kernenergie, die Luft- und Raumfahrt, die Umweltforschung, die Molekularbiologie, die Medizin und die Gen-Technologie. Dafür geben die Wirtschaft, der Bund und die Länder jedes Jahr viele Milliarden Euro aus.

Die international Zusammenarbeit wird immer wichtiger. Es ist notwendig, dass möglichst viele ausländische Wissenschaftler in Deutschland studieren und dass möglichst viele deutsche Wissenschaftler auch ein paar Jahre im Ausland verbringen.

17. Das kulturelle Leben

Im Gegensatz zu seinen Nachbarn hat Deutschland nie eine wirkliche Metropole besessen. Das Land bestand jahrhundertlang aus vielen kleinen Fürstentümern, Bistümern und freien Städten. Für die kulturelle Entwicklung Deutschlands war dieses Fehlen eines Zentrums etwas Positives, denn Deutschland wurde auf diese Weise ein Land mit vielen Mittelpunkten.

Die "Provinz" ist kulturell nicht tot. Niemand braucht Hunderte von Kilometern zu fahren, um einmal ein gutes Konzert zu hören oder ein interessantes Theaterstück zu sehen. Auch kleinere Städte haben wertvolle Bibliotheken oder Gemäldesammlungen oder veranstalten international beachtete Festivals, Wettbewerbe oder Musik-Sommer. Man braucht nicht unbedingt in die große Stadt zu fahren, wenn man Kunst und Kultur genießen will. Auch Konzerte mit weltberühmten Orchestern oder Rockbands finden keineswegs nur in der Hauptstadt Berlin oder in München, sondern oft irgendwo auf dem Land statt.

✓ Filmen und Theater

Künstlerische Ausdrucksform war in den Anfangsjahren des Films der Expressionismus Robert Wiens setzte 1920 mit dem Stummfilm *Das Kabinett des Dr. Caligari* die Maßstäbe für diese Filmgattung. In den Dreißigerjahren wurden die düsteren Stummfilme abgelöst von leichter Unterhaltungsware der wahrscheinlich beste und erfolgreichste Film dieser Zeit war Sternbergs *Der Blaue Engel* (mit Marlene Dietrich). In Zuge der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 verließen zahllose Regisseure und Darsteller das Land. Bis 1945 diente das Medium Film nahezu ausschließlich propagandistischen Zwecken. In der Nachkriegszeit waren vor allem Heimat- und Kriminalfilme gefragt. An künstlerischer Bedeutung gewann der deutsche Film erst wieder in den Sechziger- und Siebzigerjahren.

Alexander Kluge, Werner Herzog, Wim Wenders und mit ihnen eine ganze Generation von jungen Filmemachern begründeten den sogenannten Autorenfilm. Thematisiert wurden überwiegend soziale Probleme.

Von Kritikern mit überhaup war ein Großteil der neuen deutschen Filme an den Kinokassen nicht erfolgreich. Anfang der Neunzigerjahre erlebte der deutsche Film erstmals seit den Fünfzigerjahren wieder einen Boom. Komödien wie *Der bewegte Mann*, aber auch innovatives Kino wie *Lola rennt* fanden ein Millionenpublikum.

✓ *Das Theater*

Es gibt eine lange Theatertradition in Deutschland. Schon im 18. Jahrhundert, als Deutschland noch aus vielen kleinen Ländern bestand, hatte jedes von ihnen sein eigenes Hoftheater. Im 19. Jahrhundert kamen viele von Bürgern gegründete Stadttheater dazu. Berlin, München und Hamburg sind die großen Theaterzentren, doch auch kleinere Städte wie z.B. Ulm, Mannheim oder Kassel sind gute Theateradressen. Die Theaterbesucher zahlen mit ihrem Eintrittsgeld nur einen Teil der Gesamtkosten. Die 300 deutschen Bühnen bekommen pro Spielzeit über eine Milliarde Euro aus öffentlichen Mitteln. Immer wichtiger werden auch Sponsoren aus der Wirtschaft.

Groß ist immer das Interesse an Opernaufführungen und an den Schauspielklassikern wie Shakespeare und Goethe, Schiller und Shaw, Lessing, Molière, Tschechow und Brecht. Manchmal führen modern inszenierte oder avantgardische Stücke zu einem Theaterskandal und öffentlichem Streit. Das Theater sorgt immer wieder für neuen Diskussionsstoff.

Das Bild der Theaterlandschaft in Deutschland wird vor allem durch die rund 180 öffentlichen Theater bestimmt, also durch Stadttheater, Kulturorchester und Landesbühnen. Dies war nur in Berlin. Anfang der 80er Jahre wurden insgesamt 1,3 Milliarden Deutsche Mark dafür unterstützt. Im Allgemeinen wurden nur 15 bis 20 Prozent von den Zuschauern hereingekommen. Berlins Theater war das wichtigste und es wurde als Schaufenster bezeichnet, dadurch konnte man einen Blick über das deutsche Theater kennenlernen. Dazu gehörten vergangene Spielstücke und bekannte Spieler, die durch die Jury ausgewählt wurden.

✓ *Filmen*

Die meisten Filme in den deutschen Kinos stamen natürlich aus den Traumfabriken Hollywoods. Neue deutsche Produktionen haben nur selten internationalen Erfolg. Doch in den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts waren Filme von deutschen Regisseuren wie Fritz Lang, Ernst Lubitsch und Friedrich Wilhelm Murnau weltberühmt. "Der blaue Engel" mit Marlene Dietrich war ein Welterfolg. Die Nazizeit und der Krieg zerstörten auch die deutsche Filmkultur. In den siebziger Jahren wurden dies Filmemacher Rainer Werner Fassbinder, Volker Schlöndorff und Wim Wenders mit ihren ungewöhnlichen neuen Filmen berühmt. Der Staat und die Bundesländer unterstützen kreative Filme junger Leute finanziell, damit sie im Wettbewerb mit den großen amerikanischen Produktionen eine Chance haben. Durch das Kabel- und Satellitenfernsehen, durch Video und Pay-TV haben die deutschen Kinos heutzutage keinen leichten Stand. Der Trend geht vom kleinen Studiokino zurück zu den großen Filmpalästen von früher. Ob in den modernen Großkinos die deutschen Filme eine Rolle spielen werden, bleibt abzuwarten.

✓ *Die Presse in Deutschland*

Die Zeitungslektüre erfreut sich in Deutschland großer Beliebtheit. In der Zeitungsgedichte 78 Prozent der Bundesbürger lesen täglich Zeitung, wichtige Zeitungen in Deutschland sind die Süddeutsche Zeitungen die Frankfurter Allgemeine "Frankfurt" am Main und die Welt "Hamburg".

Die Tageszeitung mit der größten Auflage ist Bild, eine Boulevardzeitung, die Nachrichten ans aller Welt mit Klatsch über Stars und Prominente kombiniert. Die Zeit: "Hamburg" ist eine Wochenzeitung von hohem Niveau, die fundierte Berichte über alle Themen von der Politik bis zur Mode enthält. In Deutschland gibt es zwei wöchentliche erscheinende Zeitschriften, die sehr ausführliche Informationen über aktuelle Themen der Politik, Wirtschaft und Kultur bieten: Der Spiegel "Hamburg" und Focus "München". Immer wieder werden in ihnen auch Skandale und Affären aufgedeckt. Andere Zeitschriften, die solche Informationen mit Unterhaltung mischen sind die Illustrierten Bunte und Stern.

In der Zeitungslandschaft dominieren die lokale und regionale Tagespresse. Die größte Gesamt Auflage haben die 331 lokalen und regionalen Abnahmen Zeitungen mit 16,1

Millionen Exemplaren, gefolgt von den 8 Straßen Verkaufszeitungen mit insgesamt 5,4 Millionen Exemplaren.

Die Zahl der eigenständigen Zeitungen ist in Deutschland seit Mitte der Fünfzigerjahre stetig zurückgegangen, wirtschaftlich und technisch führende Verlage konnten in verschiedenen regionalen Märkten Konkurrenten verdrängen. Das Presserecht wird durch Presse Gesetze der Länder geregelt.

Sie stimmen in den Kernpunkten über ein: Dazu zählen die Impressumspflicht, die Sorgfaltspflicht und das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten, die nicht gezwungen werden können, ihr Informanten zu nennen, sowie das Recht auf Gegendarstellung bei unzutreffenden Tatsachenbehauptungen.

Als Selbstkontrollorgan der Verleger und Journalisten versteht sich der Deutsche Presserat der sich mit Verstößen gegen die journalistische Sorgfaltspflicht und Ethik befasst. Seine Stellungnahmen sind zwar rechtlich unverbindlich, seine Sanktionsmöglichkeiten bis hin zu einer öffentlichen Rüge des betroffenen Presseorgans werden jedoch stark beachtet.

✓ *Literatur*

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in der deutschen Literatur einen Neubeginn mit dem Versucht vieler Schriftsteller, die schock hafte im eigentlichen Sinn nihilistische Erfahrung von Krieg und Verwüstung beschreibbar zu machen, die bekannte Schriftsteller sind: Paul Celan, Armo Schmidt, Heinrich Böll. In der Literatur der Fünfziger und Sechzigerjahre bildete sich zusehends eine Richtung heraus, in der die Form der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit selbst zum Thema der Literatur gemacht wurde.

In vielen Werken jener Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland verbindet sich Kritik am Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit mit dem Bestreben, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Wichtige Werke deutscher Autoren stammen von Wolfgang Koeppen «Das Treibhaus», Heinrich Böll «Das Brot der früheren Jahre ». Und Güner Grass «die Blechtrommel», «Katz und Maus». Heinrich Böll und Gunter Grass erhielten 1972 bzw. 1999 den Nobelpreis für Literatur. In der Mitte der Sechzigerjahre begann ein tief greifender Umbruch in der Gesellschaft, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in allen Ländern des Westens, In 1968 entstand einen Studentenrevolte vollzog sich eine deutliche

Radikalisierung der Kritik am «Schweigen der Vater» zu den Verbrechen des Nationalsozialismus. In der politischen Literatur gehörte auch das dokumentarische Theater.

✓ Die Museen

In jeder deutschen Stadt gibt es mindestens ein Museum. Es sind Staatsgalerien oder Privatsammlungen, Schatzkammern oder Schlossmuseen. In der großen Zahl der Museen zeigt sich auch die Vielfalt der einzelnen Länder in Deutschland. Ein großes, nationales Kulturzentrum wie etwa den "Louvre" in Paris haben die Deutschen nicht. Aber es gibt mehrere große Kunstmuseen wie die Alte und die Neue Pinakothek in München oder die Gemäldegalerie in Berlin-Dahlem. Es gibt Museen zu Geschichte und Volkskunde, wie zum Beispiel das Völkerkundemuseum in Berlin. Es gibt Museen zu interessanten Themen wie das Kriminalmuseum in Rothenburg oder das Brotmuseum in Ulm. Eines der berühmtesten Museen ist das Deutsche Museum in München, das jedes Jahr von über einer Million Menschen besucht wird. Es ist das größte technische Museum der Welt und zeigt Originale und Modelle aus der Geschichte der Naturwissenschaften. Den kleinen (und den großen!) Kindern macht es Spaß, Knöpfe zu drücken und kleine Experimente selbst durchzuführen.

✓ *Das Musikleben*

Die Musik hat in Deutschland schon immer eine große Rolle gespielt. Fast jede deutsche Stadt verfügt über ein eigenes Orchester, einen Konzertsaal und einen guten Chor. Und die Musikszene ist international: Dirigenten, Orchestermusiker und Solisten aus aller Welt machen das Musikleben in Deutschland reich und bunt. Alte, traditionsreiche, aber auch mit modernster Technik ausgestattete Opernhäuser gibt es in vielen Städten. Doch man spielt nicht nur die klassischen, weltberühmten Komponisten, sondern man ist auch offen für die zeitgenössische und experimentelle Musik. Jazz-, Rock- und Popkonzerte finden auf internationalem Niveau in Musikhallen oder im Sportstadion statt. Nicht nur Bach und Beethoven, auch die Rolling Stones und Michael Jackson sind in Deutschland populär. In den 90er Jahren wurde Deutschland ein Zentrum der Techno-Szene. Rap und Hip-Hop gibt es natürlich auch auf deutsch. Nicht nur in den "Musiktempeln", sondern auch auf Plätzen und Straßen, zu Hause, in Fußgängerzonen und U-Bahnstationen wird musiziert.

18. Zum Begriff Tourismus

Der Begriff Tourismus (→Tourism) lässt sich etymologisch auf die Wörter (reich), also tornos(in lat.Schreibweise), sowie tornus(lat.) für „Drehseisen“ oder „zirkelähnliches Werkzeug“und das Verb tornare (lat.) für „dreheln“ oder „runden“ zurückführen. „ Mit dem Begriff des Tourismus bzw. Synonym hierfür des Fremdenverkehrs werden alle Beziehungen gekennzeichnet, die sich aus der Reise und dem Aufenthalt von Personen ergeben, bei denen der Aufenthaltsort weder hauptsächlicher Wohn-noch Arbeitsort ist. “

Das lat. Tornos wurde u. a. in der französischen und englischen Sprache rezipiert und zum Wort **Tour** (→ tour) weiterentwickelt. Tour „ist der Oberbegriff für das zeitweilige Verlassen seiner gewohnten Umwelt, bei dem die Rückkehr an den Ausgangspunkt von vornherein feststeht und ohne deren Gewissheit man die Reise gar nicht erst angetreten hätte“. ⁵⁴

✓ *Entwicklung des Begriffs Tourismus*

Menschen führen seit jeher Reisen durch, indem sie eine Distanz zwischen zwei Orten überwinden. In der zeitlichen Entwicklung des Reisens haben sich jedoch die Motive grundlegend geändert: in der Antike oder dem Mittelalter erfolgte eine Reise i.d.R zweckgebunden: wirtschaftliche, politische, oder religiöse Motive standen im Vordergrund (z.B.:Wallfahrten, Handelskarawanen ,Kreuzzüge, Entdeckungs-Erholungsfahrten etc). Die Reise als solche wurde als notwendiges und unbequemes Mittel angesehen, um dem gewünschten Reisezweck dienen zu können.⁵⁵

✓ *Zum Begriff Tourist*

Die offizielle Definition laut WTO (= Welttourismusorganisation) für den Gast im Rahmen des Tourismus ist ein Mensch, der eine Reise zu einem anderen Ort durchführt mit dem Ziel, dort zumindest zwei Tage zu verbringen. Das heißt, dass

⁵⁴ Vgl. RONALD Moeder, Tourismusrecht: in der Unternehmenspraxis, Verlag UTB, 2019, Seite 28, 29.

⁵⁵ Vgl. DANIEL Gromotka, Nachhaltige Entwicklung und Tourismus - Ein Widerspruch?, GRIN Verlag, 2007, Seite 6, 7.

nach dieser Definition ein Tourist auf jeden Fall eine Nächtigung am Zielort anstrebt. Welche Form die Unterkunft hat - Hotel, Pension, Gästezimmer des Wirten oder Appartement - spielt keine Rolle. Voraussetzung ist auch, dass der übliche Aufenthaltsort verlassen wird.

Wenn also jemand vom Westen Münchens zum Osten fährt und dort übernachtet ist er noch kein Tourist. Hingegen ist es schon ein Tourist, wenn man eine andere Stadt aufsucht und dort Freunde besucht. Allerdings ist diese Vorgabe unklar, weil man ja auch bei den Freunden übernachten könnte und das spielt wirtschaftlich gesehen für den Tourismus nur eine Rolle, wenn die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt wurden. Fährt man mit dem Auto zu den Freunden und übernachtet dort, dann ist man zwar laut Definition ein Tourist, die Wertschöpfung findet kaum statt.

Wobei man dann immer noch die Gastronomie hinzuziehen kann, denn wenn man mit den Freunden im Wirtshaus etwas isst und trinkt, ist sehr wohl auch eine Wertschöpfung für die Stadt vor Ort gegeben.⁵⁶

✓ *Tourismus als Globalsystem*

Tourismus gilt als Weltphänomen mit einer kaum mehr überschaubaren, megadimensionierten Gesamtstruktur. Seine Relevanz ist ablesbar an einer alles durchdringende Prägungskraft in gesellschaftlicher, politischer, kultureller und besonders in ökonomischer Hinsicht. Tatsächlich haben wir es mit dem am stärksten wachsenden Industriezweig zu tun: Die *World Tourism Organization* (WTO) veranschlagte das diesbezügliche Volumen 2007 auf jährlich 904 Millionen Menschen, die als Touristen unterwegs waren und 855 Milliarden US-Dollar ausgaben.¹ Sie stützen so ein Globalsystem mit geschätzten 100 Millionen Beschäftigten, welche im Dienst einer modernen Freizeit- und Erlebnisindustrie stehen. Für die Befriedigung touristischer Bedürfnisse von mobilen Individuen, Gruppen und Massen sorgt ein weltweit vernetztes, hochkomplexes Gefüge von darauf ausgerichteten Anbieter Strukturen.

⁵⁶ <https://www.wirtschafts-abc.com/tourismus-tourist> (Zugriff am 20/02/2021 um 23.00 Uhr).

Der Tourismus polarisiert, seit es ihn gibt: Er enthüllt zahlreiche Positionen zwischen totaler Zustimmung zu einer bereichernden Seinsverwirklichung mit Erholungsanspruch und kritischer Ablehnung aufgrund der Annahme von systematisch verursachten Schadenswirkungen durch Unterhaltungsverdummung und vermeidbare Umweltzerstörung.

Im deutschsprachigen Raum formierte sich seit den 1920er Jahren eine stark auf Betriebs- und volkswirtschaftliche Probleme gerichtete frühe Fremdenverkehrslehre, die seit den 1960er Jahren durch eine immer breiter werdende Tourismusforschung abgelöst wurde. Sie gibt vielen Disziplinen Raum, sich dem Gegenstandsbereich Tourismus (bzw. Teilaspekten davon) fachspezifisch zu nähern. Spricht man heute von Tourismuswissenschaft, meint man einen pluridisziplinär daherkommenden Forschungsverbund im Sinn einer offenen "Querschnittsdisziplin"², durchaus unter Einschluss möglicher Anwendungen. Was fehlt, ist eine ganzheitlich orientierte Tourismusforschung. Was dagegen vorliegt, sind unzählige Gegenstandsbehandlungen, Fallstudien, Zugänge, Theorien und Perspektiven in Einzeldisziplinen, darunter sind vor allem die Ökonomie, Geographie, Psychologie, Architektur, Ökologie, Soziologie, Politikwissenschaft und Medizin zu zählen.⁵⁷

19. Entwicklung des Tourismus (ab 18. Jh.) in Europa

Erst im 17. und 18. Jh. entwickelte sich insbesondere im englischen Adel mit der sogenannten „Grand Tour“ eine erste nicht direkt zweckgebundene Form des Reisens, deren Motiv neben der Bildung auch im Vergnügen angelegt waren. Nach der engeren Tourismusdefinition kann man sie als „erste Touristen“ bezeichnen. Generell bezog sich diese neue Form des Reisens zunächst auf eine dünne gesellschaftliche Oberschicht. Im Laufe des 19. Jh. dehnte sich zum einen durch die

⁵⁷ UELI Gyr, Geschichte des Tourismus: Strukturen auf dem Weg zur Moderne Aus: <http://ieg-ego.eu/de/threads/europa-unterwegs/tourismus/ueli-gyr-geschichte-des-tourismus/customview/++widget++form.widgets.dnb/@@download/gyru-2010-de.pdf> (Zugriff am 22/02/2021 um 22.00 Uhr).

neuen technischen Erfindungen, insbesondere der Eisenbahn als Massentransportmittel, aber auch durch das Gewähren von Urlaubstagen für die Arbeitnehmer, das zweck umbundene Reisen und somit der Tourismus auf weitere Bevölkerungsschichten aus.

Durch die technische, ökonomische und soziale Entwicklung erfuhr der Tourismus eine starke Aufwertung. Als Gründe wären zu nennen: seit der Industrialisierung gestiegene Volkseinkommen, auch unter Einbeziehung unterer Einkommensschichten, die zeitliche Ausweitung der Freizeit durch Arbeitszeitverkürzung und Urlaubstagen und nicht zuletzt das Aufkommen des Pkws sowie des Düsenflugzeugs als Massentransportmittel.⁵⁸

✓ *Adelige als Reisepublikum - die Grand Tour*

Die jungen Adligen des 17. und 18. Jahrhundert im Zeitalter der Aufklärung gelten als die ersten Touristen, da sie erstmals nicht direkt zweckgebundene Reisen durch Europa unternahmen. In ihren Anfängen war diese Grand Tour eine Bildungsreise als Initiationsritus der Feudalgesellschaft, doch neben dem Bildungsmotiv spielte auch Vergnügen eine Rolle. Die Reise diente der Vorbereitung auf den späteren Beruf und sollte die jungen Adligen mit fremden Kulturen vertraut machen. Sie gehörte zur Ausbildung der Führungselite, man lernte Fremdsprachen, Fechten, Tanzen, Reiten, standesgemäße Umgangsformen und knüpfte Kontakte. Reisedauer war meist 2 bis 3 Jahre, die Reise wurde Jahre vorher geplant und vorbereitet. Sie folgte dabei häufig dem Vorbild der väterlichen Tour und führte zu den europäischen Kulturzentren und politischen Schwerpunkten: London, Paris, Amsterdam, Den Haag, Madrid und vor allem Italien (Rom, Venedig, Turin) (siehe Abb. 2). Die übliche Grand Tour führte z.B. von Großbritannien aus nach Frankreich, von dort nach Italien, die Rückreise über die Schweiz, Deutschland und die Niederlande. Reisemittel waren Pferd oder Kutsche. Die jungen Adligen wurden mit Reisemarschall, Lehrer, Mentor, Tutor, Domestiken und Kutschern auf Reise geschickt, "die dafür Sorge trugen, dass der

⁵⁸http://www.wirtschaftsgeografie.com/Tourismus/Entwicklung_Tourismus/body_entwicklung_tourismus.html (Zugriff am 19/02/2021 um 20.00 Uhr).

junge Kavalier sich in der Welt wie ein galant hemme verhielt und auf Reisen 'politische Klugheit' und 'vernünftige Conduite' erlangte" (Opaschowski 1989; S. 54).⁵⁹

✓ *Bürgerliches Reisen (bis 1914)*

Das Reisen ist generell eng an die Geschichte der Menschheit gebunden. Die ersten Reisenden waren jedoch keine Touristen im eigentlichen Sinn, denn am Anfang des Reisens standen "Muskovite, die sich im Laufe der Zeit zu freiwilligen Motiven, geboren aus Freiheit und Freiwilligkeit" (Rieger 1982; S. 16) wandelten. Hauptmotive waren Handel, Religion, Bildung, Forschung, Entdeckung, Eroberung, Armut und Flucht bzw. Vertreibung, zumeist zu Fuß, zu Pferde, mit Wagen oder mit dem Schiff. Wallfahrten, Handelskaravanen, Kreuzzüge, Entdecker- und Eroberer fahren, Nomadentum und die Wanderungen der Handwerksgesellen sind Beispiele dafür. Gemeinsames Kennzeichen war die Zweckgebundenheit der Ortsveränderung.⁶⁰

✓ *Reisen infolge der Industrialisierung*

Die eigentliche Anfangsphase des neuzeitlichen Tourismus begann im 19. Jahrhundert durch den gesellschaftlichen Strukturwandel infolge der Industrialisierung, die durch Entwicklung der modernen Dampfmaschine (James Watt 1765) in London eingeleitet wurde. Eine enge Relation zwischen der Expansion des Tourismus und der industriellen Entwicklung ist festzustellen. Touristische Nachfrage als neue Erscheinung entstand stets in den industriellen Zonen der Weltwirtschaft, und zwar mit einer gewissen zeitlichen Verschiebung zur Ausbreitung der Industrialisierung. Touristische Nachfrage ging zunächst von England, dann erst vom gesamten westeuropäischen Industriekern aus.

Parallel zum gesellschaftlichen Strukturwandel, der Ende des 18. Jahrhunderts mit den revolutionären Veränderungen in Landwirtschaft, Staat und Industrie in West-

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰Ebd.

und Mitteleuropa einsetzte, änderte sich die Exklusivität des Reisens. "Mit wachsender ökonomischer Einflussmöglichkeit und Macht, die weitgehend auf den Gewinnen aus den nationalen und internationalen Handelsgeschäften und in zunehmenden Maß auf dem Eigentum an Fabriken basiert, entwickelt sich das städtische Bürgertum zu einer neuen wirtschaftlichen Elite" (Kulinat 1984; S. 43). Diese neue, wohlhabende Schicht orientierte sich an den Verhaltensweisen des Adels, die bisherigen Reiseziele der Adelligen wurden nun von bürgerlichen Touristen aufgesucht. Dadurch steigerten sich die Touristenzahlen. Die Reiseform änderte sich durch die Technik, die durchschnittliche Reisedauer sank erheblich, an die Stelle gesellschaftlicher Kontakte und Verpflichtungen traten zunehmend Besichtigungen von Kultur- und Kunstgegenständen. Die reine Bildungsreise wandelte sich weitgehend in eine zweckgebundene Informationsreise. "Reisen diente nicht mehr der tradierten Form des Ideals der Persönlichkeitsbildung, sondern war die genuine Form der ihnen adäquaten Welterfahrung" (Bödeker 1986; S. 98). Berühmt wurden neben Roseaus Reisen aus Naturbegeisterung (u.a. in die Alpen) die beiden Italienreisen des Johann Wolfgang von Goethe (1786 bis 1788 und 1790), die das Italienbild der Deutschen prägten.

Hauptreisemittel waren die Kutsche und das Segelschiff. Im Postkutschenwesen existierte bereits vor der Eisenbahn ein organisationstechnisch gutes Transportmittel, das Reisen trotz beschränkter Kapazität und hoher Preise planbar machte. Ende des 17. Jahrhunderts wurden in Europa erstmals Postwagenkurse eingerichtet, "auf denen der Reiseverkehr zu festgesetzten Zeiten und unabhängig von der jeweiligen Tagesnachfrage abgewickelt" (Beyrer 1986; S. 51) wurde. Das Straßennetz war von geringer Dichte und die Straßen waren schlecht, die Reisegeschwindigkeit war sehr niedrig (durchschnittlich 5-7 km/h). Außerdem war das Reisen sehr beschwerlich und, vor allem auf See, sehr gefährlich.⁶¹

⁶¹Ebd.

✓ *Neue Reiseziele durch Segregationsverhalten des Adels*

Das Imitieren adeliger Verhaltensweisen im Tourismus durch Bürgerliche löste beim Adel ein noch heute typisches Segregationsverhalten aus. Man wollte sich vom nachrückenden bürgerlichen Touristen räumlich distanzieren. Dadurch wurden die Badekurorte als Reiseziel wiederentdeckt, "die nach ihrer Blütezeit im Altertum, in der das Bad Treffpunkt vornehmer und wohlhabender Römer gewesen ist, fast völlig in Vergessenheit geraten" (Knebel 1960; S. 15) waren. Neben medizinischer Motivation stand das Vergnügen im Vordergrund. Kurorte wie Bath, Turnbridge, Wells (Großbritannien), Baden Baden, Spa (Belgien), Vichy (Frankreich), Karlsbad und Marienbad (heutiges Tschechien) gewannen an Bedeutung. Badeanstalt, Kurgarten, Promenaden, Spielbanken, Prunkbauten und Luxushotels prägten damals wie heute das Erscheinungsbild dieser Orte.

Als die Kurorte zunehmend (gegen Ende des 18. Jahrhunderts) maßen touristischen Charakter durch bürgerliche Kurgäste bekamen, wick die adelige Elite aus an die Meeresküste, um sich erneut vom nachrückenden Bürgertum räumlich abzusetzen (siehe Abb. 3). Dadurch wurde ein Naturraum in wertgesetzt, der bis zu diesem Zeitpunkt als unwirtlich, feindselig und ungesund bewertet und ausschließlich aufgrund seiner Nahrungsressourcen genutzt worden war. Langsam gewann Badetourismus an Bedeutung. Erste Küstenbadeorte wurden 1730 in Scarborough und 1736 in Brighton gegründet. Auch hier dominierte neben dem Kuraufenthalt schon bald das Vergnügungsinteresse, oftmals überwinterte das Reisepublikum wegen des milderem Klimas in den Seebädern. Im 19. Jahrhundert rekrutierte sich das Publikum der Seebäder, zuvor die letzten Refugien des Adels, immer stärker aus dem aufsteigenden Bürgertum. Die Badereise wurde zur gesellschaftlichen Gewohnheit. Im Zeitraum von 1801 bis 1851 wiesen die Seebadeorte die höchsten Zuwachsraten der Einwohnerzahl von allen Städten Großbritanniens auf. "Anstelle der Repräsentation dienenden Strandpromenade gewann der Badestrand als Ort familiären Vergnügens an Bedeutung" (Kühn 1994; S. 48).

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts drang der Adel ins Hochgebirge vor. Neben dem schon bekannten Segregationsgrund spielten bei der Inwertsetzung der Alpen auch wissenschaftlicher Erkenntnisdrang durch gebildete Adelige eine Rolle. Außerdem wuchs das Interesse an Bergbesteigungen (1787 Erstbesteigung des Montblanc, 1800 Großglockner). Besonders in der englischen Welt fand das Bergsteigen, begünstigt durch eine jahrhundertealte Sporttradition, begeisterte Aufnahme. 1857 gründeten britische Adelige den ersten Alpenverein, den Alpine Club in London. 1862 folgte der Österreichische Alpenverein in Wien, 1869 der deutsche Alpenverein in München. Sie schlossen sich 1873 zum Deutsch-Österreichischen Alpenverein zusammen, dessen Zweck "die gemeinsame Förderung des Bergsteigens und die Pflege des Jugendwanderns war" (Opaschowski 1989; S. 69). Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich der Deutsch-Österreichische Alpenverein zum größten Bergsteigerverein der Welt. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war für die Alpen die Hauptreisezeit der Sommer. Seit 1853 gewann Davos an Bedeutung als Lun-genkurort. Wegen seiner unverschmutzten ozonreichen Luft konnte Tuberkulose in einer Klinik mit Erfolg behandelt werden, was erstmals ganzjährige Publikumsnachfrage in den Alpen zur Folge hatte. Bekannter Kurgast war Thomas Mann, der sich 1912 dort aufhielt und dessen Werk 'Der Zauberberg' von 1914 sich dort abspielt. Mit der Einführung des Skisports 1868 (ursprünglich aus Norwegen) gewann der Alpenraum gegen Ende des 19. Jahrhunderts langsam auch im Winter größere Popularität, wobei der Skilanglauf zuerst an Bedeutung gewann. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Alpinski populär, die Alpen wurden zunehmend zum Winterurlaubsziel.⁶²

20. Entwicklung der modernen Verkehrsmittel und von Hotels

Der revolutionäre Wandel im Tourismus des 19. Jahrhunderts geschah durch Erfindung und Einführung des Dampfschiffes (R. Fulton 1807) und der Eisenbahn (G. Stephenson 1825) (siehe Abb. 4 und 5) sowie durch den Ausbau des Post- und Nachrichtenwesens. Personentransportmittel mit hohen Transportkapazitäten, geringen Transportkosten und hohen Geschwindigkeiten waren gefunden. Die

⁶² Ebd.

Einführung der Eisenbahnen, die etwa ab 1850 zum Tragen kam (siehe Abb. 6), brachte "Reisegeschwindigkeiten von 30-60 und mehr Stundenkilometern bei gleichzeitiger Verminderung der Beförderungskosten auf ein Fünftel bis ein Zehntel" (Ritter 1966; S. 28). Man konnte Ziele in wenigen Stunden erreichen, die vorher eine Anreise von Tagen erforderten, und das Verlassen der Stadt wurde nun verhältnismäßig bezahlbar. Dadurch stieg die Nachfrage nach touristischen Zielen deutlich (siehe Abb. 7). Aufgrund dieser Neuerungen wurde das Reisen immer einfacher und populärer. Das Bürgertum wurde immer mehr zum Reisepublikum.

1883 gab es erstmals luxuriöse Schlafwagenzüge durch Europa. Der legendäre Orient-Express fuhr von Paris bis Giurgiu in Rumänien (1888 schon bis Istanbul) (siehe Abb. 8 und 9). Außerdem verkehrte der Zug Paris-Nizza-Rom und es gab Züge mit Anschluß an Ozeandampfer. Gegen 1900 fuhren erste Luxuszüge von Deutschland nach Italien (Nord-Süd-Express u.a.), immer mehr europäische Metropolen wurden miteinander verknüpft. Eine neue Form von komfortabler Fortbewegung in Expresßzügen, die großen Anklang fand, war gefunden. Europa war nun relativ beschwerdefrei bereisbar. Dampfschiffahrt und Eisenbahn ermöglichten somit erstmals planmäßige Reisen auch nach Übersee, da diese im linienmäßigen Verkehr fuhren. Geschäftsreisen nahmen an Bedeutung zu. Die Epoche der Eisenbahn hat das Gesicht des europäischen Fremdenverkehrs geprägt.

In dieser Zeit entstanden auch die ersten modernen Hotels. "Die primitive Notdurft der mittelalterlichen Herbergen, die anspruchslose Utilitäre der alten Post-Gasthöfe genügten der neuen Bewegung nicht" (Enzensberger 1962; S. 165). Diese bescheidenen Unterkünfte wurden nach und nach durch Hotels, d.h. durch Betriebe ersetzt, die gewerbsmäßig und gegen Entgelt für den Empfang, den Aufenthalt und die Unterkunft der Touristen eingerichtet waren.⁶³

⁶³ Ebd.

✓ *Entstehung von Pauschalreisen und Reisebüros*

Die erste Pauschalreise wurde am 5.7.1841 von Thomas Cook in England veranstaltet. Er organisierte eine Gesellschaftsfahrt mit der Bahn "von Leicester ins 10 Meilen entfernte Loughborough, Hin- und Rückfahrt mit Tee, Rosinenbrötchen und Blasmusik für 1 Shilling" (Freyer 1993, S. 23). An dieser Reise nahmen 570 Personen teil. Zwei Jahre später veranstaltete er eine Eisenbahnfahrt für eine Sonntagsschule. Beide Reisen waren von Erfolg gekrönt. 1845 gründete er sein erstes Reisebüro, wodurch der Grundstein für eine heute riesige Branche gelegt wurde. Dieses neue Geschäft fand in England sehr großen Anklang. Innerhalb von drei Jahrzehnten entwickelte sich das Reisebüro zu einer weltumspannenden Organisation. Reiseziele waren anfangs innerenglische Orte, später konnte man bei Cook vom Tagesausflug bis zur Weltreise alles buchen, er wurde zum berühmtesten Reisebüro und Reiseveranstalter der Welt. Ein dichtes Netz von Cook-Büros auf der ganzen Welt sorgte für die nötige Betreuung der Fahrgäste. Länder wie die Schweiz oder Ägypten verdanken ihren touristischen Aufstieg zu einem großen Teil diesem Reisebüro. Geworben wurde mit Handzetteln und Plakaten, ab 1862 mit Reisekatalogen (siehe Abb. 10). Neben Pauschalreisen erfand Cook u.a. das Reisesparen und den Hotelgutschein. 1876 wurde die Compagnie Internationale des Wagons-Lits (CIWL) in Frankreich gegründet, die als Besitzer und Betreiber von Luxuszügen schnell erfolgreich wurde (u.a. Orient-Express). Die CIWL wurde mit ihren Tochterfirmen heute (neben Cook und American Express) zu einem der größten Reisebüros der Welt.⁶⁴

21. Tourismus in Deutschland des 19. Jahrhundert

In Deutschland entwickelte sich der Tourismus etwas später. Um 1800 wurden mit Heiligendamm, Norderney und Travemünde die ersten deutschen Seebadeanstalten gegründet. 1835 fuhr der erste Zug (zwischen Nürnberg und Fürth). Erst 1854 (Reisebüro Riesel) und besonders 1863 (Reisebüro Stangen, seit 1905 Hapag) wurden erste Reisebüros eröffnet, "wie überhaupt auf dem Kontinent eine stärkere Fremdenverkehrsnachfrage allem Anschein nach erst mit einer erheblichen

⁶⁴ Ebd.

Verzögerung gegenüber England aufgetreten ist" Stangen übernahm Cooks Pauschalssystem, so daß der Tourist gegen einen feststehenden, im voraus zu zahlenden Betrag mit Schiff, Eisenbahn oder Postkutsche befördert und im Gasthof untergebracht wurde. 1869 veranstaltete Stangen eine Gesellschaftsreise zur Eröffnung des Suez-Kanals, 1873 die erste Palästinafahrt und 1878 die erste Weltreise. "In der perfekten Organisation von Weltreisen überflügelte Stangen sogar das Vorbild Cook & Sons" .Außerdem führte Stangen " 'Separat-Kurierzüge', die Vorläufer unserer heutigen Reisesonderzüge, ein, die von Berlin aus in die Sächsische Schweiz, an die Nord- und Ostsee, nach Süddeutschland, Österreich und der Schweiz führen" .

Mitte des 19. Jahrhunderts wurden erste deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaften gegründet. Die wichtigsten waren die Hapag (1847) und der Norddeutsche Lloyd (1857). Aus Spekulation auf zunehmenden deutschen transatlantischen Auswandererstrom wurden große Kapazitäten für Emigranten geschaffen. Ende des Jahrhunderts hielt dieser Strom nicht mehr, was er einst versprach. So musste man sich durch Bedarfsweckung einen neuen Konsumentenkreis schaffen, um die Überkapazitäten anderweitig zu nutzen. Im Jahre 1911, als die Gesellschafts- und Vergnügungsfahrten populär wurden, führte der Norddeutsche Lloyd die erste Polarfahrt als Vergnügungsreise zu Schiff durch. Schon bald wurden Schiffsreisen mit Luxuscharakter auf umgebauten Auswanderschiffen zur Mode. Eine Vorform der heutigen Kreuzfahrten war geboren.

Anfang des 20. Jahrhunderts waren die wesentlichen Dimensionen des Tourismus entwickelt. Mit Besichtigungs- und Bildungstourismus, Kururlaub, Badetourismus, Luxusschiffahrten, Alpinismus und Wintersporturlaub existierten die wichtigsten Fremdenverkehrsarten⁶⁵.

✓ *Die Entwicklungsphase: Arbeiter als Reisepublikum (bis 1945)*

Einen weiteren Einschnitt erhielt der Tourismus durch den 1. Weltkrieg :einer seit kam es zu einem vorübergehenden Versiegen der Touristenströme mit den entsprechenden finanziellen Problemen für die Fremdenverkehrseinrichtungen ,andererseits wandelte

⁶⁵http://www.wirtschaftsgeografie.com/Tourismus/Entwicklung_Tourismus/body_entwicklung_tourismus.html (Zugriff am 15/03/2021 um 15:00)

sich auch die Nachfragestruktur : die bisher vorherrschend vermögenden Bevölkerungsschichten verkleinerten sich und eine neue Schicht nahm nach dem Weltkrieg am Tourismusteil .

In Deutschland entwickelte sich nach den Krisenjahren des 1. Weltkrieges und der Zeit danach langsam wieder der zuvor geschilderte Sommerfrischler –Tourismus ;der sozialen Lage angepasst, bodenständig und bescheiden .Zunehmend reisten mittlere und gehobene Angestellte, erst in den späten 20er Jahren gesellten sich kleinere Angestellte und Arbeiter hinzu. Nach der Novemberrevolution 1918 wird in der Weimarer Republik eine erste Urlaubsregelung (zwischen 3 und 6 Tagen) eingeführt

Neue Formen erhielt das Reisen in Deutschland infolge des Nationalsozialismus:es kann zur Organisierten Urlaubs-und Freizeitgestaltung mithilfe der national sozialistischen Organisation Kraft durch Freude ‘(kdf) .1933 war ein Reichsausschluss für Fremdenverkehr gegründet worden, der dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda unterstand. Es wurden Staatlich organisierte Reisen (Wanderungen, Zugreisen, Kreuzfahrten,) zu niedrigen Preisen angeboten (Beispiel: 8 Tages Ostseeurlaub inklusive Transport ,Unterkunft und Verpflegung kosteten 32-Reichmark ,bei ca 150 Reichmark Monats verdienst der Teilnehmer).hohe Auslastung der Transport –und Beherbergungskapazitäten ließen einen ersten deutschen Reiseboom entstehen :von 2,3 Mio Reisen 1934 stiegen die Zahlen auf 5 Mio .(1935) ,9,6 Mio .(1937) bis 10,3Mio .(1938).⁶⁶

✓ *Touristischer Aufschwung nach dem 1. Weltkrieg*

Einen Einschnitt erlitt der Tourismus durch den 1. Weltkrieg (1914-1918), als durch ein vorübergehenden Versiegen der Touristenströme entsprechend finanzielle Probleme für die Fremdenverkehrseinrichtungen auftraten. Die Kriegsjahre stürzten das Fremdenverkehrsgewerbe in eine schwere Krise. Nach dem 1. Weltkrieg wandelte sich die Nachfragestruktur nur langsam zugunsten des Mittelstandes. Ausgelöst wurde diese durch Veränderungen innerhalb der Einkommens- und Vermögensstruktur sowie

⁶⁶ (vgl. WALTER Freyer ,Lehr-und Handbuecher zu Tourismus Verkehr und Freizeit ,Verlag De Gryter, seite 14,15,2015)

durch die allmähliche Zunahme der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten infolge wirtschaftlichen Aufschwungs und sozialer Errungenschaften.⁶⁷

22. Tourismus in der Weimarer Republik

In Deutschland entwickelte sich nach den Krisenjahren langsam wieder der Sommerfrischler-Tourismus, der sozialen Lage angepasst und bodenständig-bescheiden. Zunehmend reisten mittlere und gehobene Angestellte, erst später gesellten sich kleine Angestellte und Arbeiter hinzu. Die langen Arbeitszeiten in Fabriken und Werkstätten hatten sinkende Arbeitsleistungen, Erkrankungen und niedrige Produktivität zur Folge, die Arbeitsunfälle häuften sich. Die Berufsverbände, Gewerkschaften und Arbeiterparteien forderten zunehmend bezahlte Freizeit für die Arbeiter. Nach der Novemberrevolution 1918 wurde in der Weimarer Republik eine erste Urlaubsregelung (zwischen 3 und 6 Tagen) eingeführt. Die ersten Reiseorganisationen, die in Deutschland Pauschalreisen und Ferienaufenthalte speziell für Arbeiter anboten, entstanden als Verdienst u.a. der SPD, der freien Gewerkschaften und des TVdN. "So entstand neben dem kommerziellen 'bürgerlichen' Reisegewerbe eine quasi 'proletarische' touristische Infrastruktur" Im Zuge eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandels verlor in den 20er Jahren der von der Arbeiterbewegung geforderte Gegensatz zur bürgerlichen Kultur an Schärfe.

✓ Volksfront in Frankreich

Auch in Frankreich wurde Anfang des 20. Jahrhunderts erstmals Urlaub für Arbeiter gewährt. Die kurzlebige sozialistische 'Volksfront'-Regierung Blums führte in den 20er Jahren eine Urlaubsregelung ein. Des Weiteren wurde eine aktive Ferienpolitik für Minderbemittelte gefördert.

✓ Die Hochphase: der Massentourismus (ab 1945)

Die heutige Form des Reisens ist Gegenstand der weiteren Ausführung. Sie wird üblicherweise als Massentourismus (nach Anzahl der Reisenden) bezeichnet. Geeigneter erscheint die Beziehung organisierter oder institutionalisierter Tourismus, ...sowohl bei staatlichen Stellen als auch im ökonomischen und sozialen Leben ist

⁶⁷http://www.wirtschaftsgeografie.com/Tourismus/Entwicklung_Tourismus/body_entwicklung_tourismus.html
(Zugriff am 15/03/2021 um 17.30)

der Tourismus zu einem festen Bestandteil geworden (Freyer 1983 :17) er hat sich institutionalisiert und wird mit modernen betriebswirtschaftlichen Methoden ; produziert und vermarktet (Normung ,Montage der Sehenswürdigkeiten und Serienfertigung von Gesellschaftsreisen)

Die Hochphase der Tourismus begann in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg und ist eng verbunden mit dem wirtschaftlichen (Wieder-) Aufschwung in den westlichen Industrienationen: höhere Einkommen, mehr Freizeit und entwickelte sich Kommunikation und Transportmittel waren wichtige Voraussetzungen (siehe genauer teil 1.3). Anfänglich überwogen Bus- und Bahnreisen ,danach entwickelte sich Verstärker Autotourismus und als nächste Situation kamen die ersten Charterflüge Jährlich findet eine regelrechte Völkerwanderung in die urlaubsgebiete statt. Auto-Lawinen. Düsen –Jets und überfüllte Urlaubsregionen prägen das Bild der Heutigen Reise- und Urlaubsgesellschaften .einige wichtige Situationen des modernen Nach- Kriegstourismus in der Bundesrepublik Deutschland waren:

- ✓ -1947 :Das –deutsche Reisebüros GMBH gegründet (als nachfolgerder früheren mehr –mitteleuropäisches Reisebüro GMBH)
- ✓ -1955 :erste deutsche Charterfluggesellschaft gegründet : die deutsche Flug dienst GmbH
- ✓ -1956 Ersteseuropa Prospekt : Destinatinonen Teneriffa ,Ägypten , Israel: Fluggerat : Vickers Viking (36 platze)
- ✓ 1962 der Kaufhaustourismus beginnt :1962touristikabteilung von quelle reisen , 1964 nur –Neckermann undreisen , 1967/68 tui –Touristik Union International entsteht
- ✓ 1990er vertikale Intergration der reiseveranstalter zu intergrierten Tourismuskonzernen und Lagerbilung der Reiseveranstalter .⁶⁸

➤ *Technische Weiterentwicklung des Transportwesens*

Der Bereich des Reisens ist weiterhin eng mit den technischen Entwicklungen verbunden. Die Teilhabe unterer sozialer Schichten am Tourismus und die dadurch

⁶⁸(vgl. WALTER Freyer ,Lehr-und Handbucher zu Tourismus Verkehr und Freizeit ,Verlag De Gryter, seite 15 ,16,17 ,2015)

ausgelöste Entwicklung zum Massentourismus ist durch Weiterentwicklungen des Transportwesens begünstigt worden. Diese nahmen zugleich Einfluss auf die Raumstruktur des Tourismus. Das Zusammenspiel von Schienen-, Straßen-, Schiffs- und Flugweg liefert eine fast vollständige, flächenhafte Erschließung aller Landschaften für den Fremdenverkehr.

➤ *Der Eisenbahnverkehr*

Die Eisenbahn hat die bis Mitte der fünfziger Jahre reichende erste große Expansion des Tourismus eingeleitet, sie war das Hauptverkehrsmittel für den Reiseverkehr. Die Ausbreitung des Fremdenverkehrs erfolgte entlang den Bahnlinien, wodurch der Aktionsradius begrenzt war. Die Erschließung des Raumes verlief weitgehend linear mit geringem Vernetzungsgrad. Aufgrund der großen Nachfrage fuhren in den fünfziger Jahren erstmals Sonderzüge für Urlauber, z.B. der 1951 DER-Ferienexpress von Deutschland nach Italien.

In den letzten Jahrzehnten hat die Bahn einen deutlichen Bedeutungsverlust erlitten. Während 1954 noch 56 % der deutschen Urlaubsreisenden die Bahn als Verkehrsmittel bevorzugten, ist die Bedeutung inzwischen auf 11 % zurückgegangen (siehe Abb.16 und 17). Hauptgrund dafür ist, dass man im Verhältnis zum PKW im Aktionsradius deutlich begrenzt ist und dass man deutlich langsamer transportiert wird als im Flugzeug. Obwohl die Leistungsfähigkeit durch Modernisierung, Diversifikation des Angebots, mehr Komfort und schnelle Hochgeschwindigkeitszüge (ICE, TGV), welche die Großstädte beinahe stündlich miteinander verbinden, leicht anstieg, ist die Bahn für touristischen und nichttouristischen Verkehr nur mehr von mäßiger Bedeutung.

➤ *Der Straßenverkehr*

Von besonders großer Bedeutung war die zunehmende Motorisierung, denn der mit einer großen Flächenwirkung ausgestattete Straßenverkehr durchdrang die von der Bahn nur extensiv erfassten Räume und weitete die Aktionsradien des Tourismus aus. Erst vor 110 Jahren wurde das Automobil erfunden (Carl Benz 1885). Während in der Nachkriegszeit die Nutzung von PKWs sich zum größten Teil noch auf den gewerblichen Bereich beschränkte, werden heute drei Viertel der zugelassenen Kfz. im privaten Bereich genutzt. Voraussetzung für die starke Zunahme des Kraftverkehrs

war die Einführung von finanzierbaren PKWs für die breite Bevölkerung im Zuge des Wirtschaftsbooms (‘Volkswagen’). Die erhebliche Vergrößerung und Verbesserung des Straßennetzes führte zu einer Intensivierung bzw. Verdichtung der bisherigen touristischen Zonen, die durch den bisher führenden Urlaubsverkehrsträger Eisenbahn aufgrund des begrenzten Aktionsradius schwer zu erreichen waren. Der Kontinent wurde vom mitteleuropäischen Festland aus netzartig und nahezu flächenhaft erschlossen.

Der Anteil des Straßenverkehrs am Tourismus ist sehr groß. Seit Jahren zählt der PKW mit ca. 60 % Anteil am deutschen Reiseverkehr zum beliebtesten Urlaubsverkehrsmittel. Das Auto ermöglicht, mit mehr als zwei Personen besetzt, eine "fühlbare Verminderung der Fahrtkosten pro Kopf und erlaubt so auch vielköpfigen Familien weite Urlaubsreisen. Dank seiner Ladefähigkeit gestattet es ein Ausweichen auf billigste Beherbergungsformen und macht im Campingwesen den Fremdenverkehr von bestehenden Einrichtungen überhaupt unabhängig" Jährlich findet eine regelrechte Völkerwanderung per Straße in die Urlaubsgebiete statt, Autolawinen und überfüllte Urlaubsregionen prägen das Bild der heutigen Reise- und Urlaubsgesellschaften. Diese Engpässe können die Touristen aber nicht bremsen. Auch der Tourismus selbst stellt einen bedeutenden Faktor für die Entwicklung der Automobilindustrie dar. Das gesamte Straßennetz und die gesamte Kfz.-Industrie, vom Automobilhersteller bis zu Reparaturwerkstätten, Tank- und Raststätten dient dem Reiseverkehr im weitesten Sinne.

Der Bus als Transportmittel hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Ein touristisches Hauptverkehrsmittel in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg war, neben der Bahn, der Omnibus. Zwischen 1950 und 1960 hatte er mit rund 20 % Anteil einen großen Beitrag zum Reiseboom nach dem 2. Weltkrieg geleistet. In den Folgejahren war sein Anteil auf wenige Prozente zurückgegangen (1973 in Deutschland 5 %). Private PKW-Reisen und der aufkommende Flugtourismus hatten seine Bedeutung zurückgedrängt. Erst in den letzten Jahren hat er wieder etwas an Bedeutung gewonnen. Der soziale Aspekt von Gruppenreisen, angenehmer Komfort während der Fahrt, Flexibilität am Reiseziel und verstärkte Bemühungen der Busunternehmer haben das Image von Busreisen verbessert und ihren Anteil am

Urlaubsreiseverkehr wieder auf ca. 10 % (1989) steigen lassen. Die Hauptbedeutung für Busunternehmen hat der Gelegenheitsverkehr (Ausflugsfahrten, Ferienziel-, Mietomnibusreisen) zu günstigen Preisen.

➤ *Der Luftverkehr*

Bis in die vierziger Jahre war der Flugverkehr weitgehend defizitär. Er wurde v.a. aus politischen Gründen gefördert. Flugreisen waren teuer und sehr exklusiv. Erst die Einführung von großräumigen Düsenflugzeugen von den 60er Jahren an ermöglichte privatwirtschaftlichen Charterflugverkehr unter wirtschaftlichem Aspekt (siehe Abb. 18 bis 20). Die Wirkung der Charterflugzeuge als touristisches Massentransportmittel war vergleichbar mit der revolutionären Wirkung der Eisenbahn auf die internationale Standortstruktur der touristischen Nachfrage im 19. Jahrhundert. Die Reisezeit verkürzte sich deutlich, Raum und Zeit schrumpften. Massenziele wie Mallorca konnten erstmals zu niedrigen Preisen angefliegen werden. Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre erreichte diese Reiseverkehrsform einen ersten Höhepunkt.

Charterreisen mit Großraumflugzeugen gehören heute zum touristischen Alltag. Aber auch die zunehmende Entwicklung des Flug-Linienverkehrs hat dem Tourismus Aufwind gegeben, da preisliche Unterschiede zwischen Linien- und Charterverkehr verwischt sind. In jüngster Zeit führt die Entwicklung zu einer enormen Verdichtung im Luftraum, v.a. in der Haupt-Urlaubszeit. Die Steigerungen im Flugtourismus könnten noch größer sein, doch die Überlastung der Lufträume schränkt eine weitere Expansion ein.

➤ *Der Schiffsverkehr*

Bis in die 60er Jahre war das Schiff auf Mittelmeer- und Übersee-Routen noch von Bedeutung. Das Aufkommen des Charterflugverkehrs und die Einführung der preisgünstigen Economy Class bei den Linienfluggesellschaften veränderte die Situation. Die traditionsreiche "transozeanische Linienpassagierschiffart - einst Aushängeschild namhafter Reedereien - hat sich mit der Entwicklung des Luftverkehrs weitgehend überlebt". Auch die Fährschiffrouuten haben mit Ausnahme der touristischen Hochsaison unter zunehmender Konkurrenz (Luftverkehr und Tunnels wie der Eurotunnel) zu kämpfen. Die wichtigsten europäischen Fährverbindungen sind zwischen Großbritannien und dem europäischen Festland, zwischen Deutschland und

Skandinavien, die Verbindungen nach Sardinien/Korsika und nach bzw. innerhalb Griechenlands.

Dafür gewann Ende der fünfziger Jahre eine spezielle Angebotsform für den Tourismus eine gewisse Bedeutung, die Kreuzfahrt. "Anfänglich sah man in diesen Reisen nur ein Mittel, die Schiffe in mageren Zeiten zu füllen, etwa im Winter, dann aber wurden Kreuzfahrten so wichtig, daß man die alten Passagierschiffe umbaute, mit neuen Einrichtungen ausstattete und sie ausschließlich für Kreuzfahrten auf allen Meeren ansetzte". Doch auch hier ist das Reiseaufkommen mit weniger als 1 % der jährlichen Urlaubsreisen äußerst gering

23. Entstehung einer Tourismusindustrie

Im Laufe der Nachkriegszeit entstand eine Tourismusindustrie, die Ferienleistungen in Massen produziert. Da der Reisemarkt immer stärker expandierte und insbesondere im Charterflugbereich sehr kapitalintensiv war, griff im Reisegewerbe betriebswirtschaftliches Kalkül immer mehr Platz. Branchenfremde Unternehmen (z.B. Banken, Kaufhäuser, Verlage) drangen auf dem Reisemarkt vor und förderten die bereits vorhandenen Tendenzen zu betrieblichen Konzentrationen. "Auch die Tourismusindustrie ist durch drei 'Errungenschaften' gekennzeichnet, deren jede für die Entwicklung einer Industrie großen Stils unentbehrlich ist: Normung, Montage und Serienfertigung". Den gestiegenen Reisewünschen der Bevölkerung wurde Rechnung getragen. Die Marktstruktur hat sich vom Käufer- zum Produzentenmarkt gewandelt. Aufgrund eines Überwiegens von Dienstleistungen ordnet man Fremdenverkehr zum tertiären Sektor der Volkswirtschaft zu. Die touristische Entwicklung ist auch als eine spezifische Erscheinung der Expansion des Dienstleistungssektors zu deuten, in welcher sich die entwickelten Volkswirtschaften seit Erreichen des 'Reifestadiums' befinden. Kennzeichen dieser neuen Branche ist eine Unterscheidung zwischen Geschäftsreisenden und Urlaubs-Touristen. Aufgrund unterschiedlicher Ansprüche erwartet jede der beiden Gruppen ein auf ihre Wünsche zugeschnittenes Reiseangebot.

➤ Typisch

Typischen Entsendeländern (z.B. Deutschland, Großbritannien, Beneluxstaaten) haben neben den inländischen Reisegebieten die mit der Vorbereitung und

Durchführung des Reisens verbundenen Dienstleistungen (z.B. Reiseveranstalter, Reisebüros, Transportbetriebe) einen bedeutenden Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistungserstellung erhalten. In Deutschland werden beispielsweise 4-5 % des BSP für den Tourismus erstellt und sind 5-10 % der Arbeitsplätze (je nach Abgrenzung) vom Tourismus abhängig. In vielen Empfängerländern ist die Tourismusindustrie zur Hauptdeviseneinnahmequelle geworden (z.B. Alpen- und Mittelmeerländern). Die touristischen Betriebe sind an der Erhaltung und Ausweitung ihres Umsatzes interessiert. Sie versuchen, ihren Marktanteil mit modernen Marketingmethoden zu halten bzw. auszuweiten.

➤ *Formen*

"Auch die Form des Reiseprodukts hat sich deutlich gewandelt. Die individuelle Reise der Anfangsjahre ist vermehrt der 'Reise von der Stange' gewichen: die 'standardisierte' Reise ist entstanden". Eine Woche Flug, Unterbringung in Massenquartieren, Verköstigung durch Halb- oder Vollpension an Riesenbuffets, Betreuung durch Animatoren und überfüllte Strände sind oft schon für unter DM 500.- zu erhalten. Der Reisemarkt selbst ist seit Jahren im Umbruch. Konkurse und Neugründungen von Fluggesellschaften zum Beispiel sind ein deutliches Zeichen für Unruhen auf diesem Markt. Dagegen ist es ein Ziel der Tourismusindustrie, Stammgäste zu gewinnen, um zu geringeren Werbeaufwendungen und zu sicherer Planung für die Zukunft zu finden.⁶⁹

24. Die Zukunft des Tourismus

Zwischen Konstanz und neuen Einflussfaktoren :

Egal was passiert, der Stellenwert des Urlaubs bleibt in Deutschland ungebrochen. Weder Euro- noch Finanzkrise, weder Epidemien noch Naturkatastrophen oder Anschläge können die Bundesbürger davon abhalten, die Koffer zu packen und den eigenen Wohnort vorübergehend zu verlassen. Gefühlt 50 Wochen arbeiten, sparen und warten, um dann endlich in den wohlverdienten Jahresurlaub zu entschwinden – so wird es auch in Zukunft sein.

⁶⁹http://www.wirtschaftsgeografie.com/Tourismus/Entwicklung_Tourismus/body_entwicklung_tourismus.html
(Zugriff am 25/03/2021 um 20.00)

Mehr als die Hälfte der Bundesbürger verreist länger als fünf Tage im Jahr. In die Ferien zu verreisen, ist und bleibt für die meisten Bundesbürger das Highlight des Jahres. Jedoch müssen auch beim Urlaub zunehmend mehr Bürger auf das Geld achten. Um dennoch nicht auf das persönliche Urlaubsglück verzichten zu müssen, reagieren die Bundesbürger pragmatisch und verkürzen einfach die Dauer ihres Urlaubs. So nahm die durchschnittliche Reisedauer von 1980 bis heute von 18,2 Tage auf 13 Tage ab.

Doch was erwarten die Bundesbürger von ihrem Urlaub? Das Wissen um diese Bedürfnisse, die Verhaltensweisen und Wünsche der Reisenden ist von zentraler Bedeutung für die strategische Ausrichtung einer Tourismusdestination. Fakt ist hierbei: Fast vier von fünf Bundesbürgern wollen sich im Urlaub in erster Linie erholen. Der klassische Erholungsurlaub nimmt somit Platz eins der beliebtesten Reiseformen ein, sowohl bei der Gesamtbevölkerung als auch der jüngsten Generation. Das höchste Erholungsbedürfnis äußern hierbei Familien. Für Jugendliche und junge Erwachsene spielen hingegen andere Urlaubsmotive eine größere Rolle, u.a. Erlebnis, Aktivität und Spaß. Mehr als jeder zweite Reisende möchte im Urlaub vor allem viel erleben. Und fast genauso wichtig wie das Erlebnis selbst, sind die Berichte im Anschluss darüber: ‚Wenn ich dir erzähle was ich im Urlaub erlebt habe‘, ist einer der häufigsten Sätze nach einem Urlaub. Zum Urlaub gehört aber grundsätzlich beides: Erholung und Erlebnis. In welchem Verhältnis diese stehen, entscheidet der Urlauber selbst. Wichtig ist jederzeit zwischen Anspannung und Entspannung, Action und Ruhe wählen zu können. Insgesamt ist festzuhalten: Die Wünsche der Reisenden sind vielfältig, daher gibt es für jedes Segment Interessenten. Die so entstehenden Nischen gilt es vermehrt zu besetzen, um auch die Urlaubswünsche von kleineren Zielgruppen zu befriedigen. Zwar ist schon gegenwärtig das Reiseangebot deutlich ausdifferenzierter als in der Vergangenheit, doch wird die Tourismusbranche auch in Zukunft weiter innovativ und kreativ bleiben müssen, um weiterhin im Wettbewerb um die Gunst des Urlaubers zu bestehen. Wichtig bleibt dabei aber gleichzeitig auch

das verbindende Element zu den klassischen Urlaubsmotiven. Diese sind Erholung und Regeneration, Sonne und Meer, Kontrast und Erlebnis sowie Kontakt.⁷⁰

25. Arten des Tourismus

Der Begriff „Tourismus“ wird meistens in verschiedene Kategorien der Reisearten und -formen unterteilt, zB nach der

➤ *Art der Motivation :*

- Kulturtourismus
- Bildungstourismus
- Naturtourismus
- Sporttourismus
- Gesundheitstourismus (Verbindung von Ferien mit medizinischen Operationen, v.a. Zahn- und Schönheits-OPs)

➤ *Art der Organisationsform :*

- Veranstalterreisen
- Individualreisen

➤ *Teilnehmerzahl :*

- Massentourismus
- Exklusivtourismus

➤ *Herkunft der Touristen :*

- Ausländertourismus (auch: Fremdenverkehr)
- Binnentourismus

➤ *Art des Reise-Verkehrsmittels :*

- Kreuzfahrt
- Zugreise
- Busreise
- Flugreise

➤ *Art der Reise :*

- Safari

⁷⁰<https://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/forschung/forschungsthemen/die-zukunft-des-tourismus/>
(Zugriff am 19/04/2021 um 19.30)

- Erholungsurlaub
- Heiratstourismus
 - *Art der Reiseziels (Zielort) :*
- Städtereise
- Kulturgüterreise
- Bergtour
- Oekobilanz
- Sanfter Tourismus.⁷¹

26. Typen des Tourismus

Bei den tourismustypen wird nach verursachenden oder abgrenzenden ausseren Merkmale differenziert:

- ✓ *Inland Tourismus* : Leute, die sich von einer geographischen Zone in eine andere fortbewegen, innerhalb ihres eigenen Nationalgebietes.
- ✓ *Externer Tourismus*: Wenn er zwischen zwei oder mehr Ländern stattfindet.
- ✓ *Individual Tourismus* : Eine Gruppe von Touristen, die individuell reisen und deren Reisen von ihnen selbst organisiert wurde oder durch ein Reisebüro. Unter diese Gruppe kann man den sogenannten "Qualitätstourismus" finden.
- ✓ *Massen Tourismus*: Die Gruppe von Touristen, die in Gruppen oder Massen reisen, organisiert durch Reisebüros oder Reiseveranstalter mit billig Preisen.
- ✓ *Rundreisen*: Gebildet durch eine Reiseroute, die sich aus Transport mit kurzen Aufenthalten in verschiedenen Orten zusammensetzt.
- ✓ *Tourismus mit Auslandwohnsitz*: Dieser basiert auf wiederkehrenden längeren Ferien in einem festgelegten geographischen Ort. Heutzutage sind andere Klassen von Tourismus wie folgt entstanden:
- ✓ *Ländlicher Tourismus*: Es besteht aus einem Tourismus niedrigerer Intensität, dessen Bestimmungsort natürliche Raume sind.
- ✓ *Umwelt Vertraglicher Tourismus*: Basiert darauf, die Ferienzeit zu genießen und gleichzeitig die Umwelt zu respektieren.

⁷¹ <https://www.reiserecht.ch/tourismus/tourismusarten> (Zugriff am 19/04/2021 um 4.00)

- ✓ *Abenteuer Tourismus*: Ist das Vergnügen an Aktivitäten, die im Freien stattfinden ohne Einbezug von Umweltbewusstsein.
- ✓ *Time-Sharing* : Besteht aus einer turnusmassigen Benutzung von Immobilien.⁷²

27. Camping und Urlaub

Camping kann man in zwei Kategorien einteilen, nämlich in Camping für das Wochenendvergnügen an einem fixen Campingplatz. Da gibt es auch die Option, dass man statt eines Wohnwagens ein Mobilheim erwirbt, das größer und besser ausgestattet ist.

Die zweite Option betrifft den Urlaub selbst, indem man mit einem Zelt, Wohnwagen oder einem Wohnmobil reist. Diese Form des Urlaubs unterscheidet sich nachhaltig von jenem im Luxushotel, den man muss sich selbst versorgen, man muss das Zelt aufbauen oder den Wohnwagen aufstellen und hat einige weitere Arbeiten.

Trotzdem ist das Camping eine beliebte Urlaubsalternative. Camping ist besonders für mehrköpfige Familien oder große Gruppen weit günstiger als der Hotelaufenthalt und man ist flexibler in der Urlaubsgestaltung, weil man von Campingplatz zu Campingplatz weiterreisen kann, wenn man dies möchte. Andere fahren zu einem bestimmten Campingplatz, um dort den Urlaub zu verbringen⁷³.

Verboten ist das Campen abseits der Campingplätze. Wer mit dem Zelt reist, darf beispielsweise das Zelt nicht mitten im Wald aufstellen. Trotzdem streben dies manchmal Leute an und dann spricht man vom wilden Zelten.

- ✓ *Camping: Motivation und Trends*

Camping ist nicht nur eine günstigere Urlaubsmöglichkeit, sondern auch ein Urlaub, bei dem man enger mit der Natur verbunden ist. Das gemeinsame Lagerfeuer mit anderen Campern hat am sommerlichen Abend einen besonderen Reiz und ist nur eine

⁷² <http://www.eduvinet.de/eduvinet/es025.htm> (Zugriff am 22/04/2021 um 19.25)

⁷³Ritter, W.: "Fremdenverkehr in Europa"; A.W. Sijthoff-Verlag; Leiden; 1966.

der Komponenten, warum das Campen stets im Trend bleiben wird. Auch das Zusammensitzen mit anderen Campern aus zum Teil anderen Ländern ist reizvoll⁷⁴.

Dazu gibt es das Campen auch als zusätzliche Motivation bei den Musikfestivals. Die mehrtägigen Veranstaltungen haben aufgrund der großen Zahl an Besucher nicht genug Hotels in unmittelbarer Nähe anzubieten und so nutzen viele das Wochenende, um mit dem Wohnwagen oder Zelt anzureisen und es entsteht eine richtige Zeltstadt.

Außerdem gibt es neue Trends beim Campen, indem mit sehr luxuriös ausgestatteten Wohnwägen gereist wird. Diese unterscheiden sich kaum von einem 4-Stern-Hotel und brechen mit der Tradition, dass der Campingurlaub einfach ein muss. Hier gilt die Zusammenkunft von Natur einerseits, aber trotzdem Bequemlichkeit andererseits.

✓ *Langzeiturlaub*

Heute hat sich die Urlaubskultur komplett gewandelt und Kurzurlaube sind zum Trend geworden⁷⁵. Häufig werden Feiertage in die Planung einbezogen, sodass verlängerte Wochenende zum Besuch einer Stadt herangezogen werden. Und dann gibt es aber jene, die tatsächlich noch wochenlang auf Urlaub gehen können und dann spricht man vom Langzeiturlaub.

Der Langzeiturlaub ist als Definition eine Urlaubsreise, bei der man mindestens drei Wochen am Stück dem Arbeitsplatz fern bleibt. Ob man eine Trekkingtour durch die Berge oder über eine Wüste unternimmt, Tag für Tag den Strand erobert oder eine Reise quer durch die USA veranstaltet, ist dabei nicht wesentlich⁷⁶.

28. Ökotourismus

Als Ökotourismus werden jene Urlaubsreisen und auch Tagesausflüge bezeichnet, bei denen die Menschen Kontakt zur Natur auf intensive Art erleben. Das kann das

⁷⁴ Leading camping Europe, Wonderful campsites around Europe, n.d., viewed 11 February 2018.

⁷⁵ Vgl. Steffen Hillebrecht: Sabbaticals. SpringerGabler, Wiesbaden 2018, S. 12 ff.

⁷⁶Sölch,W.: "Orient-Express - Glanzzeit, Niedergang und Wiedergeburt eines Luxuszugs"; 3. Aufl.; Alba Buchverlag GmbH & Co. KG; Düsseldorf; 1983.

Durchwandern vom Regenwald sein, das kann eine Safari sein, um Wildtiere live erleben zu können oder auch eine Wanderung im Alpenraum.

Obwohl die Menschheit immer mehr von Technik abhängig ist - man denke an Handy, TV-Gerät und Internet - oder gerade weil es so ist, spielt die Natur wieder eine große Rolle und man möchte sie in der Freizeit erleben und zwar nicht im Rahmen von Massentourismus am Strand, sondern auf die Art und Weise, wie sie tatsächlich beschaffen ist - so könnte man den Ökotourismus definieren. Allerdings hatte man auch in den 1980er-Jahren einen Ausflug in das Landesinnere betrieben, nur wurde dies nicht mit dem Modebegriff Öko in Zusammenhang gesehen, daher ist dies auch wieder ein Stück weit eine Marke⁷⁷.

✓ *Ökotourismus und Naturerlebnis*

Freizeitparks sind daher nicht zufälligerweise sehr beliebt geworden und auch Nationalparks passen in das Konzept. Tierparks, vor allem aber auch Sonderformen wie Vogelstationen, bei denen man die Greifvögel erleben kann und es Flugshows gibt, sprechen die Menschen an. Solches gibt es im Alltag in den Häuserschluchten der Großstädte überhaupt nicht mehr.

Es ist toll, wenn man einen Bildschirmhintergrund mit einem schönen Tal sehen kann, aber dann auf einem Hügel zu stehen und dieses Schauspiel selbst und in der wahren Natur zu erleben, prägt sich auf ganz andere und viel emotionalere Weise ein und das erkennen immer mehr Menschen, weshalb der Ökotourismus an Bedeutung deutlich dazugewonnen hat.

✓ *Flugreise und Problemfelder*

Für den Urlaub ist dies eine feine Sache, weil man nach Spanien fliegen kann, statt tagelang im Auto zu sitzen und Fernreisen nach Thailand, Japan oder in die Karibik sind gar nicht mehr so etwas Besonderes. Zwar sind gerade diese Urlaubsflüge durch

⁷⁷Spode, H.: "Die NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude' - ein Volk auf Reisen?"; in: Zur Sonne, zur Freiheit! Beiträge zur Tourismusgeschichte; Berichte und Materialien Nr. 11 des Studienkreis für Tourismus und des Instituts für Tourismus der FU Berlin; Verlag für universitäre Kommunikation; Berlin; 1991; S. 79-93

den Klimawandel und die Luftverschmutzung durch den Flugverkehr in die Diskussion gekommen, aber eine Abnahme der Fluggäste ist nicht erkennbar - im Gegenteil: die Zahl der Menschen, die jedes Jahr ein Flugzeug für den Transfer von A nach B wählen, steigt ständig an.

Dabei ist die Flugreise nicht einfacher geworden. Durch die Terrorgefahr und die Angst vor Anschlägen gibt es immer neue Vorschriften, was die erlaubte Menge an Mittel und Material betrifft, die man mit sich führen darf und die Kontrollen werden auch strenger, aber das hält die Urlaubsgäste nicht davon ab, ihre Urlaubsreise anzutreten und das Flugzeug als Transportmittel zu wählen - bei Fernreisen ist dies auch das einzig sinnvolle Mittel, weil per Auto zum Schiff und dann lange Schiffsfahrten zu wählen, reicht oft von der Zeit für den Urlaub nicht aus.

✓ *Flugreise und Urlaubsreise*

Die Flugreise ist für viele Menschen immer noch ein Problem, doch die Flugangst lässt sich beherrschen. Für viele andere ist es längst Routine, erst recht für Leute, die ständig beruflich von A nach B mit dem Flugzeug reisen. Generell ist die Flugreise sogar die sicherste Form, um seinen Urlaubsort anzusteuern, wenn man die Unfallstatistik mit dem PKW mit den Abstürzen von Flugzeugen vergleicht. Wenn etwas passiert, ist es groß in den Medien, aber wie viele tausend Flüge problemlos abgewickelt werden, wird medial nicht genannt⁷⁸.

Vor allem durch die Bequemlichkeit und Geschwindigkeit ist das Fliegen aus der Tourismusbranche nicht mehr wegzudenken. Und ein Urlaub auf Hawaii, in der Karibik oder einfach nur in Südeuropa ist längst Routine geworden, kleine Kinder eingeschlossen. Diese haben im Flug viel Spaß und unterhalten alle Leute, Flugangst entwickeln eher die erwachsenen Menschen, die froh sind, wenn sie angekommen sind

⁷⁸Spode, H.: "Der moderne Tourismus - Grundlinien seiner Entstehung und Entwicklung vom 18. bis zum 20. Jahrhundert"; in: Moderner Tourismus - Tendenzen und Aussichten; Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie Heft 17; Selbstverlag der Geographischen Gesellschaft Trier; Trier; 1988; S. 39-76

✓ *Medizintourismus und Trends*

In Europa setzt sich dieser Trend des Medizintourismus aber auch immer öfter durch, wobei es sich manchmal auch um ein Urlaubswochenende handelt. Von Österreich aus fahren beispielsweise viele nach Ungarn, um sich dort die Zähne wesentlich günstiger behandeln zu lassen. Natürlich gibt es auch schon Urlaubsangebote, die darauf abgestimmt sind, doch der Medizintourismus ist heftig umstritten. Das hat viele Gründe.

Von Indien weiß man, dass für die reichen Leute Kliniken aufgebaut werden, in denen die Urlauber medizinisch versorgt werden, während ein paar Häuserblöcke weiter die arme Bevölkerung ohne medizinischer Versorgung auskommen muss. Dazu gibt es das Problem, dass die angestrebten Länder nicht immer den medizinischen Standard aufweisen, den man im eigenen Land angeboten bekommt und besonders bei medizinischen Vorgängen, bei denen Komplikationen auftreten, kann es zu Problemen kommen. Damit ist ein Restrisiko, besonders bei heiklen medizinischen Behandlungen, nie auszuschließen. Trotzdem wählen immer mehr Leute diesen Weg der Behandlung.

✓ *Medizintourismus und Arten*

Es gibt verschiedene Formen, wie diese Reisetätigkeit vonstatten gehen kann. Von Wien aus fahren viele mit dem Auto nach Ungarn, um einen viel günstigeren Zahnarzt aufzusuchen. Dabei wird man meist am gleichen Tag wieder nach Hause fahren und mit dem Tourismus hat es nur am Rande zu tun. Verbringt man aber ein Wochenende in Budapest oder in anderen Städten und Gemeinden des Nachbarstaates, hat man schon eher den Charakter einer Urlaubsreise gewählt.

Bei Reisen mit dem Flugzeug zum Arzt und Verbringen einer Woche oder einem längeren Zeitraum aus Gründen der medizinischen Versorgung ist der Tourismusgedanke immer klar vorhanden und diese Reisen häufen sich. Dabei gilt es auch zu unterscheiden, ob es sich wirklich um eine medizinische Reise handelt oder ob man eine günstigere Schönheitsoperation anstrebt - ein wiederum sehr aktueller Trend.

✓ *Sanfter Tourismus als neue Strategie*

Viele Tourismusverantwortliche haben einen Strategiewechsel vollzogen, auch die Politik hat reagiert. Liftanlagen dürfen nicht mehr nach Lust und Laune errichtet werden, die Schutzwälder müssen erhalten bleiben. Im Tourismus selbst hat man sich dem sanften Tourismus verschrieben.

Der sanfte Tourismus besteht aus der grundsätzlichen Überlegung, den Tourismus weiterhin zu fördern, um wirtschaftlichen Erfolg zu haben, aber dabei auf die Umwelt Rücksicht zu nehmen. Das bedeutet zum Beispiel, dass man nicht bis zum letzten Haus eine groß ausgebaute Straße errichtet, dass man keine weiteren Liftanlagen baut und die Natur "zubetoniert" und dass man Urlaubsmöglichkeiten anbietet, bei denen die Urlaubsgäste ein intensives Naheverhältnis zur Natur aufbauen können.

Wer keine Lust hat, sich fünf Meter ohne Auto zu bewegen, ist in einem Tourismusgebiet, das sich dem sanften Tourismus zugewandt hat, fehl am Platz. Wer hingegen gerne wandern geht, wird mit einem solchen Tourismusgebiet seine Freude haben. Der sanfte Tourismus wird oft auch mit öffentlichen Maßnahmen begleitet. In Österreich gibt es zum Beispiel über 40 Naturparks. Es handelt sich dabei nicht um Gebiete, die man nicht betreten darf - im Gegenteil: Gäste sind sogar erwünscht, aber im Naturpark steht die Natur im Mittelpunkt⁷⁹.

✓ *Sanfter Tourismus in der Gegenwart*

Der sanfte Tourismus schafft einen Kompromiss: das Urlaubsvergnügen wird nicht eingebremst, aber die Natur wird auch nicht mehr als unbedingt notwendig verändert. Hierbei sind allerdings verschiedene Überlegungen und Beobachtungen anzustellen. Ein Fakt ist, dass die Menschen wieder viel mehr Lust auf die Natur haben, weil sie das ganze Jahr in der Stadt leben und sich auf das Grüne freuen. Sie unterstützen mit ihren Entscheidungen den Respekt vor der Natur und fördern damit auch diese Strategie.

Andererseits gibt es Leute, die sich zwar dem sanften Tourismus zuwenden, sich dann aber falsch verhalten. Die Müllberge in den Wäldern trotz Aufstellen von Papierkörbe sind ein trauriges Zeichen für den Umgang mit der Natur, obwohl man genau solche Gebiete bewusst

⁷⁹v. Torklus, R. / Lodahl, A.: "Internationaler Tourismus: Daten und Analysen"; Zusammenstellung anlässlich der Internationalen Tourismusbörse Berlin 5.-11-März 1983; AMK Berlin; 1983

aufsucht, um sich in der freien Natur zu bewegen. Das ist ein Widerspruch in sich, der aber häufig anzutreffen ist.

- h. Pauschalreise vs. Individualreise

Urlaubsgäste einer Pauschalreise brauchen sich um nichts zu kümmern, Urlauber im Rahmen einer Individualreise sind schon bei der Anreise gefordert und müssen sich um Autoroute oder Flugbuchung kümmern. Das nehmen diese Urlaubsgäste aber gerne in Kauf, weil sie danach nicht im Gruppenzwang stecken und an Ausflügen teilnehmen müssen, die sie gar nicht wollen, sondern sie schauen sich das dann an, wann sie wollen und was sie interessiert.

Deshalb ist der Name Programm und man kann als einzelnes Individuum in seinem Urlaub machen, was man will. Gut, bei einem Wanderurlaub wird es nicht gehen, wenn das Wetter überhaupt nicht mitspielt und durch Dauerregen sogar die Wege gefährlich werden oder wenn der Winterurlaub mangels Schnee nicht klappen mag. Aber ansonsten stehen alle Wege offen, was natürlich auch Probleme mit sich bringt.

Wenn man zwar individuell planen möchte, aber doch eine Region ansteuert, die vom Massentourismus in Beschlag genommen wird, ist die Buchung genauso zu planen wie jene von der Pauschalreise, weil man sonst, vor allem in der Hauptsaison, ohne Unterkunft dastehen könnte. Ansonsten ist man aber flexibler und kann auch von Ort zu Ort reisen, um verschiedene Regionen, Städte und Menschen kennenzulernen.

Literaturhinweise

- ALBRECHT, M. Ralph : Blood, The Journal , 2001
- ALMOND, Gabriel/COLEMAN, John : The Politics of the Developing Areas, Princeton,1960
- BERG, Schlosser/ DIRK, Theo: Einführung in die Politikwissenschaft, München,1992
- BEYME, Klaus : Die politischen Theorien der Gegenwart, Opladen.1992, S. 146
- BOS, A.E.R : Computers in human behavior – Elsevier The present study examines the influence of social context on the use of emoticons in Internet communication. Secondary school students ,2007
- CZEMPIEL, Ernst-Otto : Kluge Macht: Außenpolitik für das 21. Jahrhundert ; München Verlag. C.H. BECK, 1999, S. 227
- DANIEL Gromotka,Nachhaltige Entwicklung und Tourismus - Ein Widerspruch?, GRIN Verlag,2007,Seite 6,7.
- Deutsch, Karl: The Nerves of Government, New York, Free Press,1966, S. 49
- Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1985.
- EASTON, David : The Political System, An Inquiry into the State of Political Science, New York, 1953
- EASTON, David : A Systems Analysis of Political Life, New York,1967
- ERLER, Michael : *Platon*, München, Verlag C.H. Beck, 2006 , S.253 p. ISBN 978-3-406-54110-0.
- ERNEST, Diehl : Grundriess der deutschen Geschichte, Berlin 1979,S70
- FINER, S. E: Almond's Concept of „The Political System“: A Textual Critique, Government and Opposition, 1969/70, S. 3 21.
- FRANZ, Josef :,„Das politische System in Deutschland“1996, Seite 9.
- GRANT, Darren : Physical review ; APS 2009 Michigan State University
- GOTKOWSKA; Browse by Journals and Series, 2010: 50

- GOTKOWSKA, Justyna : *Germany and the Eastern Partnership. OSW Commentary No. 37, 2010-06-17.*
- HOLTSMANN, Everhard : Politisches System, in: derselbe (Hrsg.): PolitikLexikon München Wien, 1994
- JANET, Schayan : „Tatsachen über Deutschland“ 2010 Seite 63_68
- KEOHANE, R / NYE, J : Power and interdependence (3rd ed.). New York: Longman.2001
- KNELANGEN , Wilhelm ; Politikwissenschaft, Springer Verlag , Christian-Albrechts-Universität Kiel ,2005
- KLINNERT, Anne : Die Politik Deutschlands gegenüber Zentralasien ; Universitätsverlag Potsdam, 2015
- KORTE ,Karl-Rudolf / FRÖHLICH,Manuel: "Politik und Regieren in Deutschland "Strukturen, Prozesse, Entscheidung, 2004 Seite 50,57,59
- KUHNE, Berthold : Grundwissen Deutschland; Verlag Iudicium ; München , 2000, S. 62,64;70
- KRUMM , J : Inference Attacks on Location Tracks. Proceedings of the 5th International Conference on Pervasive Computing, Toronto, 13-16 May 2007, S.127-143
- KRAUSE,Udo : "Das politische System der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation", 2004,Seite 12.
- LEADING camping Europe, Wonderful campsites around Europe, n.d., viewed 11 February 2018.
- LEHMBRUCH, Gerhard : Konkordanz Demokratie, in: M.G. Schmidt (Hrsg.): Lexikon der Politik,1992
- LEHNER, Franz/ WIDMEIER, Ulrich : Vergleichende Regierungslehre, Auflage, Opladen,2002
- PARSONS, T : The Social System. Free Press, New York.1951
- RITTER, W.: "Fremdenverkehr in Europa"; A.W. Sijthoff-Verlag; Leiden; 1966.

- RONALD, Moeder, Tourismusrecht: in der Unternehmenspraxis, Verlag UTB, 2019, Seite 28, 29.
- SÖLCH, W.: "Orient-Express - Glanzzeit, Niedergang und Wiedergeburt eines Luxuszuges"; 3. Aufl.; Alba Buchverlag GmbH & Co. KG; Düsseldorf; 1983.
- SPODE, H.: "Der moderne Tourismus - Grundlinien seiner Entstehung und Entwicklung vom 18. bis zum 20. Jahrhundert"; in: Moderner Tourismus - Tendenzen und Aussichten; Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie Heft 17; Selbstverlag der Geographischen Gesellschaft Trier; Trier; 1988; S. 39-76
- SPODE, H.: "Die NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude' - ein Volk auf Reisen?"; in: Zur Sonne, zur Freiheit! Beiträge zur Tourismusgeschichte; Berichte und Materialien Nr. 11 des Studienkreis für Tourismus und des Instituts für Tourismus der FU Berlin; Verlag für universitäre Kommunikation; Berlin; 1991; S. 79-93
- STEFFEN, Hillebrecht: Sabbaticals. SpringerGabler, Wiesbaden 2018, S. 12 ff.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit.
- SCHAYAN, Janet :, „Tatsachen über Deutschland“ 2010 Seite 53_54.
- STREISEND, J : Deutsche Geschichte, Berlin 1980, S20
- TORKLUS, R. / LODAHL, A.: "Internationaler Tourismus: Daten und Analysen"; Zusammenstellung anlässlich der Internationalen Tourismusbörse Berlin 5.-11-März 1983; AMK Berlin; 1983
- WALTER, Freyer : Lehr- und Handbucher zu Tourismus Verkehr und Freizeit ,Verlag De Gruyter, 2015, S. 14, 15
- WILLKE, Helmut : Systemtheorie entwickelter Gesellschaften, Weinheim. 1989

Internetquelle :

- <http://www.eduvinet.de/eduvinet/es025.htm> (Zugriff am 22/04/2021 um 19.25)
- <https://www.reiserecht.ch/tourismus/tourismusarten> (Zugriff am 19/04/2021 um 4.00)
- <https://wikipedia.org/Wiki/Exekutive>

- <https://www.wirtschafts-abc.com/tourismus-tourist> (Zugriff am 20/02/2021 um 23.00 Uhr).
- <http://ieg-ego.eu/de/threads/europa-unterwegs/tourismus/ueli-gyr-geschichte-des-tourismus/customview/++widget++form.widgets.dnb/@@download/gyru-2010-de.pdf> (Zugriff am 22/02/2021 um 22.00 Uhr).
- [http://de.wikipedia.org/Wiki/Bundesregierung_\(Deutschland\)](http://de.wikipedia.org/Wiki/Bundesregierung_(Deutschland))
- http://www.wirtschaftsgeografie.com/Tourismus/Entwicklung_Tourismus/body_entwicklung_tourismus.html (Zugriff am 19/02/2021 um 20.00 Uhr).
- http://www.wirtschaftsgeografie.com/Tourismus/Entwicklung_Tourismus/body_entwicklung_tourismus.html (Zugriff am 15/03/2021 um 15:00)
- http://www.wirtschaftsgeografie.com/Tourismus/Entwicklung_Tourismus/body_entwicklung_tourismus.html (Zugriff am 15/03/2021 um 17.30)
- http://www.wirtschaftsgeografie.com/Tourismus/Entwicklung_Tourismus/body_entwicklung_tourismus.html (Zugriff am 25/03/2021 um 20.00)
- <https://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/forschung/forschungsthemen/die-zukunft-des-tourismus/> (Zugriff am 19/04/2021 um 19.30)
- <https://www.gettyimages.fr/photos/adolf-hitler>
- https://www.planetwissen.de/geschichte/deutsche_geschichte/weimarer_republik/index.html
- <http://www.eduvinet.de/eduvinet/es025.htm> (Zugriff am 22/04/2021 um 19.25)